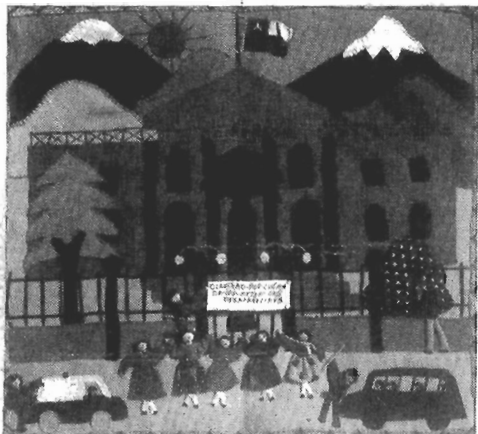




Chile 1989

Arpilleras
Stoffbilder aus den Bundesverein Santiago

Wandkalender (42 x 28 cm) mit 12 Farbreproduktionen chilenischer Arpilleras. Kalendarium und Erläuterungstexte zu den Stoffbildern in deutscher und spanischer Sprache. Einzelpreis DM 20,- (zzgl. Porto)

Wiederverkäufer erhalten (bei Bestellungen ab 3 Stück) 30% Rabatt.

Bestellungen an:

LN-Vertrieb, Gneisenastr. 2, 1000 Berlin 61

Ich fordere die Bundesregierung auf, eine schnelle und angemessene Soforthilfe für Nicaragua nach dem Wirbelsturm bereitzustellen, die deutlich über den bislang zugesagten 3,25 Millionen DM liegt.

Ich fordere die Bundesregierung auf, endlich die eingefrorene Entwicklungshilfe für Nicaragua in Höhe von 40 Millionen DM freizugeben und weitere Entwicklungshilfeszusagen mit der Regierung in Nicaragua auzuhandeln.

Datum:

Unterschrift

LATEINAMERIKA nachrichten

16. JAHRGANG DER

CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Dezember 1988

DM 4,50

176

Aus dem Inhalt:

NICARAGUA:

- Hurrican politisiert / 1 Jahr
- Autonomie für die Atlantikküste

KOLUMBIEN:

Generalstreik

VENEZUELA:

Vor den Wahlen

SURINAM:

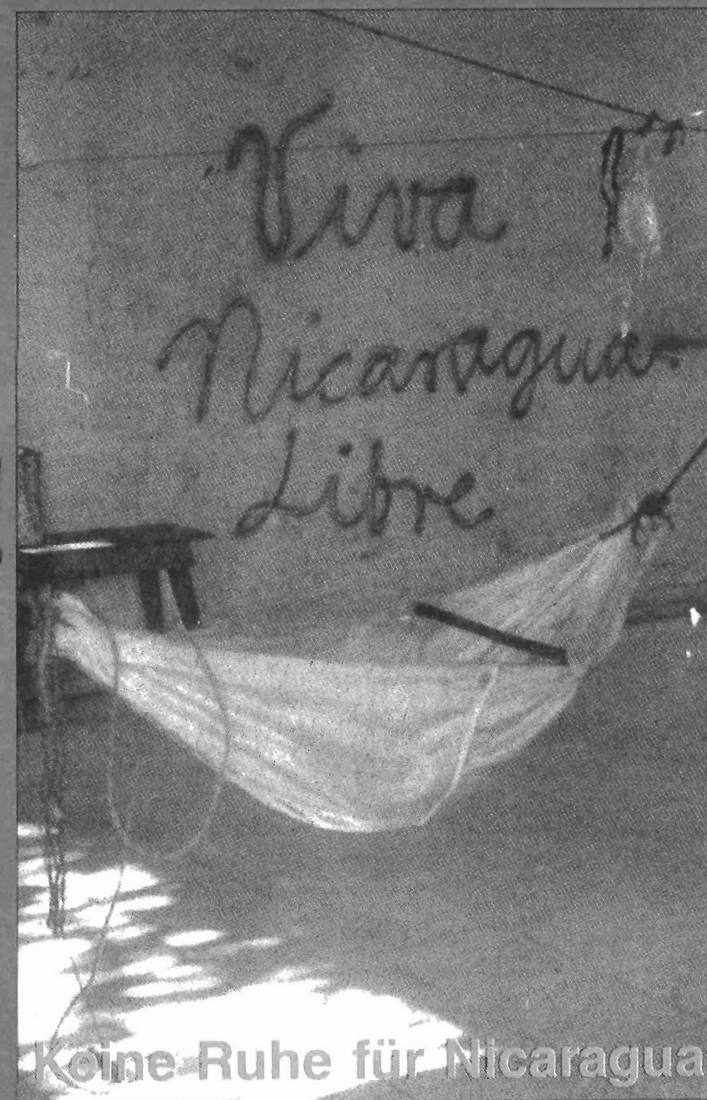
Dschungel-Kommando als Schießscheibe

CHILE:

Nein! Und nun?

ARGENTINIEN:

Menschenrechte
Linke, Wirtschaft
und Staat



Keine Ruhe für Nicaragua

INHALTSVERZEICHNIS

In eigener Sache	3
— NICARAGUA: Politischer Aktionismus oder gute Vorsorge?	
— Der Hurrican »Juana«	5
Ein Jahr Autonomie für die Atlantikküste	13
— EL SALVADOR: Waffen für El Salvador	20
— GUATEMALA: Zwischen Enttäuschung und Hartnäckigkeit – der Druck der Militärs nimmt zu	24
— KOLUMBIEN: Generalstreik – Verboten von der Regierung	29
— VENEZUELA: Vor den Wahlen: Anpassungsprogramm und demokratische Reformen	33
— SURINAM: Das Dschungel-Kommando als Schießscheibe der Militärs	39
— BRASILIEN: »Fabelhafte Arbeit« – Inflation bei 1000%	45
Fußballspieler als Exportprodukt	47
— CHILE: Welchen Weg geht Chile?	49
— ARGENTINIEN: Die Rechts-Offensive gegen die Menschenrechte	56
Linke, Wirtschaft und Staat	64
— SOLIDARITÄT: Partnerschaft statt Patenschaft	73
— REZENSIONEN: Dritte-Welt-Kalender '89	75
Schutz für de-facto-Flüchtlinge	76
— ZEITSCHRIFTENSCHAU	78
— EINGEGANGENE BÜCHER	79
— TERMINE	80

In eigener Sache

Die erfahrenen ZeitschriftenleserInnen ahnen es sicher schon: Wenn sich eine Redaktion in "eigener Sache" an das Publikum wendet, geht es meist um's Geld. Genau so ist es auch. Um die unerfreuliche Neuigkeit gleich vorwegzunehmen: Die **LATEINAMERIKA NACHRICHTEN** werden ab Januar 1989 teurer, ein Einzelheft wird dann DM 5,- kosten, das Jahresabo DM 55,-. Die Begründung ist zunächst die bekannte: Seit 4 Jahren haben wir den Preis stabil gehalten, alles ist teurer geworden und '89 werden auch die Preise der Post erhöht, was unsere Vertriebskosten wirklich hart trifft. Also müssen auch die LN – so bedauerlich das ist – teurer werden. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Denn die Preiserhöhung ist Teil eines umfassenden Sanierungskonzeptes um unsere Schulden abzubauen.

Die LN sind bekanntlich nicht nur eine Zeitschrift, sondern auch ein Vertrieb für Dritte-Welt-Bücher und -Zeitschriften. Der Aufbau des Vertriebs war kein kommerzieller Selbstzweck, sondern sollte den LN einen wirtschaftlichen Rückhalt geben. Aber leider mußten wir eine ähnliche Erfahrung machen, wie viele andere Vertriebe, die in den letzten Jahren ihren Betrieb eingestellt haben oder sogar Konkurs anmelden mußten. Mit kleinen Verlagen, niedrigen Auflagen und geringen Stückpreisen läßt sich kein Vertrieb allein aufrecht erhalten. Um's kurz zu sagen: Der Vertrieb hat nicht genug Geld erwirtschaftet, um unsere fixen Kosten (Lohn, Miete) zu decken. So hat sich in den letzten Jahren ein beträchtlicher und inzwischen bedrohlicher Schuldenberg aufgehäuft.

Wir haben – in Abstimmung mit einer Betriebsberatung durch Netzwerk – jetzt die Konsequenzen gezogen: Ab Januar '89 wird der Vertrieb radikal verkleinert, d.h. wir werden außer den LN nur noch die Peripherie, die Bücher des FDCL und des Latin America Bureau vertreiben. Die einzige bezahlte Stelle wurde aufgelöst und die Redaktion übernimmt einen noch größeren Teil ehrenamtlicher Arbeit.

Waren diese Konsequenzen schon schmerzlich, so fällt es uns an einem anderen Punkt noch schwerer, zu den notwendigen Einsparungen zu kommen. Die Schulden der LN sind nämlich nicht mal wieder ein Beweis dafür, daß Linke nicht mit Geld umgehen können, sondern sie resultieren auch daher, daß wir bewußt anders wirtschaften als normale Verlage: Die LN verschicken nämlich allmonatlich über 100 Abos, für die sie kein Geld erhalten. Warum dies? Zum einen handelt es sich dabei um reine Freiabos, d.h. wir liefern Menschen, die aus verschiedenen Gründen kein Geld bezahlen können, die LN kostenlos. Das sind z.B. Leute im Knast oder Soli-Gruppen in Osteuropa. Zum anderen halten wir eine große Anzahl von Austauschabos – in der Regel mit Zeitschriften aus Lateinamerika. Und zwar nicht in erster Linie mit den großen und bekannten Zeitschriften, sondern mit einer Vielzahl von kleinen, unabhängigen

Impressum
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 176
Dezember 1988

Jahrgang 16 der CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Dirk Hoffmann, Ulrich Goedekeing

Druck: Movimento, Berlin-West

Redaktionsschluß: 10. November 1988

Abo-Preise:

1988: Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

1989: Individuelles Abo DM 55,- / Übersee-Luftpost DM 75,-
Institutionen-Abo DM 70,- / Übersee-Luftpost DM 90,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährliche berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig.

Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postgirokonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

im Mehringhof
Gneisenastraße 2
1000 Berlin 61

Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den **LATEINAMERIKA NACHRICHTEN** ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom 1.3.1988

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der **LATEINAMERIKA NACHRICHTEN GbR**, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

Publikationen, die auch in spezialisierten Bibliotheken normalerweise nicht zu finden sind, wie z.B. mit den Veröffentlichungen der chilenischen Umweltschutzorganisation CODEFF oder dem brasilianischen Informationsdienst 'Aconteceu'. Alle Zeitschriften, die wir so erhalten, stellen wir dem Archiv des FDCL zur Verfügung, sie sind damit öffentlich zugänglich. So hat sich inzwischen das größte Archiv unabhängiger, alternativer Presseerzeugnisse aus Lateinamerika im deutschsprachigen Bereich angesammelt, ein wichtiges Informationszentrum für Soligruppen und interessierte Einzelpersonen, aber auch Fundament für die Arbeit der Redaktion. Aus rein betriebswirtschaftlicher Sicht sind diese Austauschabos nur ein Kostenfaktor, den es zu vermeiden gilt. Genau das aber wollen wir verhindern und dazu bitten wir unsere LeserInnen um Unterstützung, indem sie quasi "Patenschaften" für Austauschabos übernehmen. Konkret gesprochen: Jede 20 Mark, die über den Abo-Preis hinaus (unter dem Stichwort "Austauschabos") bei uns eingehen, ermöglichen es, ein Übersee-Abo zu "retten". Die DM 20,- entsprechen ungefähr den Portokosten für ein Jahresabo nach Lateinamerika.

Die LN sind - ohne große Feier - im Juni 1988 fünfzehn Jahre alt geworden. Trotz unserer Schulden sind wir zuversichtlich, daß es noch einige Jahre mehr werden, mit den hier vorgestellten Maßnahmen und der Unterstützung unserer LeserInnen. Denn daß die LN nach wie vor nützlich und notwendig sind, davon sind wir überzeugt. Entgegen allen Unkenrufen ist die Solidaritätsbewegung nicht tot - das hat sich spätestens bei den Anti-IWF-Aktivitäten in diesem Jahr gezeigt. Und die Bewegung braucht regelmäßige, aktuelle und unabhängige Informationen und Publikationen, in denen auch unterschiedliche Standpunkte zum Ausdruck kommen und Kontroversen ausgetragen werden können.

Anzeige

Währungsfunk

Im Rahmen des Gegenfunks zur IWF/Weltbank-Tagung, im September 88 in Westberlin haben verschiedene Gruppen und Initiativen Hintergrundsendungen für Radio 100 produziert. Die geballte Ladung Gegenfunk gibts jetzt für alle Interessierte auf Cassette.

Ein Verzeichnis der Sendungen und die Bezugsbedingungen für die Cassetten gibts bei:

Radio 100, Redaktion Kontinente,
Potsdamer Str. 131, 1000 Berlin 30

NICARAGUA

Politischer Aktionismus oder gute Vorsorge?

Der Hurrican "Juana" in Nicaragua

Die Schreckensnachricht vom Hurrican "Juana", der am 23. Oktober weite Teile Nicaraguas verwüstete, ist durch alle Medien gegangen. Noch immer nicht sind die genauen Ausmaße des Schadens abzusehen, den der Wirbelsturm dem ohnehin arg gebeutelten Land zugefügt hat. Doch eines ist sicher: ohne die umfangreichen Präventivmaßnahmen der Sandinisten wäre vor allem die Anzahl der Toten und Verletzten wesentlich höher. Während für die Sandinisten diese Naturkatastrophe eine Möglichkeit bot, gerade zu einem Zeitpunkt wo ihre Popularität auf dem Tiefpunkt angelangt war, durch ihr engagiertes Handeln ihre Bevölkerungsnähe zu beweisen und zu zeigen, daß bei ihr das Volk Priorität hat, beschuldigt die Opposition die Regierung, vorsätzlich die Katastrophe für sich auszuschlachten und ihre Ausmaße aus politischen Gründen zu übertreiben.

Versuch, den Hurrican im Vorfeld zu bekämpfen

Die Sandinisten übernahmen sofort nach Bekanntwerden der Gefahr durch den drohenden Hurrican das Kommando der Hilfsaktionen und wurden zum Dreh- und Angelpunkt der zahlreichen Präventivmaßnahmen, um die schlimmsten Auswirkungen zu verhindern. Mindestens 200.000 Personen mußten evakuiert werden, davon zwischen 70- und 80.000 Menschen in Managua. Als die besonders gefährdeten Gebiete galten die Atlantikküste und der Regenwald in der Region von Yelaya-Süd.

Alle neun Kommandanten der Nationalen Direktion der FSLN strömten auf die Straße, um die Hilfsaktionen anzukurbeln. Keiner blieb im Büro sitzen. Alle nutzten die Gelegenheit, die Organisationsfähigkeit der FSLN zu beweisen. In Managua versuchte Tomás Borge persönlich die Bewohner der gefährdeten Zonen davon zu überzeugen, daß sie ihre Häuser verlassen und die eigens eingerichteten Zufluchtsorte aufsuchen sollten. Bayardo Arce übernahm die Mikrofone des Radios und leitete von dort aus die ständige Informationskampagne für die Bevölkerung. Carlos Nunez übernahm die Präventivmaßnahmen in der Region VI Matagalpa/Jinotega und Victor Tirado die in der V. Region, in Juigalpa. Bis in die entlegendsten Orte gingen die sandinistische Funktionäre, um über die bevorstehende Gefahr aufzuklären und vorbeugend die Bewohner zu evakuieren.

Daniel Ortega selbst flog ellends in die besonders gefährdeten Gebiete an der Atlantikküste, nach Bluefields und Rama, um der Bevölkerung das ganze Ausmaß der Bedrohung nahezubringen. Hier hatten sich viele in Unkenntnis der drohenden Gefahr gewelgert, sich evakuieren zu lassen. Ortega überwachte die Hilfsaktionen, besah sich die Notunterkünfte, besprach mit Verantwortlichen der Notmaßnahmen und der Gesundheitsversorgung die zu leistenden Hilfsaktionen. Über die regionale Radiostation Zinica betonte er immer wieder, daß die wichtigste Aufgabe sei, Leben zu retten, denn verlorene Güter könnten nach dem Sturm mithilfe der Regierung wieder ersetzt werden. Noch am Nachmittag vor dem Hurrican glich Bluefields einem quirligen Amelsenhaufen: alle versuchten ihre Häuser zu sichern und sich mit ihren wichtigsten Habseligkeiten in die Zufluchtsstätten in Sicherheit zu bringen. Als abends der Strom



Bluefields noch vor dem Sturm

Foto: Lisa Luger

ausfiel war die Bevölkerung Bluefields bereits in 11 sicheren Notunterkünften untergebracht und konnte mehr oder weniger gelassen dem Hurrican entgegensehen.

Auch in Managua wirbelten die zivilen Verteidigungskomitees, um die größten Schäden abzuwenden: Es galt die Ufer der Abwasserkanäle zu sichern, Bewohner der gefährdeten Bezirke zu evakuieren; Schulen mußten als Zufluchtsorte vorbereitet und Komitees zum Schutz der Lebensmittelversorgung in Märkten und Verteilungsstellen aufgestellt werden. Das Gesundheitsministerium stellte Ärzte und Krankenschwestern bereit, die die Bevölkerung im Katastrophenfall versorgen sollten.

Ebenso wurden Tankstellen, Schulen, Lebensmittelläden und staatliche Büros, wie TELCOR (Post- und Telegraphenamt) und das staatliche Fernsehen bewacht, dessen techn. Geräte bereits vorher in Sicherheit gebracht worden waren. In Koordination mit der sandinistischen Polizei wurden Schutzgruppen aufgestellt, um Diebstähle und Sabotagen zu verhindern. Andere Maßnahmen, durch das Notstandskabinett eingeleitet, waren die Evakuierung der Hospitäler. In besonders gefährdete Gebiete wurde vorsorglich zusätzlich medizinisches Personal entsandt.

Dies nur als einige Beispiele der zahlreichen von der Regierung initiierten Hilfsmaßnahmen.

Resultat: wenig Menschenopfer, viel Materialschaden

Die FSLN hat alles Menschenmögliche getan, um den größten Schaden abzuwehren, und Menschenleben zu sichern. Der Notstandsplan für den Fall einer Intervention, schon vor Jahren vorsorglich von den Sandinisten ausgearbeitet, wurde bei dieser Gelegenheit angewendet, sodaß Rettungsmaßnahmen schnellstens eingeleitet werden konnten. Dadurch sind die Verluste an Menschenleben wenn man das Gesamtausmaß der Katastrophe besieht, relativ gering gewesen: 103 Tote, 178 Verletzte, 100 Vermißte.

Der Hauptschaden betrifft die Atlantikküste und die Region Zelaya-Süd: Corn Island, Bluefields und El Bluff sind vom Orkan nahezu weggefeht worden. In Corn Island sind 100 % der Häuser zerstört, 70.000 Kokospalmen entwurzelt. In El Bluff konnten die Wellenbrecher dem Orkan nicht standhalten, die gesamte neu erbaute Hafenanlage wurde weggerissen. El Bluff sollte 1991 als erster nicaraguanischer Atlantikhafen in Funktion treten. Die Fischereiflotte und die gesamte zugehörige Infrastruktur wurde gänzlich vernichtet.

In Bluefields zerstörte der Hurrican 70% der Wohnhäuser total: 3000 Häuser wurden schwer beschädigt; ebenso 17 Schulen, 30% der Regierungsgebäude, alle Hotels ...

Die Stadt Rama wurde von 18m hohem Hochwasser heimgesucht und ist jetzt von einer einzigen Schlammsschicht überzogen; 80% der Häuser und das Schwimmdock wurden weggeschwemmt.

Auch die Region Chontales ist schwer geschädigt: Die Straße von Rama nach Juipalga ist kaum passierbar.

Der gesamte tropische Regenwald ist verwüstet und beginnt zu vermodern. Säuberungsaktionen können kaum vorgenommen werden, da der Zugang nur schwer möglich ist. So entsteht hier eine Brutstätte für Bakterien, die zu schweren Epidemien führen können. Ganz zu schweigen vom Klimawechsel, den der Verlust des Regenwaldes mit Sicherheit nachsichziehen wird.

In Nueva Guinea hat der Orkan nahezu die gesamte Kakaoernte vernichtet. In San Carlos ist die Hafenanlage weggerissen.



Auch im Norden in der Region Matagalpa und Jinotega haben die starken Regenfälle und Hochwasser großen Schaden mit sich gebracht. Zahlreiche Brücken wurden weggerissen. Die Kaffeeernte mußte schnellstens beginnen, damit die in die Erde gespülten Kaffeepflanzen nicht verderben, doch die Wege in die Cafetales sind größtenteils nicht passierbar.

An der Pazifikküste hat Juana einen Großteil der Bananenplantagen verwüstet und die Reisfelder stark beschädigt. Die Gemüseernten sind verfault, 50 % der gesamten Grundnahrungsmittelernte sind ruiniert.

In Managua klappte die Evakuierung, sodaß wenig Menschen zu Schaden kamen. Doch die Abwasserkanäle traten über die Ufer und setzten ganze Stadtteile unter Wasser. Aufgrund des Wassermangels und der Überschwemmungen drohen Epidemien, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ist gefährdet. ... Die Liste läßt sich endlos fortsetzen.

Katastrophenhilfe tröpfelt spärlich

Das genaue Ausmaß der Katastrophe samt den ökonomischen Folgeschäden ist noch längst nicht abzusehen. Sergio Ramirez gab bei seinem Besuch in der Bundesrepublik die Schäden des Wirbelsturms als zehnmal so hoch wie die des Erdbebens 1972 an, das Managua zerstört hat. Dennoch ist die internationale Katastrophenhilfe bisher spärlich geflossen. Besonders die Bundesregierung hat sich diesbezüglich sehr zurückhaltend gezeigt. Bei dem Erdbeben 1972 schickte sie 25 Mio. DM Erdbebenhilfe an die als korrupt bekannte Somoza-Regierung. Jetzt, da sich das Land in einer sehr viel schwierigeren Situation befindet, stellt sie lediglich 3,5 Mio. DM zur Verfügung. Beim Erdbeben in El Salvador 1986 gewährte sie der Regierung Duarte großzügige Soforthilfe von DM 50 Mio. Dies beweist, daß internationale Katastrophenhilfe sehr wohl von politischen Interessen beeinflusst ist. - Oder sollte es so sein, daß die Höhe der Katastrophenhilfe sich an der Zahl der Todesopfer orientiert?

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die in diesem Heft veröffentlichte Spendenaktion der Solidaritätsgruppen verweisen, die die Lateinamerikanachrichten unterstützen.

Solidarität der Armen mit den Ärmsten

Inzwischen ist in Nicaragua eine Solidaritätsaktion gestartet worden. In einem Radio-Marathon wurde zu Spenden aufgerufen. Freiwillige zogen von Haus zu Haus, um Hilfe für die Opfer des Hurricans zu erbitten. Selbst in den ärmsten Gegenden wurde für die von der Katastrophe Betroffenen gespendet. Aus fast allen Betrieben gab es einen solidarischen Beitrag, sei es durch Sonderschichten oder einer Spende von den ohnehin viel zu knappen Gehältern.

Opposition: Sandinisten politisieren die Katastrophe

Doch die Opposition im Land beschuldigt die Regierung, das Ausmaß des Hurricans zu übertreiben und die Katastrophe zu ihren Gunsten propagandistisch und politisch auszuschlachten. Die Sandinisten würden das Naturereignis ausnutzen, um die Kontrollmaßnahmen verstärken zu können. Vor der Ankunft des Hurricans "Juana" hatte die Regierung die Woche zuvor den Notstand ausgerufen und Veröffentlichungen von nicht offiziellen Nachrichten zu diesem Thema verboten. Als Konsequenz darauf entschied "La Prensa", nichts in dieser Hinsicht zu veröffentlichen. Ein Sprecher der Regierung erklärte jedoch, diese Maßnahme sei ausschließlich dazu bestimmt, Panik in der Bevölkerung zu vermeiden.

Nuevo Diario und Barricada lobten dagegen nachdrücklich die Arbeit der sandinistischen Führer im Vorfeld des Hurricans, und die Barricada, offizielles Organ der FSLN, fragte in einem polemischen Editorial, wo denn die Rechte sei, wo die Kirche bleibe, wo die Oppositionszeitung La Prensa während des Hurrikans sei.

Die Zeitung der Familie Chamorro antwortete ihr ebenfalls mit einem Editorial, in dem sie erklärte, die Rechte sei im Gefängnis (dabei bezog sie sich auf die Oppositionsführer, die im vergangenen Juli bei einer Demonstration in Nandaime festgenommen worden waren, und seitdem immer noch im Gefängnis sind), die Kirche verfolgt werde (es gibt eine offizielle Kampagne, die Kardinal Obando y Bravo beschuldigt, mit der Opposition zusammenzuarbeiten) und die La Prensa zensuriert werde.

Gilberto Cuadra, Präsident des Unternehmerverbands (COSEP), eines der wichtigsten Organe der Opposition in Nicaragua, warf der Regierung vor, daß sie alle Hilfe von Personen und Gruppen außerhalb der Regierung abgelehnt hätte, um alle Verdienste für die geleisteten Taten selbst einstreichen zu können. Er beschuldigte außerdem die Regierung, die Ausmaße des Hurricans zu dramatisieren, mit der Absicht, internationale Hilfe zu bekommen, um damit die ökonomischen Probleme des Landes lösen zu können, die bereits vor der Ankunft von "Juana" existierten. Nach Cuadras Rechnung belaufen sich die Schäden durch den Hurrican auf insgesamt höchstens 250 Mio. Dollar.

Von außerhalb haben die Führer der Contra versucht, die Solidaritätskampagne mit Nicaragua zu verhindern, mit dem Argument, daß das Geld, das nach Nicaragua geschickt würde, in den Händen der Regierung bleibe und nicht den Geschädigten zugute käme. Auch im Landesinnern hat die Opposition versucht, Hilfsaktionen zu stören und erklärt, daß die Hilfgelder der Bürger manipuliert würden, sogar durch unabhängige Organisationen, wie dem roten Kreuz, das die Antisandinisten als durch die Regierung infiltriert sehen.

Die USA hat eine Soforthilfe für Nicaragua abgelehnt, ebenfalls mit der Begründung, die Sandinisten würden die Katastrophe propagandistisch für ihre Ziele ausnutzen. Ihre Soforthilfe, ihr Beitrag zur Katastrophe, beschränkt sich darauf, weiterhin die Contras zu unterstützen, die durch die humanitäre Hilfe frisch gestärkt, den Wiederaufbau nach der Naturkatastrophe vereiteln wollen: Contra-Truppen überfielen kurz nach dem Hurrican einen Krankenwagen und einen Evakuierungstransport. Bei mehreren Angriffen im Norden kamen mehrere Zivilisten ums Leben. Mehrere Tausend Contras sollen über die Grenze geschleust worden sein, um die Aufräumarbeiten und die Kaffeeernte zu behindern, 6.000 stehen an der honduranischen Grenze bereit für eine Intervention..



Die Contra
frisch gestärkt
wieder
im Vormarsch

Lob für die Sandinisten auch von rechts

Mittlerweile gibt es immer mehr Stimmen von rechts, die die engagierten Hilfsaktionen der Sandinisten positiv bewerten. Antisandinisten und Reaktionäre in Nicaragua loben öffentlich die Organisationsfähigkeit und Operationsfähigkeit der sandinistischen Regierung bei der Durchführung der Notmaßnahmen. Viele erinnern sich an das Erdbeben von 1972, wo der Schaden weit geringer und auf eine Stadt beschränkt war und die damalige Regierung, sei es aus Interesselosigkeit oder aus Unfähigkeit, nicht in der Lage war, entsprechende Maßnahmen zu organisieren.

Lisa Luger

NACH DEM WIRBELSTURM NICARAGUA BENÖTIGT UNSERE GANZE HILFE

Der Wirbelsturm „Joan“ hat in Nicaragua bisher etwa 50 Tote gefordert. Mehr als 500 Menschen werden vermisst. Der Sturm hat schwerste Verwüstungen angerichtet. Die Stadt „Bluefields“ wurde dem Erdboden gleichgemacht. Von vielen weiteren Orten sind ähnliche Verwüstungen bekannt.

Wegen der Überschwemmungen und des Trinkwassermangels muß in mehreren Landesteilen mit Epidemien gerechnet werden. Weil viele Lebensmittel dem Sturm zum Opfer fielen, wird sich die Ernährungssituation in Nicaragua dramatisch verschlechtern.

Der Hurikan hat die Entwicklung des kleinen Landes um Jahre zurückgeworfen: dies in einer Situation, in der Nicaragua durch den von den USA finanzierten und gelenkten Contra-Söldner-Krieg schon seit einiger Zeit in einer zugespitzten wirtschaftlichen Notsituation leben muß.

500 000 Einwohner, etwa 1/3 der Gesamtbevölkerung, sind jetzt durch den Sturm ohne Obdach. Die in den letzten Jahren neu aufgebauten Schulen, Gesundheitseinrichtungen und wichtige Brücken sind in den besonders stark betroffenen Landesteilen vernichtet worden. Ein erheblicher Teil der anstehenden Kaffee- und Baumwollerte wurde zerstört.

Nur Dank der Bemühungen der nicaraguanischen Regierung, die besonders stark gefährdeten Menschen rechtzeitig vorab zu evakuieren, ist die Zahl der Todesopfer nicht noch größer.

WIR RUFEN DIE MENSCHEN IN DER BUNDESREPUBLIK AUF, DEN UNTEN GENANNTEN KONTEN GELD FÜR DRINGENDE SOFORTHILFEMASSNAHMEN ZUR VERFÜGUNG ZU STELLEN:

Die Bundesregierung fordern wir auf, unbürokratisch umfangreiche und bedingungslose Soforthilfe zu leisten. Darüber hinaus fordern wir die Freigabe der seit 1981 eingefrorenen Entwicklungshilfegelder (40 Mio DM) sowie Hilfe für den Wiederaufbau nach der Zerstörung durch den Hurikan.

Kommunen, Kirchen, Verbände und Gruppen fordern wir dazu auf, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Nicaragua schnell Hilfe zukommen zu lassen.

INFORMATIONSBÜRO NICARAGUA e. V.

Konto 9767 38, Stadtparkasse Wuppertal, BLZ 330 500 00

medico international e. V.

Konto 18 00, Stadtparkasse Frankfurt, BLZ 500 501 02 oder Post giro 6999-508

Christl. Initiative Romero e. V.

Konto 31122 00, Darlehenskasse Bistum Münster, BLZ 400 602 65

Elrene — Intern. Christl. Friedensdienst,

Konto 709 076 72, Post giro Ludwigshafen

Stichwort Hurrikanhilfe

Frankfurt, Wuppertal, Münster, Neuwied, den 24. Oktober 1988

Dieser Aufruf wurde unterzeichnet von:

OGB-Jugend-Hessen/ AG Nicaragua-Bananen, Gelnhausen/ Autonomes Zentrum Wuppertal/ Blätterwald/ CITA Freundeskreis, Essen/ Christl. Initiative Romero, Münster/ Die Grünen — Bundesvorstand/ Die Grünen, Niedersachsen/ Die Grünen KV, Göttingen/ Dritte Welt Haus, Bielefeld/ Elrene — Intern. Friedensdienst/ Evgl. Studentengemeinde in der BRD und West-Berlin/ Förderkreis Städtepartnerschaft Sebaco, Recklinghausen/ Freundeskreis Nicaragua/ Sprockhövel/ Gesundheitsladen Berlin/ Informationsbüro Nicaragua e. V./ Informationsstelle Lateinamerika e. V./ Internat. Christl. Jugendaustausch/ Koord. d. Hess. Nicaraguainitiativen u. kommunaler Partnerschaften/ medico international e. V./ Mittelamerika-Komitee, Göttingen/ Nicaragua-Initiative im Verband christl. Pfadfinder, Niedersachsen/ Nicaragua-Verein, Hamburg/ Ökumenisches Büro f. Frieden und Gerechtigkeit e. V./ Städtepartnerschaft Moers-La Trinidad/ Unterstützungsgruppe Chale Haslam, Krefeld/ Verein f. Städtepartnerschaft Freiburg-Wittlich/ Verein Monimbo e. V./ Verein Sandino-Partnerschaft, Darmstadt/ Verein z. Förderung der Städtepartnerschaft Saarbrücken-Diriamba/ Verein z. Förderung d. Städtepartnerschaft Göttingen-La Paz Centro/ Verein z. Förderung d. Städtepartnerschaft Wuppertal-Matagalpa/ Arbeitsgemeinschaft kath. Studenten und Hochschulgemeinden/ El Salvador-Solidaritätskomitee Speyer/ Förderverein Städtefreundschaft mit Jinotega e. V., Solingen/ Ökofond Niedersachsen/ Die Grünen/ Brigadenvorbereitungsgruppe Saarbrücken/ Lateinamerika-Komitee, Ulm/ Förderverein Städtepartnerschaft Ulm-Jinotega/ Friedensinitiative Rotenburg/ Mittelamerika-Komitee, Rotenburg/ Aktionskreis Eine Welt e. V., Wuppertal/ Die Grünen-Regionalbüro Ruhrgebiet/ Eine Welt Werkstatt, Hamburg/ Verein Daniel Esquivel, Hamburg/ Karole-Bloch-Brigaden, Reutlingen/ Dritte Welt Laden Heidehausen, München

V. i. S. d. P.: Hans Branscheidt, Obermainanlage 7, 8000 Frankfurt 1.

Bei der Christlichen Initiative Romero (Kardinal-von-Galen-Ring, 45, 4400 Münster), können Postkarten an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Unterstützung der Forderung nach einer angemessenen Solothilfe für Nicaragua angeliefert werden.

Ein Jahr Autonomie

Am 2. September 1987 ist das Autonomie-Statut für die Atlantikküste Nicaraguas von der Nationalversammlung gebilligt worden. Damit wurde formal ein Prozeß abgeschlossen, der im Dezember 1984 mit der Einrichtung einer nationalen Autonomie-Kommission begonnen hatte (vgl. LN 142). Die Ankündigung einer regionalen Autonomie war nur eine von mehreren Maßnahmen der nicaraguanischen Regierung, um den Konflikt mit Indianern und Afroamerikanern zu entspannen. Aber immer noch ist der Frieden an der Atlantikküste keineswegs gesichert.

Rückkehr zum Rio Coco II

Seit 1981 waren nach offiziellen Angaben ca. 50% der Bevölkerung der nördlichen Atlantikküste gezwungen, ihre Dörfer zu verlassen. Ungefähr 9000 Miskito waren 1982 vom Rio Coco nach Tasba Pri ins Landesinnere zwangsumgesiedelt worden, Tausende waren nach Honduras geflohen oder versuchten, innerhalb Nicaraguas dem Krieg zu entgehen. So hat sich die Einwohnerzahl von Puerto Cabezas seit 1979 vervierfacht. In der zweiten Hälfte des Jahres 1985 war dann den Miskito von der nicaraguanischen Regierung die allmähliche Rückkehr zum Rio Coco gestattet worden. Der Rückkehrprozeß war im März 1986 noch einmal unterbrochen worden, als 12000 Miskito durch Kämpfer der Indianer-Guerilla KISAN (guerrista) vom Fluß nach Honduras gebracht worden waren.

Insbesondere seit das UN-Hochkommissariat für Flüchtlingsfragen (UNHCR) im vergangenen Jahr einen Landweg über Leimus für die Rückkehrer aus Honduras eröffnete, hat sich die Rückwanderung an den Fluß jedoch wieder beschleunigt.

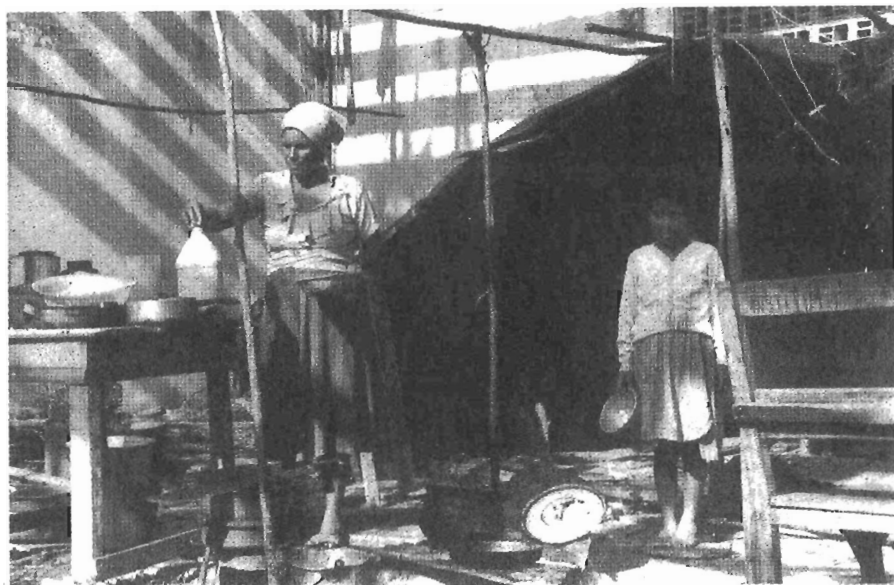
Jahr	Repatriierte	Miskito	Summe	Andere
1984	242	57	-	185
1985	961	407	179	375
1986	1770	1602	112	56
1987	3862	3321	405	136
1.1.-10.5. 1988	4152	3816	116	220

(Quelle: UNHCR nach pensamiento propio 51 (1988))

Die hier wiedergegebene Tabelle zeigt jedoch nur die offiziell registrierten Rückkehrer, viele kommen jedoch auf eigene Faust. Allein zwischen Ende Mai und Mitte Juni sind noch einmal annähernd 3500 Flüchtlinge zurückgekehrt (1)

Die Situation in den neuen/alten Dörfern am Fluß ist natürlich prekär. Sowohl in Puerto Cabezas, das vielen Rückkehrern als Zwischenstation dient, als auch am Fluß ist die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Materialien ein großes Problem.

Viele Obstbäume waren bei der Umsiedlung von 1982 zerstört worden, zusätzlich haben starke Überflutungen im Juli und August diesen Jahres die Reisernte und andere Subsistenzprodukte beeinträchtigt. (2) Die Menschen verfügen nur über einige wenige Haustiere (Schweine und Hühner).



Rücksiedler in den Ruinen von Waspm am Rio Coco 1985

Die militärische Situation

Die militärische Lage bleibt weiterhin unübersichtlich. Anfang des Jahres operierte die FDN-Contra am Oberlauf, KISAN (guerrista) am Unterlauf des Rio Coco.

Gleichzeitig hat sich eine Entwicklung fortgesetzt, die mit dem Waffenstillstandsabkommen zwischen Eduardo Pantoja (dem damals ranghöchsten Kommandeur der MISURA-Guerilla innerhalb Nicaraguas) und dem sandinistischen Volksheer (EPS) im Mai 1985 ihren Anfang nahm. Seit 1985 hat es 18 lokale Friedensabkommen mit einzelnen Guerilla-Kommandanten gegeben, so jedenfalls Mirna Cunningham, Miskito-Frau und Regierungsvertreterin in der "Autonomen Region Nördlicher Atlantik" (Región Autónoma Atlántico Norte) wie es nun offiziell heißt. Von ehemals 3000 Aufständischen operieren mittlerweile 1000 in den Selbstverteidigungs-Milizen und schützen ihre Dörfer, 1500 haben sich inzwischen wieder ins Zivilleben integriert. (3)

Es bleibt jedoch offen, ob diese Fortschritte in der Befriedung der Region von Dauer sein werden. Dies wird entscheidend von der tatsächlichen Ausgestaltung der Autonomie abhängen.

Verhandlungen mit Brooklyn Rivera II

Schon einmal (Ende 1984 bis Mai 1985) hat es mehrere Verhandlungsrunden zwischen dem MISURASATA-Chef Brooklyn Rivera und der sandinistischen Regierung gegeben (vgl.: LN 142). Auch damals hatte es zu ersten Übereinkünften und zu einem vorläufigen Waffenstillstand gereicht. Nun, 1988, kam man sich in drei Verhandlungsrunden zwischen Januar und Mai neuerlich näher.

Anläßlich des ersten Treffens Ende Januar/Anfang Februar hatte man sich noch über einen befristeten Waffenstillstand und einige weitere Punkte (u.a. die Zulassung der neuen Indianerorganisation YATAMA (4) in Nicaragua nach Abschluß eines endgültigen Waffenstillstands) einigen können. Über die Abgrenzung der indianischen Ländereien (kommunaler Landbesitz oder indianisches Territorium) und das Ausmaß der Autonomie konnte hingegen keine Übereinkunft erzielt werden. (5)

Im Zusammenhang mit den Verhandlungen hatten Rivera und die anderen Mitglieder der YATAMA-Delegation auch Gelegenheit, im Februar und April offiziell die Küste zu besuchen. Dabei gibt es über das Ausmaß der Popularität, die er bei der dortigen Bevölkerung noch genießt unterschiedliche Aussagen (6)

Das dritte Treffen vom 8.-13. Mai brachte dann eine erneute Verhärtung der Positionen. Das Hauptinteresse der Regierung, der Abschluß eines definitiven Waffenstill-

stands, steht im Widerspruch zur Absicht Riveras, zuerst die inhaltlichen Differenzen über den Umfang der Autonomie zu klären. YATAMA forderte u. a., einen von ihr ausgearbeiteten Autonomie-Entwurf und das im letzten Jahr von der Nationalversammlung verabschiedete Autonomie-Statut bei einer Volksabstimmung an der Atlantikküste zur Wahl zu stellen, was die Regierung mit Hinweis auf den demokratischen Charakter des Autonomie-Gesetzes ablehnte. Bislang hat es keine weiteren Fortschritte gegeben und es scheint, als wenn der Dialog zwischen Rivera und den Sandinisten wieder einmal auf Eis liegt. Regierung und Indianer-Organisation machen den jeweils anderen für das Scheitern der Gespräche verantwortlich. (7)

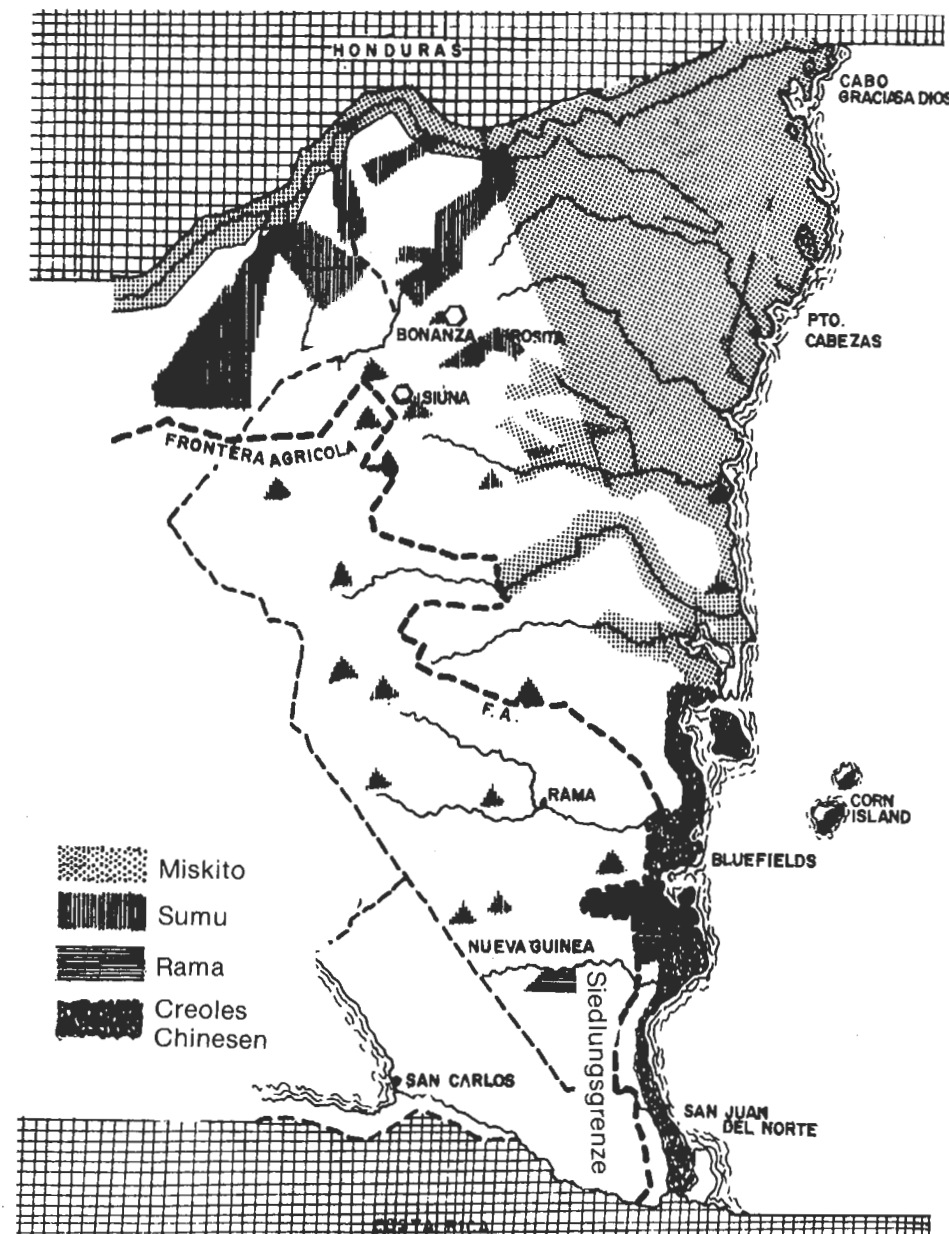
Perspektiven der Autonomie

Das neuerliche Scheitern der Verhandlungen verweist auf die Grundprobleme des gesamten Autonomieprozesses. In der Auseinandersetzung zwischen den beiden Kontrahenten geht es um ein völlig verschiedenes Konzept von Autonomie.

Die Sandinisten sehen Autonomie als eine weitreichende Form von administrativer Dezentralisierung, verbunden mit der Ausübung kultureller Rechte der Indianer und Afroamerikaner der Atlantikküste (z.B. Anerkennung von Miskito, Sumu und Englisch als offizielle Sprachen in den autonomen Regionen, Einführung des zweisprachigen Unterrichts). Gleichzeitig soll den indianischen Gemeinschaften durch die Anerkennung kommunaler Landtitel die materielle Grundlage für eine eigenständige Entwicklung gesichert werden. Der Staat wird aber weiterhin eine zentrale Rolle für die Entwicklung der Regionen (z.B. Verfügung über "strategische Projekte") spielen.

Für Brooklyn Rivera und seine Anhänger bedeutet Autonomie weitestgehende Selbstregierung; das beinhaltet u.a. die alleinige Verfügungsgewalt über die ökonomische, politische und soziale Entwicklung der Region und die Nutzung der Naturressourcen. Die Verteidigung der indianischen Dorfgemeinschaften soll ausschließlich YATAMA obliegen.

Das Autonomiestatut selbst läßt viele wichtige Fragen, wie z.B. die Abgrenzung des indianischen Gemeindelandes, den Wahlmodus für die Regionalregierungen, die Regelung der Nutzung der Naturressourcen u.a.m., weitgehend offen. Diese mangelnde Präzision ist jedoch nicht



Verteilung der ethnischen Gruppen an der Atlantikküste Nicaraguas
Quelle: CIERA: La Mosquitia en la Revolucion, Managua 1981, S.146

unbedingt negativ zu bewerten, läßt sie doch Raum für Verhandlungen. Das Statut kann ja nur einen legalen Rahmen abgeben, der, wie Tomas Borge in einem Interview jüngst selbst sagte, im Verlaufe des Autonomieprozesses sicherlich noch modifiziert werden muß. (8)

Wie weitgehend und repräsentativ die Autonomie letztlich werden wird, hängt entscheidend davon ab, ob sich ein regierungsunabhängiger Verhandlungspartner entwickeln kann, der in der Lage ist, die gesamte Bevölkerung der Küste glaubhaft zu vertreten.

Bislang ist aber eine solche Organisation nicht erkennbar. Die jüngsten Verhandlungen mit Brooklyn Rivera sind eben an diesem Problem gescheitert. YATAMA, die als Vereinigung der Miskito-Guerillas angetreten war ist inzwischen wieder gespalten und zwar anscheinend entlang der alten Konfliktlinien (Verhandlungen bzw. Anschluß an die Contra, ja oder nein?). (9)

Rivera kann also nicht für alle indianischen Gruppen sprechen (man vergesse auch nicht die legal in Nicaragua arbeitende MISATAN und jene ehemaligen Indianer-Guerillas, die unabhängig von den bestehenden Organisationen Waffenstillstandsabkommen mit der Regierung geschlossen haben) und schon gar nicht für die gesamte Küstenbevölkerung. Die knapp 30000 Creoles werden zur Zeit von keiner Organisation vertreten und über die 1500 Garífuna (Black Caribs) redet sowieso niemand.

Die Spielräume bei der Ausgestaltung der Autonomie hängen selbstverständlich in starkem Maße von der Entwicklung der Kriegssituation ab. Und schließlich darf man auch die Bedeutung der wirtschaftlichen Situation nicht vergessen (die nun, nach dem Wirbelsturm noch viel katastrophaler ist, als sie ohnehin schon war). Jede Entwicklung der Region, ob mehr oder weniger autonom ist da nicht entscheidend, setzt größte materielle Anstrengungen und Geldmittel voraus.

Der Prinzipienstreit um die Nutzung der Naturressourcen scheint zumindest teilweise auf eine Übertragung des "El Dorado-Mythos" auf die Atlantikküste zurückzuführen zu sein. Es geht hier tatsächlich (wenigstens für etliche Jahre oder Jahrzehnte) nicht um das Verteilen irgendwelcher Überschüsse, sondern um die Reaktivierung bzw. den Neuaufbau der regionalen Wirtschaft. Eine weitere Ausbeutung der mineralischen Ressourcen z.B. ist, aufgrund der Überalterung der Maschinen und der irrationalen Ausplünderung durch ausländische Konzerne vor

der Revolution, ohne immense Neuinvestitionen gar nicht möglich.

Angesichts der jüngsten Naturkatastrophe ist für die Menschen der Atlantikküste (wie für alle Nicaraguaner) heute vor allem die Frage des nackten Überlebens zentral und die Perspektiven für ein selbstbestimmteres Leben sind schlechter geworden

Wolfgang Gabbert

- 1) vgl.: pensamiento propio 51 (1988):51
- 2) Barricada Internacional 275 (25.8.1988)
- 3) vgl.: Barricada Internacional 270 (2.6.88); Acuerdos entre Fuerzas Armadas Sandinistas y Milicias Indígenas de Autodefensa, Puerto Cabezas 30.4.1988; die nicaraguanische Nachrichtenagentur ANN schätzt, daß zur Zeit noch 800-1200 Indianer gegen die Regierung kämpfen; vgl.: Correos de Centroamérica 59 (1988)
- 4) YATAMA (Yapti Tasba Masraka Nani Asla Takanka; Organisation der Saat der Mutter Erde) wurde auf einer Versammlung zwischen dem 11. und 16. Juni 1987 im honduranischen Rus Rus als Vereinigung der bislang existierenden oppositionellen Indianerorganisationen gegründet. Das Direktorat bildeten damals die alten Widersacher Brooklyn Rivera (MISURASATA), Stedman Fagoth Muller (MISURA), Wycleff Diego Blandon (KISAN) und Chale Morales Lopez (vgl.: Akwesasne Notes 19 (1987) No. 5)
- 5) vgl.: Fourth World Bulletin Vol. 1 (1988), No. 1; Barricada Internacional 262 (10.2.88); den Text des Februar-Abkommens in: IWGIA Boletín 8 (1988), No.1/2:134-140
- 6) Barricada Internacional 262 (10.2.88) "Rivera ist mit Apathie bis hin zu Gleichgültigkeit empfangen ... worden." Siehe dagegen: Barricada Internacional 269 (19.5.88)
- 7) vgl.: Barricada Internacional 277 (22.9.88) und Pressemitteilung von YATAMA vom 15.10.88
- 8) vgl.: Barricada Internacional 277 (22.9.88)
- 9) So ist Wycleff Diego seit Juli 1988 Führungsmitglied in der neugebildeten Dachorganisation der Contra "Resistencia Nicaragüense" und mit anderen Miskito-Kommandanten wegen seiner engen Bindungen an die Konterrevolutionäre aus YATAMA ausgeschlossen worden. (vgl.: taz 21.7.88)

EL SALVADOR

Waffen für El Salvador

Die Diskussion reißt nicht ab: Jüngst haben Solidaritätskomitees aus Westberlin und der BRD der taz das Waffenkonto "politisch ent-eignet", da diese das Konto schamvoll nicht mehr abgedruckt habe und in ihrer Berichterstattung - wenn sie überhaupt erfolgte - den revolutionären Prozeß in El Salvador nicht mehr solidarisch begleitete.

Die Kampagne "Waffen für El Salvador", die mit einer überfüllten Veranstaltung im Audi Max der TU Berlin 1980 begann, hat in der Linken in Westberlin und BRD unbestritten einen Markstein gesetzt. Sie rechtfertigte auf breiter Ebene, daß ein unterdrücktes Volk im revolutionären Kampf um soziale Gerechtigkeit zu den Waffen greift.

Doch aufgrund interner Auseinandersetzungen der Guerilla, Wiedererstarben der Massenbewegung in den Städten und abflauender politischer Konjunktur in der BRD ließ das Interesse an dieser Form der Solidarität, die immer auch auf die Verantwortlichkeit der BRD für das Mörderregime hingewiesen hatte, stark nach.

Auch die LN hörte nicht auf, sich mit den "Waffen" auseinanderzusetzen, und zwar sehr kontrovers. (Vgl. LN 156,159). In der Argumentation gegen die Kampagne wurde der Aufruf von Max Thomas Mehr zu einem erotischeren Verhältnis zu den Massenbewegungen ebenso angeführt, wie die beleidigte Angst eines "Zweiflers", als kleinbürgerlich und im "anderen Lager" stehend beschimpft zu werden. (LN 156,S.61) Doch es gibt ja auch noch ernstere Argumente gegen eine Unterstützung des bewaffneten Kampfes; denn dies ist ja Inhalt der Diskussion, weniger, ob mensch nicht besser Medikamente, Nahrungsmittel, Druckereien usw. spendet. (Das Geld wird ja nicht mit der Bedingung ausgehändigt, daß davon nur Waffen gekauft werden dürfen.)

Sollten wir hier in der BRD, in einem Moment, in dem die Guerilla selbst anerkennt, daß ein baldiger militärischer Sieg unrealistisch ist, in dem Gewerkschaften und andere Volksorganisationen wieder Raum für politische Betätigung haben, sollten wir da nicht stärker auf die letzteren und damit auf einen friedlichen Übergang zur Demokratie setzen?

Die solche Positionen vertreten denken an die Tausende von Toten, Verschärfung des Elends, die der Krieg mit sich bringt, an die Reduzierung der ökonomischen Ressourcen für den Wiederaufbau nach einem eventuellen Sieg der FMLN. Doch dieser zunächst so plau-

sibel erscheinende Gedankengang vernachlässigt eine eingehendere Analyse der Situation und der Dynamik des Krieges.

Der Widerstand des Volkes und die internationale Öffentlichkeit hatten dem Regime 1983 eine Reform aufgezwungen. Es wurde das Konzept der niedrigen Intensität (low intensity warfare) entworfen, mit dem die "Köpfe und Herzen" der Bevölkerung gewonnen werden sollten. Doch weder konnte die Guerilla geschlagen oder nur geschwächt werden, noch konnte verhindert werden, daß alle Sektoren sich wieder organisierten, untereinander Bündnisse schlossen und so zu einer unüberwindbaren zivilen Gegenmacht wurden, die die Regierung immer wieder angriff.



Verhältnismäßigkeit der Mittel: Warum sollen die Waffen nur auf einer Seite sein?

Foto: Lisa Luger

In welchem Verhältnis stehen nun die "politischen" Aktivitäten zu den "militärischen" der FMLN? Im Februar 1987 wurde in der LN auf die UNTS, dem damals einjährigen Gewerkschaftsdachverband, verwiesen und beklagt, daß deren Position zur Befreiungsfront nicht bekannt sei. Nun kann sicher nicht erwartet werden, daß sich die UNTS öffentlich für die FMLN ausspricht; in der Regierungspropaganda werden diese beiden ohnehin gleichgesetzt. Gleichwohl sollte klarwerden, wie sich beide Organisationsformen fruchtbar ergänzen. Von den Gewerkschaften wird anerkannt, daß es die

Befreiungsbewegung war, die ihnen den Raum für eine gremiale und politische Interessensvertretung erkämpft hat. Dies ist ein zentraler Punkt, an dem deutlich wird, daß die Trennung von "politisch" und "militärisch" künstlich ist und mit der Wirklichkeit nur wenig zu tun hat. In El Salvador ist es ein Allgemeinplatz, daß die Forderung der Regierung an die FMLN, ihre Waffen niederzulegen und sich friedlich in den "demokratischen Prozeß" einzugliedern, ein Aufruf zum kollektiven Selbstmord ist. Und nicht nur das: Würde sie tatsächlich dieser absurden Empfehlung entsprechen, gäbe es keine Macht mehr im Land, die in der Lage wäre, die Oligarchie zu Verhandlungen zu zwingen. Denn eines ist gewiß: Ohne massiven Druck hat die Oligarchie noch nie in der Geschichte auch nur minimale Zugeständnisse in Lohnfragen, Agrarreform, Infrastrukturmaßnahmen usw. gemacht.

Auf der anderen Seite fordert die FMLN seit 7 Jahren einen Dialog mit der Regierung, dessen Ziel eine Regierung der breiten Beteiligung unter Einfluß der FMLN ist. In einer im Sommer diesen Jahres von der katholischen Kirche initiierten "Nationalen Debatte" wird die Forderung nach einer Verhandlungslösung gegenüber der den Militärs vorschwebenden Liquidierung der Opposition von einem breiten Spektrum der salvadorensischen Gesellschaft bekräftigt. An dieser Debatte nahmen Berufsverbände, Verbände für kleine und mittlere Unternehmer, Gewerkschaften, Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen, Vertretungen der ElendsbewohnerInnen sowie mehrere Kirchen teil. Dieser breite Konsens für eine politische Lösung des Konflikts übernimmt gleichlautende Äußerungen der FMLN und stellt eine empfindliche Niederlage und Isolierung von Oligarchie und Militär dar.

Hier wurde spätestens deutlich, wie sich alle Formen des Widerstands ergänzen und gegenseitig stärken, denn der gemeinsame Nenner aller Organisationen von Kirchen über Gewerkschaften bis zur FDR/FMLN ist ihr Kampf gegen die US-Intervention und die Oligarchie.

Auch die Tatsache, daß die FDR-Parteien als Convergencia Democrática zu den Präsidentschaftswahlen im März 89 als Wahlbündnis antreten, während die FMLN - immerhin der strategische Bündnispartner - die Wahlen als Farce bekämpft, spiegelt zwar die unterschiedlichen Charaktere der Partner wider, sie kann jedoch keineswegs als Spaltung interpretiert werden. Denn Ziel der angestrebten Wahlteilnahme ist ausdrücklich nicht die Erlangung der Präsidentschaft. Dies - so wird betont - ist angesichts der unangestasteten Machtverhältnisse auch völlig unrealistisch. Vielmehr sollte versucht werden, jene städtischen Schichten zu mobilisieren, die bisher noch keine eindeutige Stellung bezogen haben, gleichgültig ob die Wahlen tatsächlich stattfinden werden oder nicht. Und mit dieser Analyse und Strategie ist auch den Vertretern der Convergencia Democrática klar, daß in den nächsten Mona-

ten die Spannung im Land spürbar steigen muß, daß die FMLN ihre militärischen Aktivitäten quantitativ und qualitativ ausdehnen muß, wenn die politische Lösung eine Chance haben soll.

Und so geschieht es auch: Am 13.9. begann die FMLN eine Offensive, in der bereits zum 3. Mal in 5 Jahren "El Paraiso", die bestgesicherte Kaserne in Chalatenango eingenommen und teilweise zerstört wurde. Etwas später wurden strategische Kaffeeverarbeitungsanlagen zerstört, knapp 200 Gefangene befreit und 2 Nobelviertel zu Kriegszonen erklärt. Die Zeitschrift der Katholischen Universität urteilt so:

Eines der wichtigsten Elemente in der aktuellen militärischen Situation ist die zeitliche Konzentration größerer Aktionen der FMLN. Es wäre schwierig, eine ähnliche Konjunktur in den letzten 3 Jahren auszumachen, in der in solch kurzer Zeit so viele Aktionen von solcher Bedeutung durchgeführt wurden, ohne das Niveau der kleineren Verschleiß- und Sabotageoperationen zu vermindern.

Und: ...es kann gesagt werden, daß wenn (die aufständischen Operationen) sich im gleichen Rhythmus fortsetzen ...könnte die FMLN die Streitkräfte, wenn schon nicht erschüttern, sie doch in eine recht kritische Situation versetzen. Bleibt zu erwähnen, wie der Verteidigungsminister, General Eugenio Vides Casanova erklärte, "es unmöglich für die Streitkräfte ist, das ganze Land abzudecken." Die Situation für die Armee ist noch viel delikater, als die Offiziere dies öffentlich zugeben.

zit. aus: El Proceso Nr. 356 Okt. 88

Dem ist noch eines hinzuzufügen:

Für eine politische Lösung - WAFFEN FÜR EL SALVADOR!

SPENDENAKTION

Waffen für El Salvador

Postgiroamt Berlin/West
288 59-107
Sonderkonto
Bankleitzahl 100 100 10

Freunde der alternativen
Tageszeitung e.V.,
1000 Berlin 65

Kontostand 24. 10. 1988:
4.124.194,96 DM

P.S.

Das Konzept der Reaktivierung der Kampagne beruht auf der Vorstellung, daß sie von vielen Medien bis hin zu lokalen Szeneblättern getragen werden müsse, damit sie nicht vom Diskussionsprozeß nur einer Zeitung abhängt. Wir unterstützen diese Orientierung, halten es jedoch für richtig, daß das Konto bei der taz bleibt. Nicht etwa, weil uns die derzeitige Linie dieser Zeitung so gefällt, sondern weil wir meinen, daß sie immer noch ein zentrales Medium ist, dem es nicht erlaubt werden darf, sich aus der Verantwortung zu stehlen.

Die Redaktion

GUATEMALA

Zwischen Enttäuschung und Hartnäckigkeit

Das guatemalteckische Volk unter dem zunehmenden Druck des Militärs

Tziscá, an der mexikanischen Grenze zu Guatemala, September 1988. "Beeilt euch, gleich wird das Gewitter hier sein!", ruft Pascual Gómez seinen Freunden zu und wirft sich einen schweren Mehlsack auf die Schultern. Mit ihm kehren heute dreizehn Guatemalteken in ihren Heimatort El Quetzal zurück. Vor dem nächsten Regenguß muß all das in Sicherheit gebracht werden, was sie über die UNO-Flüchtlingsorganisation ACNUR erhalten haben (u.a. Mais, schwarze Bohnen, Mehl, Zucker, Salz, Öl, Werkzeuge zum Hausbau). Fast sieben Jahre lebten sie hier in Mexiko, nur wenige Gehminuten durch das Dickicht des tropischen Urwaldes von ihrem Heimatort El Quetzal entfernt. Das ganze Dorf – rund 63 Familien – flüchtete Anfang 1982 ins Nachbarland, als laufend Opfer des Militärterrors Richtung "grüne Grenze" vorbeizogen. Opfer der sogenannten "tier-ra-arrasada"-Strategie der Armee: alles – Dörfer und Ernten – dem Erdboden gleichmachen, damit die Guerilla keine Schlupfwinkel mehr findet. Pascual betont: "In El Quetzal gab es keine Toten und Verletzten, aber wohl nur deshalb, weil wir rechtzeitig verschwanden. Aus purer Angst."

Die 63 Familien (vom Indio Stamm der Chuj) wurden auf verschiedene Flüchtlingslager verteilt. Im Juni dieses Jahres kehrten die ersten sechs Familien nach El Quetzal zurück und begannen den wuchernen Tropenpflanzen wieder bebau- und bewohnbares Land abzugewinnen und beobachteten, was an den Demokratie- und Friedensversprechungen der zivilen Regierung des Christdemokraten Vinicio Cerezo dran ist.

Diese Repatriierung nach Mexiko geflüchteter Guatemalteken ist in mehrfacher Hinsicht ungewöhnlich. Einmal, weil die Übergabe der Flüchtlinge von der mexikanischen Betreuungsorganisation COMAR zur guatemalteckischen CEAR mit allem, was das an Formalitäten bedeutet – an Ort und Stelle stattfand und die Chujes anschließend zu Fuß den Grenzstein zwischen beiden Ländern passierten. Ungewöhnlich vor allem deshalb, weil dort in El Quetzal niemand Pascual und seinen Freunden ihr Land streitig macht, weil die Militärs von den Zurückgekehrten bisher noch nicht verlangten, eine "freiwillige Schutzpatrouille" (patrulla de autodefensa civil) zu bilden.

COMAR hat im Auftrag der UNO-Flüchtlingskommission rund 46.000 Guatemalteken in Mexiko unter ihren Schutz genommen. Bestenfalls 4.600 von ihnen haben sich bislang repatriieren lassen. Warum alle anderen die Situation als "Gäste" und Almosenempfänger mit eingeschränkter Bewegungsfreiheit und offiziellem Arbeitsverbot einer Rückkehr in ihr Heimatland vorziehen, erläutert beispielhaft Miguel Domínguez, Sprecher von rund 600 Flüchtlingen im Lager "Cuau-témoc Jalambajo":

"Selbstverständlich hoffen wir, wieder unseren Grund und Boden in Besitz nehmen zu können. Nach all dem aber, was wir erfahren, haben sich zu unserem Leidwesen die Probleme in Guatemala nicht verändert, auch nicht unter der Regierung Vinicio Cerezos. Nach wie vor gibt es "Modell"- und "Entwicklungsdörfer" unter Militärkontrolle. Nach wie vor gibt es Zivilpatrouillen. All das wollen wir nicht, weil es einen unterdrückenden, freiheitsraubenden Charakter hat. Außerdem haben sie das Land, auf dem wir lebten an andere verkauft. Was sollen wir also dort, wenn unser Grund und Boden jetzt anderen gehört?"

CEAR, die guatemalteckische Ausführungsorganisation von ACNUR, bietet den Rückkehrwilligen an, in jedem Ort ihrer Wahl ein Jahr lang – bis zur ersten eigenen Ernte – Lebensunterhalt zu bekommen. Aber das Problem landloser, landsuchender Bauern ist in ganz Guatemala akut. Bebaubaren Boden gibt es bestenfalls in den Landesteilen, in denen die Armee das Sagen hat, d.h. wo die Bevölkerung auf Schritt und Tritt überwacht wird und dies mit dem Kampf gegen die



guatemalteckische Flüchtlinge

Guerilla begründet wird.

Andererseits sind ehemalige Flüchtlinge oft auch in ihren Herkunftsorten nicht gern gesehen. Dank jahrelanger Propaganda – die Lager in Mexiko sind beliebte Zufluchtsstätten der kommunistischen Guerilla – fürchten die Dagebliebenen, daß sich Kontrolle und Druck der Militärs verschärfen, wenn die möglicherweise "Subversiven" erst mal wieder da sind. Dieser tendenziellen Ablehnung will die CEAR mit sogenannten "Infrastrukturprogrammen" begegnen. Das bedeutet, daß ein Ort, in den Geflüchtete zurückkehren, Geld und Material für den Bau einer Abwasserleitung, für eine Schule, für ein Gesundheitszentrum erhöhen. Finanziert werden diese Rückhol- und Integrationsbestrebungen bislang ausschließlich von der Europäischen Gemeinschaft.

Die ersten Repatriierungswilligen waren mit dem Amnestiegesetz konfrontiert worden, d.h. sie, die in den Jahren seit 1981 Opfer brutalster Militärwillkür geworden waren, sollten einen Gnadenerlaß auf Straffreiheit beantragen, wenn sie heimkehren wollten. Die UNO-Organisation ACNUR schritt dagegen ein, vorläufig erfolgreich. Trotzdem: der überwiegende Teil der Flüchtlinge stellt sich auf weitere Jahre im mexikanischen Exil ein.

Der angeblich mißglückte Mai-Putsch

Im Januar 1986 übernahm der Christdemokrat Vinicio Cerezo als erster ziviler Präsident seit 34 Jahren die Regierung. Er übernahm das Amt, aber nicht die Macht im Staat, das war kein Geheimnis. Kürzer sind die Zügel geworden, an denen die Militärs den Präsidenten agieren lassen, seit dem Aufstand ultrarechter Generale im Mai 1988. Angeblich mißglückte ihr Staatsstreich. Tatsächlich hatten sie es gar nicht nötig, Cerezo selbst aus dem Weg zu räumen, denn dieser erfüllt seither still und leise fast alle Forderungen der Putschisten. Vor allem das Begehren, keinesfalls den Vertrag wirksam werden zu lassen, den der Präsident zwei Monate zuvor mit dem breiten Bündnis unabhängiger Massenorganisationen UASP (Unión de Acción Sindical y Popular) geschlossen hatte. Neben den wirtschaftlichen Forderungen – Lohnerhöhungen und erste Schritte einer Landreform – hatte die UASP vor allem politische Wünsche durchgesetzt: Legalisierung der verbotenen Bauernorganisation CUC; ein Sitz für die Organisation der Verschwundenen und Inhaftierten GAM in der "Nationalen Versöhnungskommission"; die Schaffung der Voraussetzungen für die Rückkehr der Flüchtlinge und Exilierten unter Mitwirkung der Betroffenen. All diese Zusagen der Regierung liegen also seitdem auf Eis. Geringer denn je sind seit Mai die Chancen, daß Cerezo offiziell Gespräche mit den Guerilla-Führern aufnimmt. Die Konsultationen zwischen Regierungsvertretern und Aufständischen im Herbst 1987 in Madrid waren für die ultrarechten Generale schon zu viel.

Unterstützt werden die reaktionären Militärs von den Großgrundbesitzern, die vom Agrarexport leben. Beide Gruppen sperren sich

gegen jegliche politische oder wirtschaftliche Modernisierungs- und Öffnungsbestrebungen. Die Fassade der "Demokratie" im Land wird ständig brüchiger. Desinformation, Angst, Mißtrauen und Spaltungstendenzen gewinnen wieder die Oberhand im öffentlichen Klima.

Beispiele:

Es ist einfacher sich in Mexiko oder in Nicaragua ein Bild über die aktuelle innenpolitische Situation Guatemalas zu machen als im Land selbst. So verbreitet die Guerilla-Organisation URNG (Unión Revolucionaria Nacional Guatemalteca) ihre Bilanz zwei Jahre christdemokratischer Regierung nur im Ausland. Seit Mai 1987 hat die URNG eine Radiostation (La voz popular) in den Bergen installiert, die einmal pro Woche Gegeninformationen zu den Regierungs- und Armee-Offiziellen liefert. Wegen der geringen Leistungsfähigkeit des Senders ist das Programm in Guatemala-Stadt kaum zu empfangen, eher schon im südlichen Mexiko.

Wer in Guatemala selbst kritisch informieren will, der begibt sich in Lebensgefahr. Das beweisen die Anschläge auf die ausländischen Nachrichtenagenturen TASS (Sowjetunion) und Prensa Latina (Kuba) in den letzten Monaten. Ebenso wurden Anschläge verübt auf die unabhängige Wochenzeitung "La Epoca", nachdem sie 16 Nummern lang erschienen war und auf die kleine Agentur ACEN-STAG, die das Verfassungsgebot der Pressefreiheit in Anspruch nehmen wollte. Andererseits verfügten die Mai-Putschisten und ihre Anhänger in der auflagenstärksten Tageszeitung des Landes, Prensa Libre pro Tag 80.000 Exemplare, über ein willfähiges Sprachrohr.

Im September 1988 entgeht Pfarrer Andrés Girón knapp einem Mordanschlag; sein Leibwächter dagegen wird getötet. Girón führt eine Bewegung landloser Bauern an, die um ihr Recht auf bebaubaren Boden kämpfen. Für politische Beobachter in Guatemala ist die Botschaft der Attentäter eindeutig: der Pfarrer solle sich vom "movimiento pro tierra" zurückziehen, die Bauern eingeschüchtert werden. Während die Präsidentensprecherin kundtut, Girón und sein Leibwächter seien Opfer der Ultrarechten geworden, wiederholt der Verteidigungsminister mehrfach, man habe es mit einem Anschlag der "marxistisch-leninistischen Guerilla" zu tun. Denn nur diese sei fähig, Sicherheitskräfte wie eben einen Leibwächter umzubringen.

Es gibt einige katholische Bischöfe und Priester in Guatemala, die sich auch durch Drohungen nicht in ihrem Einsatz für Menschenrecht und soziale Gerechtigkeit beirren lassen. Eine mehr als fragwürdige Rolle dagegen spielen die zahlreichen protestantischen Sekten im Land. Nicht zufällig hat General Ríos Montt während seiner Regierungszeit diese Fundamentalisten US-amerikanischen Ursprungs ins Land geholt. Ríos Montt – selber Priester einer solchen "Kirche" – verteidigte denn auch mit pseudoreligiösem Fanatismus die tierra-arrasada-Politik seiner Militärs.

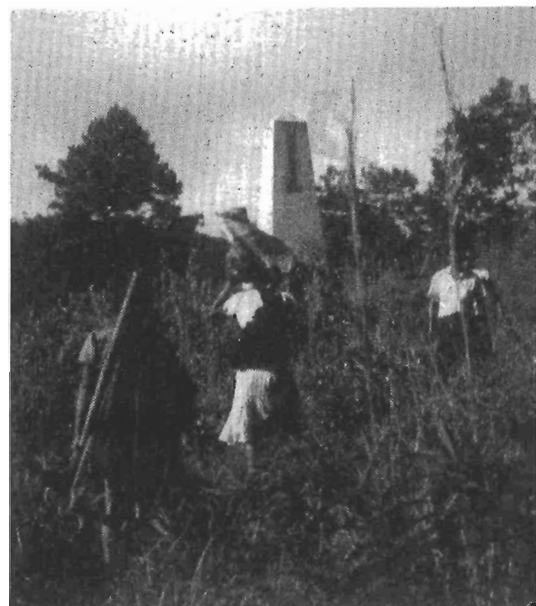
Heute ist der "Kampf um die Seelen" bis in die mexikanischen Flüchtlingslager vorgedrungen. Manche der Sekten kollaborieren offen mit der Armee; bei anderen besteht die Gefahr ihrer "Heils-

lehre" vor allem darin, Abgrenzung vor Solidarität und "Auserwählt sein" vor Gleichberechtigung zu setzen.

Präsident Vinicio Cerezo lud im September dieses Jahres Gewerkschaften und Unternehmer zum "Nationalen Treffen" ein, um so Wege aus der wirtschaftlichen und sozialen Krise des Landes zu finden. Das Massenbündnis UASP verweigerte die Teilnahme. Solange die Regierung nicht fähig oder nicht willens ist, den Vertrag vom März zu erfüllen, so die UASP, solange machten neue Gespräche und Verhandlungen keinen Sinn. Ein Beispiel dafür, daß Cerezo seine Glaubwürdigkeit im Volk verloren hat, daß das Vertrauen auf einen vorsichtigen Neubeginn dahin ist.

Der Hauptvorwurf gegen den Präsidenten lautet: statt mit den Volksschichten, die ihn gewählt hatten, ein Bündnis zu schließen und so Schritt für Schritt der Armee Frei- und Spielräume abzurufen, habe Cerezo sehr schnell den Schulterschuß mit den Militärs und reaktionären Großgrundbesitzern gesucht, die ihn nur als Marionette gebrauchen. In der 2-Jahres-Bilanz der Guerilla URNG liest sich das so:

"Die historische Chance, die Vinicio und die Christdemokraten hatten, um einen demokratischen Prozeß in Gang zu setzen, hat sich fast völlig in Luft aufgelöst. Es wird täglich offensichtlicher, daß die Linie der Kriegstreiber und der Unterdrücker in der Armee-Leitung die Vorherrschaft hat ... Die Mehrheit der politischen Kräfte Guatemalas ist davon überzeugt - und hat es vielfach so auch schon zum Ausdruck gebracht -, daß es keine Lösung der nationalen Probleme geben wird ohne die Beteiligung der Revolutionäre."



Vom costaricanischen Präsidenten Arias und dessen Amtskollegen in Nicaragua, Ortega, sind die Guerillaführer der URNG inzwischen empfangen worden. Eine Gelegenheit für sie, aus der politischen Isolation herauszukommen, gegen die anzukämpfen in Guatemala selbst im letzten Jahr nicht einfacher geworden ist.

Helga Ballauf

KOLUMBIEN

Generalstreik – verboten von der Regierung



Die Landkarte Kolumbiens hat Blutflecke bekommen: Innerhalb des letzten halben Jahres wurden 24 Massaker an Bauern, Landarbeitern und Gewerkschaftern verübt. Dahinter stehen Sektoren der Oligarchie, die versuchen, ihre Interessen zu wahren - in Zusammenarbeit mit Polizei, Armee und paramilitärischen Gruppen, deren Zahl sich bereits auf 180 erhöht hat. Die Regierung schaut weiterhin tatenlos zu: Untersuchungen der staatlichen Sicherheitsbehörde DAS haben z.B. ergeben, daß bei den Massakern im März in Urabá eine nahtlose Zusammenarbeit zwischen den oben genannten Gruppen stattfand - dies wurde jedoch von Regierungsseite auf schärfste zurückgewiesen.

Im Vorfeld des Generalstreiks

In einem Klima der staatlichen Verantwortungslosigkeit, der Straffreiheit für politische Verbrechen und der zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten für die Bevölkerungsmehrheit entschlossen sich Mitte Mai dieses Jahres die beiden Gewerkschaftsdachverbände CUT, dem 80% der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter angehören und CGT - der konservativen Partei nahestehend - der Regierung einen Forderungskatalog einzureichen. An ihm wird deutlich, wie es momentan um die Regierungspolitik in Kolumbien bestellt ist: - Für das Recht auf Leben, die nationale Souveränität, reale Demokratie, Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation der Bevölkerungsmehrheit, Aufhebung des Ausnahmezustandes und des Antiterrorismusstatuts, Aufklärung der

Massaker und politischen Morde, Auflösung der paramilitärischen Gruppen, Schutz der bedrohten Gewerkschafter und Aktivisten etc. Parallel dazu wurde ein Streikplan erarbeitet, der gegebenenfalls zum Generalstreik führen sollte, falls die Forderungen ungehört bleiben würden.

Bereits Ende Juli fanden im ganzen Land Protestmärsche statt, um den Anliegen Nachdruck zu verleihen und die Organisation und die Durchführung von Märschen in Vorbereitung auf den Generalstreik zu erproben. - Eine Antwort des Präsidenten Virgilio Barco ließ bis Ende August auf sich warten. In dem Schreiben wies er auf die Erfüllung einiger und die Ablehnung des größten Teils der Forderungen hin. - Zu einer Volksabstimmung über den Generalstreik riefen neben den Gewerkschaften auch die wichtigsten Zusammenschlüsse von Bauern (ANUC), Indianern (ONIC), Stadtteilkomitees und Studenten auf. Das Plebiszit wurde vom 14.-20. September in Fabriken, Unternehmen und anderen Arbeitsstätten, in Kooperativen, Schulen, Marktplätzen, Parks, Wohnvierteln, ländlichen Zonen und Indianerräten durchgeführt. Dreiviertel der abgegebenen Stimmen befürworteten einen Generalstreik. Protestmärsche am 5. Oktober im ganzen Land unterstrichen noch einmal den Willen des Volkes, an einem Generalstreik teilzunehmen.

Bekämpfung durch eine demokratisch gewählte Regierung

Bereits im Vorfeld des Generalstreiks hatte die Regierung versucht, den Streik mit Aktionen der Guerilla in Zusammenhang zu bringen und zu kriminalisieren. Einige Tage vor dem Streiktermin, 27. Oktober, erließ der Präsident unter Gebrauch seiner Vollmachten im Rahmen des Ausnahmezustandes und unter Berufung auf das Anti-Terror-Statut ("Statut zur Verteidigung der Demokratie") ein Dekret, das den Streik für illegal erklärt, den Gewerkschaften bei Teilnahme mit Aberkennung ihres juristischen Status droht, alle - auch passive - Teilnehmer des Streiks mit einer Haftstrafe von 30 bis zu 120 Tagen bedroht, die Presse-, Funk- und Fernsehberichterstattung über den Streik einer vollständigen Zensur unterwirft und den Transportunternehmen eine Erstattung ihrer streikbedingten Ausfälle zusichert. Ebenfalls versuchte die Regierung mit Ausgangssperren in einigen Gebieten die Situation zu kontrollieren. Noch nie zuvor waren so viele Polizei- und Militärkräfte im ganzen Land aufgeboten worden: Busfahrer Soldaten zur Seite gestellt, um die Aufrechterhaltung des öffentlichen Transportwesens zu garantieren; Gewerkschaftsführer in "Sicherheitshaft" genommen, um ihr Leben zu schützen; Partei- und Gewerkschaftsbüros durchsucht oder Anschläge auf sie verübt; Tausende verhaftet und in Stierkampfarenen gesperrt.

Vollkommene Normalität im Land verbreitete die durch die Regierung zugelassene Berichterstattung über den Streik. Die Bevölkerung erfuhr nichts über die vielen Verhaftungen, Toten, den bis zu 50% lahmgelegten Verkehr, die Stromausfälle, den teilweisen Stillstand der Produktion, die unzähligen Protestmärsche und Kundgebungen,

die vielen Hausdurchsuchungen. - Für die Regierung war klar, daß der Generalstreik erfolgreich bekämpft wurde und damit als gescheitert erklärt werden konnte.



Bogotá während des Generalstreiks

Verlauf des Streiks aus Sicht der Gewerkschaften und der Opposition

Die Vorbereitungen für den Generalstreik wurden durch Verleumdungskampagnen gegenüber den Gewerkschaften von der Regierungsseite erschwert. Auch bereitete die zunehmende Militarisierung des Landes den Veranstalter des Streiks große Sorgen; auf der einen Seite versuchten Unternehmer und Regierungsdelegierte mit den Arbeitern zu verhandeln und auf der anderen Seite wurden sie von den Sicherheitskräften schikaniert. Mit der Ankündigung einer allgemeinen Preiserhöhung zum Jahresende führte die Regierung zwei zentrale Forderungen des Generalstreiks ad absurdum, nämlich die der Erhöhung des Mindestlohnes und die des Einfrierens der Grundnahrungsmittel- und der Brennstoffpreise.

Aufgrund der verstärkten Militärpräsenz war es nicht möglich geworden, die gesamte Produktion zu stoppen, in den großen Unternehmen wurde weitergearbeitet. Nichtsdestoweniger kam die Hälfte des Verkehrs zum Erliegen. Alle Lehrkräfte und Professoren beteiligten

sich aktiv am Streik; in den ländlichen Zonen kam es zu unzähligen Protestmärschen und -kundgebungen der Bauern und Indianer.

Äußerungen aus den Reihen der linken Opposition und der Gewerkschaften bestätigen, daß der Generalstreik nicht überall im Lande durchgeführt werden konnte. Gleichzeitig wird jedoch auf die politische Niederlage der Regierung hingewiesen, die es nicht verstanden hat, eine demokratische Antwort auf die Forderungen und Aktivitäten des Volkes zu geben.

Verhärtete Fronten zwischen Guerilla und Militär

Als Reaktion auf die Unfähigkeit der Regierung ein für alle Seiten akzeptables Friedensangebot an die Guerilla zu unterbreiten, haben die 6 in der nationalen Guerillakoordination "Simón Bolívar" zusammengeschlossenen Organisationen (FARC, M-19, ELN, EPL, Quintín Lamé, ADO) seit September eine neue Offensive gestartet. Gerade vor dem Generalstreik verstärkten sich die simultanen Angriffe einiger Gruppen, wie z.B. die Sprengung von allen Verbindungsbrücken zur Bananenbauregion Urabá, erstmalig direkt ausgeführte Angriffe auf militärische Stützpunkte und Bananenplantagen, Anschläge auf Strommasten und auf ein Elektrizitätswerk. - In Medellín, der zweitgrößten Stadt Kolumbiens, meldete sich ein Piratensender namens "Patría Libre" zu Wort. Daraufhin bekannten sich Mitglieder der Guerillaorganisation ELN zu diesem Sender und wiesen während einer spektakulären Aktion, bei der sie einen mit Arbeitern besetzten Firmenbus des größten Textilunternehmens Kolumbiens kaperten, auf den stattfindenden Generalstreik hin.

In Kommuniqués gab die Guerilla zu verstehen, daß sie die Forderungen der Gewerkschaften für den Generalstreik unterstützen würden und weiterhin auf ein konstruktives Friedensgespräch zwischen der Regierung und Vertretern ihrer Vereinigungen drängten, das nicht nur ihre Reintegration in die Gesellschaft vorsehen sollte, sondern auch die schon lang versprochenen sozialen und politischen Reformen durchgeführt werden sollten.

Guerilla und Heer lieferten sich die seit Jahren stärksten Gefechte. Auf diese Situation reagierte der Staat mit zunehmender Truppenkonzentration im ganzen Land. Zum ersten Mal war der Präsident Virgilio Barco anwesend beim Beschluß neuer Guerillabekämpfungsstrategien durch den obersten Militärstab. Das Heer ging u.a. mit Artilleriehubschraubern und Kampfpanzern gegen die Rebellen vor; in einigen Regionen wurde die Armee in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Im Hinblick auf den Streik stellte man Militärposten bei den großen Produktionsstätten auf. - In diesem Zusammenhang ist wohl auch der 200 Mio US-\$-Kauf von 15 Jagdbombern und 8 Raketenabschubbasen aus Israel zu sehen, den der Verteidigungsminister Samudio Molina wie folgt kommentiert: "Kolumbien ist kein Land der Kriegsmaschinerie, sondern hier ist man Freund des Dialogs auf allen Ebenen, jedoch leben wir in einem inneren Konflikt großen Ausmaßes".

Kontaktadresse: Kolumbiengruppe im LAZ, Crellestr. 22, 1 Berlin 62

VENEZUELA

Anpassungsprogramm und demokratische Reformen

Die Erdölpreise fallen und damit schrumpft der Handlungsspielraum des venezolanischen Staates. Konnte man bisher Krisenerscheinungen und soziale Unruhe mit Investitionsprogrammen, Beschäftigungsprogrammen oder Lohnerhöhungen begegnen, so sind diese Zeiten vorbei. Die Schulden wachsen und das Loch im Haushalt ebenso. Die strukturellen Probleme des Landes werden nun umso deutlicher. Die Regierung Lusinchi, zudem wegen Korruption in Verruf geraten, hat nur noch wenige Wochen. Am 4. Dezember sind Präsidentschaftswahlen. Es steht schon so gut wie fest, daß der Wahlsieger wiederum der Kandidat der Regierungspartei sein wird. Von ihm erwartet man sich demokratische Reformen und den Stop der Inflation. Sicherlich wird es zunächst ein Anpassungsprogramm geben, denn Venezuela benötigt Neukredite.

Erdölland Venezuela

Die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen Venezuelas sind seit den 20er Jahren vor allem durch die Erdölförderung und -exporte bestimmt worden. Ca. 70% der Staatseinnahmen werden durch diesen Sektor erbracht und ermöglichten lange Zeit einen großen Verteilungsspielraum des Staates. Der sozialdemokratischen Acción Democrática gelang es so die Gewerkschaften früh zu integrieren und ihnen mittels Lohnerhöhungen Zugeständnisse zu machen und damit soziale Unruhen zu vermeiden. Venezuela ist Gründungsmitglied der OPEC und profitierte 1973/74 und 1979 stark an der Anhebung der Rohölpreise. Während 1974 noch die sechs Großen, Exxon, Shell, Gulf Oil, Sun Oil, Texaco und Mobil Oil, 91,6% der Produktion kontrollierten konnte man nach ausreichendem Erwerb von technischem know how den Schritt zur Verstaatlichung der Ölkonzerne wagen. Allerdings ließ man die Möglichkeit zur Bildung von joint ventures bestehen und die Kommerzialisierung und den Transport des Erdöls blieben in den Händen der Konzerne. 1970 wurde die bisherige Förderhöchstmenge erreicht und 1975 und 1978 kam es zum ersten Mal zu einem spürbaren Rückgang der Staatseinnahmen. Wenn man 1979 auch nochmals Rekordpreise erzielen konnte, so ist doch die jetzige wirtschaftlich schwierige Lage erneut den tendenziell fallenden Ölpreisen geschuldet. Als loyales OPEC-Mitglied hat Venezuela nicht die Förderquote erhöht. Zwar bewirken die Öleinnahmen immer noch eine positive Handelsbilanz, die Überschüsse betragen jedoch nicht mehr 7 - 10 Mrd. US-Dollar jährlich sondern bei Gesamteinnahmen durch Rohölexporte im laufenden Jahr nur noch 1 - 2 Mrd. US-Dollar.

Venezuela hat versucht durch gewaltige Investitionsprogramme, die nach 1974 ansteigenden Erdölgewinne zur Stärkung und Integration in verschiedene Wirtschaftszweige zu investieren. So wurde unter der Regierung Perez (1974-79) ein Investitionsfond für mittel- und langfristige Industriekredite geschaffen. Mit Beschäftigungsprogrammen, der Verordnung von gestaffelten Lohnerhöhungen und der Ausdehnung der Mindestlohngesetzgebung auf den agrarischen Bereich wollte man den inneren Markt stärken. Für den Agrarsektor gab es staatlich subventionierte Kredite. Seit 1976 sind die Banken gesetzlich verpflichtet, mindestens 20% ihrer Kredite in den Agrarsektor zu leiten.

Bis 1979 waren Eisenerze das zweitwichtigste Exportprodukt des Landes. Auch hier befinden sich die führenden Unternehmen im Besitz des Staates. Die Förderung der Erzproduktion war jedoch vor allem der Ausgangspunkt für eine starke Expansion der Stahlproduktion. Im Rahmen der weltweiten Stahlkrise stellte sich jedoch heraus, daß Überkapazitäten geschaffen worden waren und die Produktion mußte wieder eingeschränkt werden. Inzwischen ist der zweitgrößte Devisenbringer das Aluminium. Während die beiden staatlichen Hüttenbetriebe schon 100 Millionen US-Dollar investiert haben, umfaßt das gesamte Investitionsprogramm der aktuellen Regierung bis 1992 2 Mrd. US-Dollar und eine Kapazitätsausweitung von 100%. Venezuela besitzt in diesem Bereich Wettbewerbsvorteile gegenüber Europa, Japan und USA. Diese konnten jedoch bisher auch nur aufgrund staatlicher Subventionen z.B. beim Strompreis und Export aufrecht erhalten werden.

Der Industriesektor ist gekennzeichnet durch eine starke Oligopolisierung. Er hat zwar seinen Anteil am Bruttoinlandsprodukt seit 1950 fast verdoppelt, seine Entwicklung ist jedoch schon wegen des großen Gewichts der Petrochemie stark von der Ölkonjunktur abhängig. Der Maschinenbau ist bisher völlig unbedeutend.

Das "Wunder im Agrarsektor"

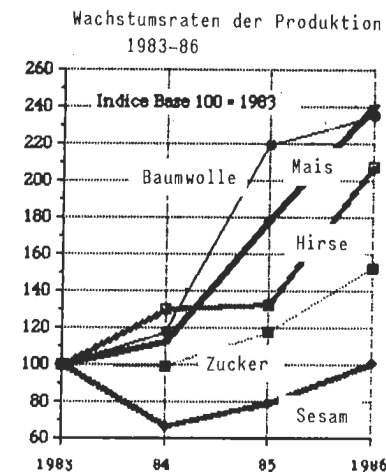
Einer der wenigen Lichtblicke in der wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahren scheint der Agrarsektor zu sein, wenn auch mit dem Begriff des "Agrarwunders" sicher etwas übertrieben wurde. Bis 1983 hatte es eine weitere Reduzierung der agrarischen Anbauflächen und der Gesamtproduktion gegeben. Dementsprechend stieg der Anteil der Grundnahrungsmittel, die importiert wurden auf über 70%. Die relative Überbewertung des Bolivar beförderte diese Tendenz. Die Preise für Nahrungsmittel stiegen ebenso wie der Anteil an privaten Haushaltsausgaben, der für die Ernährung aufgewendet werden mußte. Während die Staatsausgaben für den Agrarsektor zurückgingen, erreichten zudem die privaten Investitionen nur 35% des 1977 erreichten Niveaus. Hinzu kam die Finanzkrise der "Korporation für den Agrarmarkt" (CMA) einer Regierungsinstitution, die als Aufkäufer der Ernten und zur Kommerzialisierung der Agrarprodukte, also als eine Art

Zwischenhändler fungierte. 1981/82 konnte sie die Ernten nicht mehr aufkaufen.

Unter der Regierung Lusinchi wurden zunächst die Schulden dieser Institution bezahlt und die Kapazität der öffentlichen Agrarbank gesteigert, um das Vertrauen der Landwirte zurückzugewinnen. Die Mindestpreise für die in der Agroindustrie notwendigen Produkte wurden angehoben, die Subventionen für Düngemittel wiedereingeführt und besondere Zinssätze für Agrarkredite gewährt. Um eine direktere Verbindung zwischen Produzent und Agroindustrie herzustellen, versuchte man, die CMA weitgehend zu ersetzen. Banken übernehmen nun die Zwischenfinanzierung und garantieren prompte Bezahlung der Ernten. Das Ministerium für Landwirtschaft und Viehzucht (MAC) übernimmt eine Kontrollfunktion bei den Vertragsabschlüssen. Die Importbestimmungen für Agrarprodukte wurden drastisch verschärft.

Die Resultate waren tatsächlich erstaunlich: Die privaten Investitionen stiegen so stark an, daß sie den staatlichen Einfluß bald überrundeten. Die direktere Beziehung zwischen Produzent und Agroindustrie führten zu höherer Effizienz, stärkerer Integration der wichtigsten Nahrungsmittelketten und der rationelleren Organisation von Ernte, Transport und Lagerung. Eine steigende Produktion stellte sich erstaunlich schnell ein.

(siehe nebenstehende Graphik). 1985 und 1986 kam es auch wieder zu einer stärkeren Beschäftigung im Agrarsektor. Soweit konnte die aktuelle Regierung doch Erfolge für ihre Strategie verbuchen. Die Hervorhebung einer allgemeinen Produktionssteigerung verleitet jedoch dazu zu übersehen, daß sich negative Begleiterscheinungen eingestellt haben.



Fuente: MAC, Venezuela. Memoria y Cuenta (varios años).

Die Ausweitung der Anbauflächen hat nicht nur zum Anstieg der Boden- und Pachtpreise geführt, sondern

auch zu einer gesteigerten Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, die nicht befriedigt werden kann und daher die Preise dafür in die Höhe trieb. Der Preisanstieg bei Pflanzenschutzmitteln, Transport und Maschinenarbeit hat einen allgemeinen Preisanstieg bei Agrarprodukten ausgelöst. Das größte Wachstum stellte sich zudem gerade in den Bereichen ein (Mais/Milch), in denen man relativ ineffizient produziert, gleichzeitig ist z.B. gerade der recht günstige Anbau von Reis zurückgegangen.

Die Regierung Lusinchi

Seit 1983, dem Wahlsieg der sozialdemokratischen Acción Democrática (AD), residiert Jaime Lusinchi in la Casona, dem Präsidentenpalais. Während die Regenbogenpresse darüber rätselt, wie groß der Einfluß der Frau Dr. Ibáñez, der persönlichen Sekretärin und Geliebten des Präsidenten, auf dessen Entscheidungen ist, trägt sicher diese Affäre des verheirateten Staatsoberhauptes nur noch das letzte Quäntchen an Unpopularität zu seinen geringen politischen Erfolgen der letzten Monate bei. Er hat es während seiner Regierungszeit nicht verstanden, die wirtschaftliche Krise in den Griff zu bekommen. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung nimmt daher ständig zu.

Seit 1983 wurde der Bolívar mehrfach abgewertet und fiel somit von 1 Dollar - 4,35 bol auf 30 bol. Die Inflation, die bis zu den 80er Jahren in Venezuela kaum von Bedeutung war, stieg unter Lusinchis Regierung auf die Rekordmarke von 43,7% (1987). Die Verschuldung erreichte inzwischen eine Summe von 33 Mrd. US-Dollar. Obwohl die offiziellen Zahlen 5% Arbeitslose ausweisen, dürften es real inzwischen 14% sein und dazu noch 33% verdeckte Arbeitslosigkeit. Das Haushaltsdefizit steigt dieses Jahr voraussichtlich auf 5 Mrd. US-Dollar. Die Armut hat bisher in Venezuela unbekannte Ausmaße angenommen. Mehr als 60% der venezolanischen Familien leben in Armut. Der Verlust an Kaufkraft heißt für sie, daß kein Geld für Gesundheit, Wohnung, Kleidung oder Erholung übrig bleibt. Alles muß für die Ernährung aufgewendet werden.

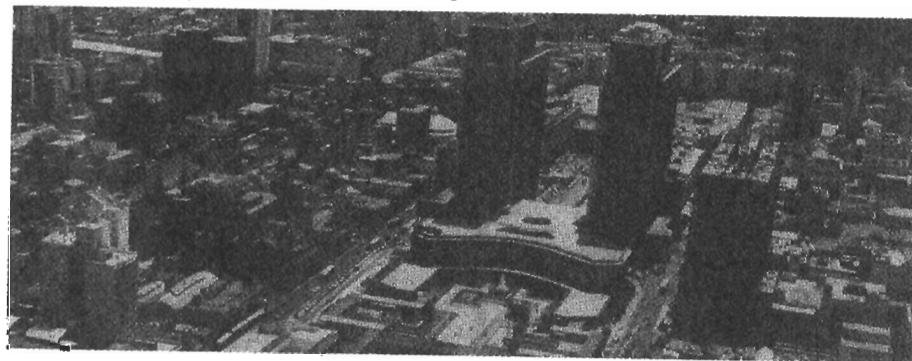
Politisch macht der wirtschaftliche Niedergang vor allem dem jetzigen Präsidenten zu schaffen, dem es nicht gelungen ist, sich als energischer Politiker zu profilieren. Daher wurde er von seiner Partei nicht zum Kandidaten für die am 4. Dezember stattfindenden Präsidentschaftswahlen nominiert. Carlos Andres Perez dagegen hat nicht nur das Image eines erfolgreichen Politikers, denn während seiner letzten Amtsperiode zwischen 1974 und 1979 florierte die Wirtschaft, sondern er gilt auch als Demokratisierer. Er spricht nicht nur von der Versöhnung der Klassen und der Gleichstellung der Frau, sondern unter seiner Regierung soll eine Staatsreform durchgesetzt werden. In Zukunft soll eine direkte Wahl der Gouverneure, Abgeordneten und Stadträte möglich sein. Nach Wunsch der AD also soll der demokratische Pragmatiker und für die lateinamerikanische Integration werbende Andrés Perez den nationalen Caudillo Lusinchi im Amt ablösen.

Die Kandidaten und ihre Programme

Elf Kandidaten werden sich am 4.12. zur Wahl stellen, aber nur zwei von ihnen haben reelle Chancen. Da ist zunächst der Sieger der parteiinternen Entscheidung in der Acción Democrática und Ex-Präsident Carlos Andrés Perez, der nicht nur die Gewerkschaften hinter sich hat, sondern auch einen beträchtlichen Teil des Unternehmertums und viele Jugendliche, besonders der

Mittelklasse. Allerdings ist sowohl eine gewisse Unzufriedenheit bei den Unternehmern zu beobachten, die sich über die schlechte Versorgung mit Dollars für Auslandsgeschäfte und die Inflation beklagen. Dazu kommt ein Universitätsstreik und eine heftige Studentendemonstration Ende Oktober in Caracas, nachdem die Armee an der Grenze zu Kolumbien 14 harmlose Fischer umgebracht hatte, die sie für Guerrilleros hielt. Als Vorteil gegenüber dem Rivalen der christdemokratischen COPEI dürfte sich allerdings die Erinnerung an die Wirtschaftskrise während der letzten christdemokratischen Regierung unter Luis Herrera Campins (1979-84) auswirken. Die meisten Meinungsumfragen sehen daher Andrés Perez mit einem 10%-Vorsprung vor seinem Kontrahenten.

Eduardo Fernández bringt nicht nur politische Erfahrung mit - er ist seit 10 Jahren Generalsekretär der COPEI - sondern er hat sich parteiintern klar gegen den Mitbewerber Rafael Caldera durchgesetzt. Er findet in verschiedenen Bevölkerungsgruppen Unterstützung, allerdings nicht im entscheidenden gewerkschaftlichen Dachverband CTV. Zwei Tendenzen, die gerade diesmal vielleicht noch etwas mehr Gewicht erhalten könnten, kommen ihm zugute. Zunächst wurde in Venezuela tendenziell immer gegen die Regierung gewählt, diesmal ist zudem die Anzahl der Neuwähler höher denn je. Es ist gut möglich, daß diese 2 Millionen dem jung-dynamischen Fernández zuneigen.



Von den übrigen Kandidaten - so vermutet man - wird keiner mehr als 3% der Stimmen auf sich vereinigen können. Ein Ergebnis etwa in dieser Höhe wird Teodoro Petkoff zugetraut, der ein Bündnis zwischen MAS (movimiento al socialismo) und MIR (movimiento de izquierda revolucionaria) anführt, ein Bündnis jedoch ohne soziale Basis. Als einziger Arbeiter geht Andrés Velásquez mit Unterstützung der einflußreichen Metallarbeitergewerkschaft und einer breiten Basis in der Provinz Guayana ins Rennen. Er könnte zumindest für eine kleine Überraschung am Rande sorgen. Wahrscheinlich wird diesmal auch eine geringere Wahlbeteiligung und eine höhere Anzahl an leeren Stimmzetteln (voto en blanco) das Wahlergebnis beeinflussen. Auf wessen Kosten dies geht, ist jedoch ungewiß.

Der Christdemokrat Fernández setzt auf das freie Spiel der Marktkräfte. Natürlich will auch er die Inflation stoppen. Aber seine ganze Strategie richtet sich auf die Stärkung des privaten Sektors und seine Privatisierungsziele machen sogar vor der Grundstoffindustrie, Öl, Stahl, Aluminium nicht halt. Während sich beide Kandidaten hinsichtlich einer Importsubstitutionspolitik zum Schutz des Agrarsektors einig sind, will AP-Kandidat Perez auch den Industriesektor völlig von der Außenkonkurrenz abschirmen. Wie beide ihre Pläne finanzieren wollen, haben sie bisher nicht konkretisiert. Was zunächst ansteht und was die Regierung vor den Wahlen tunlichst vermeiden hat, ist ein Anpassungsprogramm. Zu erwarten ist die Aufgabe des festen Wechselkurses und seine Neufestsetzung auf 1 Dollar - 7,5 bol für Importe, eine besondere Rate zur Begünstigung von Exporten und eine freie Marktrate für Luxusgüter. Darüber hinaus stehen Tarifierhöhungen an, so z.B. beim Strom zwischen 15 und 30%. Nach wie vor erhofft man sich Neukredite aus Europa oder Japan. Gegenüber dem IWF hatten sowohl Präsident Lusinchi als auch der neue AP-Kandidat Perez nur starke Worte, aber es deutet alles darauf hin, daß Venezuela eine Refinanzierung von 21 Mrd. US-Dollar erreichen will. Dies wäre die dritte in der Regierungszeit Lusinchis. Seit 1983 hat Venezuela 30 Mrd. US-Dollar Schulden und Zinsen getilgt. (21,9 Staatsschulden, 8,2 Privatschulden) und ist damit der größte und pünktlichste Zahler der vier großen Schuldnerländer Lateinamerikas. Trotzdem hat Venezuela bisher keinen Dollar an Neukrediten erhalten und hat zudem die im Vergleich zu Mexiko, Argentinien und Brasilien schlechtesten Zahlungsbedingungen. Nun scheint die wirtschaftliche Lage soweit, daß der IWF mit härteren Forderungen nach Privatisierung und Marktöffnung die Regierung zu Zugeständnissen zwingen kann.

Veit Hannemann

Quellen:

Brecha 30.9.88
Latin American Weekly Report
Nr. 33, 35, 40, 41 - 1988
El Pais 17.10.88
Alai No. 103/104/105
Nueva Sociedad No. 95/96

Ex-Präsident und neuer Präsidentschaftskandidat der Acción Democrática, Carlos Andrés Pérez



SURINAM

Das Dschungel-Kommando: Verhandlungspartner oder Schießscheibe für das Militär?

Auch ein Jahr nach den Wahlen Ende 1987 und dem anschließenden Übergang zu einer zivilen Regierung gibt es für die Maroons im Osten Surinams keinen Frieden. Trotz aller gegenteiliger Versprechen der Präsidentschaftskandidaten vor den Wahlen führt die Armee unter dem ehemaligen Führer der Militärdiktatur Bouterse weiter Krieg gegen das Dschungel-Kommando der Maroons von Ronnie Brunswijk. Hauptleidtragender in diesem von keiner Seite zu gewinnenden Konflikt ist die Zivilbevölkerung. Mehrere Tausend Flüchtlinge warten, unbeachtet von der Weltöffentlichkeit, im benachbarten Französisch-Guayana auf die Rückkehr in ihre Heimat. Im Anschluß an den folgenden Artikel erläutert Denise de Hart, die politische Beraterin Ronnies Brunswijks, in einem Interview ihre Sicht des ost-surinamischen Problems.*

Brunswijk nahm im Juni 1986 den bewaffneten Kampf gegen die Militär-Regierung Bouterse auf. Bouterse seinerseits war 1980 in der Folge eines zunächst populären Staatsstreiches an die Macht gekommen, in dem er die korrupte und unfähige Kaste javanischer und hinduistischer Politiker absetzte. Doch angesichts seines autoritären Führungsstils sowie dem Verbot aller politischen Parteien und der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage verflog die Euphorie der Bevölkerung schnell. Nach der Folterung und Ermordung von 15 Oppositionspolitikern im Dezember 1982 stellten die Niederlande die Zahlungen der bei der Unabhängigkeit Surinams 1975 zugesagten Entwicklungshilfegelder (immerhin eine Summe von 3 Mrd. Gulden über eine Periode von 10-15 Jahren) ein.

Dies führte zu einem beschleunigten wirtschaftlichen Niedergang und verstärkten sozialen Unruhen, gefolgt von verschärfter Repression durch das Militär. Die Bewegung von Brunswijk, einem ehemaligen Leibwächter Bouterse, stand jedoch weder mit den alten - kreolischen und hinduistischen - Parteien noch mit den in den Niederlanden befindlichen Oppositionsgruppen in Verbindung. Seit 1986 nun kämpft das Dschungel-Kommando gegen

* Die Maroons sind Nachkommen entlaufener Sklaven, sie werden mitunter auch als "Buschneger" bezeichnet.

die Nationale Armee. Bei den Auseinandersetzungen starben viele Frauen und Kinder durch Racheaktionen der Armee, der ökonomische Schaden ist gigantisch. Um sich möglichst geschickt aus seiner ausweglosen Position zu retten, arrangierte Bouterse sich zunehmend mit der alten politischen Schicht und ließ 1987 Wahlen abhalten, die er deutlich verlor. Bei Regierungsantritt des hinduistischen Präsidenten Shankar wurde versprochen, auch dieses Problem zu lösen. Hatten die Führer der alten politischen Front, Arron und Lachmon, nicht vor den Wahlen auf dem Podium verkündet, daß sie - entgegen den regierenden Militärs - "nach Ost-Surinam gehen werden", um Frieden zu schließen?

Die Regierung Surinams ist jetzt "ernsthaft bemüht, mit dem Dschungel-Kommando eine Übereinstimmung zu erzielen". Das jedenfalls behauptete der niederländische Außenminister Van den Broek im September vor einem beunruhigten niederländischen Parlament. Die Fakten zeichnen ein anderes Bild.

Trotz heftiger Kritik von Seiten der Nationalen Streitkräfte ("mit Terroristen spricht man nicht"), aber unter Druck der Niederlande begann eine Regierungsdelegation Verhandlungen mit recht ermutigenden Resultaten. So wurde zunächst einmal eine Feuerpause vereinbart. Doch einen Tag nach Inkrafttreten des offiziellen Waffenstillstands am 1. Juli griff die Armee das von Brunswijk geführte Dschungel-Kommando an. Auf beiden Seiten gab es Tote. Der Chef der Militärs Oberst Bouterse duldet keine Anerkennung von Brunswijk. Präsident Shankar fehlte entweder der Mut oder der Wille, die Konfrontation mit Bouterse anzugehen, doch konnte er das am Vorabend des Besuchs des niederländischen Ministers für Entwicklungszusammenarbeit auch nicht laut sagen.

Um Zeit zu gewinnen, wurden die Führer der "Buschneger"-Stämme, die "granmans", zu Besprechungen in die Hauptstadt Paramaribo herbeigerufen. Wie zu erwarten teilten sie zwei Monate später, nach langandauernden Beratungen mit ihren Stämmen mit, daß sie nicht kommen können. Sie wollen erst sehen, daß der ausgehandelte Waffenstillstand tatsächlich verkündet wird.

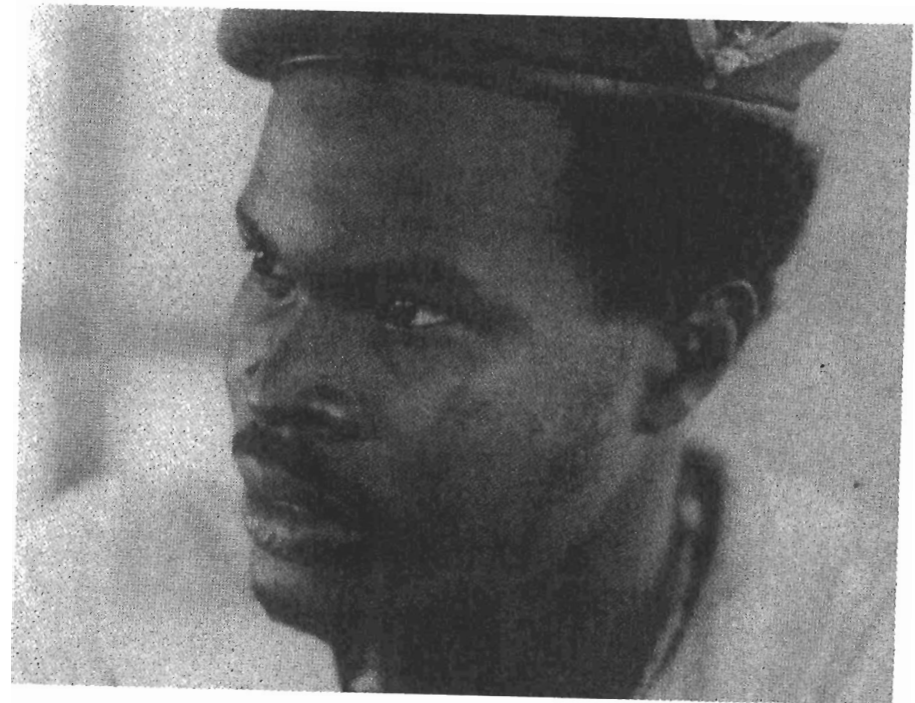
Stattdessen machen sowohl der alte hinduistische Politiker Lachmon als auch Präsident Shankar (beide von der Vereinigten Hinduistischen Partei) deutlich, daß die Position der Regierung keinesfalls mehr von der Armee abweicht. Sie gebrauchen jetzt auch stets den von den

Militärs übernommenen Begriff "Terroristen" für das Dschungel-Kommando.

Interview mit Denise de Hart, der politischen Beraterin von Ronnie Brunswijk

Wie stellt sich für das Dschungel-Kommando derzeit die Situation dar?

Denise de Hart: "Ronnie sagte: 'Ja, das ist schwierig, Gespräche zu führen scheint reine Zeitverschwendung'. Ich sagte: 'Du mußt Gespräche führen, ihr Maroons habt eine Tradition, sich die Zeit zu nehmen, um Sachen zu besprechen. Dem darfst Du kein Ende setzen.' Aber während sie dasaßen und Gespräche führten griff die Nationale Armee sie rücklings an. Die Protokolle über die Feuerpause blieben liegen ohne unterzeichnet worden zu sein. Ronnie sagte daraufhin: 'Wir können nicht mehr weiter Gespräche führen, ich lasse meine Leute nicht als Schießscheibe gebrauchen!' Die Delegation mußte abreisen.



Ronnie Brunswijk

Die Armee ist mittlerweile viel besser bewaffnet als noch vor ein paar Jahren. Sehr viel Kriegsmaterial ist aus Brasilien gekommen. Aber sie können das Dschungel-Kommando nur kleinkriegen, indem sie alles vernichten, und das wird noch viel mehr Tote geben als in Ost-Surinam bereits durch ihre Aktionen gefallen sind. Das kann Bouterse nicht machen. Und wie will er angreifen? Die Jungs haben sich dann längst im Urwald verstreut, sammeln sich und beginnen erneut. Soldaten aus der Stadt haben Todesangst im Busch und sind dort unbrauchbar. Aber die "Buschneger" sind dem Dschungel-Leben gewachsen, sie erkennen Wege auch dort, wo Leute wie Sie und ich überhaupt nichts bemerken würden. Im Krankenhaus in St. Laurant habe ich einen Jungen aus Brokopondo getroffen. Der war mit 40 Grad Fieber und Malaria zwei Tage und zwei Nächte gelaufen! Ronnie hat nicht die Waffen, um die Stadt zu erobern. Aber er kann ohne weiteres sehr effektive Anschläge und Sabotageakte ausführen lassen. Und es sind auch genug Leute bei ihm, die das nur zu gerne tun. Sowohl Bouterse als auch Brunswijk sind umgeben von Falken."

Bekommt Brunswijk Geld und Waffen aus dem Ausland?

"Nicht aus den Niederlanden. Alle Zusagen entpuppten sich als leere Versprechen...! Die Jungs finden Gold am Tapanahony und das verkaufen sie. Sie sind keine Söldner und Ronnie will auch kein Geld dafür haben. Der Franzose, der von der Armee erschossen wurde, war ein Abenteurer, der nicht bezahlt wurde."

Wird Surinam wirtschaftlich ruiniert durch diesen Bürgerkrieg?

"Ich habe gesagt: Ihre Männer vernichten alles, das ganze Land ist davon betroffen. Wen meinst Du denn, triffst Du damit? Bouterse und die Oberschicht nicht; deren Kinder sitzen alle im Ausland. Aber gerade die Söhne und Töchter der armen Eltern werden getroffen. Die Friedensverhandlungen müssen weiter eine Option darstellen, solange es nicht 100%ig aussichtslos ist. Es muß doch zu einer Entwicklung kommen! Das ist die Wahl zwischen einer militärischen Option oder einem Dialog, zwischen Kampf oder Gesprächen."

Der Geist von Boni kommt zu Hilfe

Es gibt Vermittlungsbemühungen des Komitees Christlicher Kirchen. Was ist es, was Sie daran kritisieren?

"Ich habe gesagt, daß es mich befremdet, daß in einem

Land, in dem mehr Hindus und Moslems als Christen leben, bei derartigen Vermittlungsbemühungen allein Christen beteiligt sind. In den Niederlanden reagierten die vier größten Organisationen surinamischer Hindus und Moslems auch sofort darauf. Anfang August schickten sie ein Telegramm an den Präsidenten Surinams mit der Botschaft, daß es zu einem 'Ende des Abschachtens an unseren Brüdern um ganzen Land' kommen muß. 'Sie sollten den Konflikt mittels Verhandlungen friedlich zu einem Ende bringen.'

Für Moslems und Hindus ist das ein großer Schritt, die Maroons in Surinam als ihre 'Brüder' zu bezeichnen. So ein Telegramm ist doch in Wirklichkeit gegen die alten politischen Parteien gerichtet, namentlich die hinduistischen und javanischen Politiker. Außerdem schrieben sie Briefe an die Hindu- und Moslem-Organisationen in Surinam, um sich aktiv für den Frieden in Ost-Surinam einzusetzen."

Werden die Flüchtlinge aus Französisch-Guayana zurückkehren können, wenn Brunswijk den Kampf einstellt?

Die Flüchtlinge können nicht zurückkehren, solange die Nationale Armee da ist. Auf keinen Fall! Die Armee ist eine tödliche Gefahr und kann nicht für ihre Sicherheit garantieren. Brunswijk ist einer von ihnen, er ist ihr Schutzschild. Er wird verhandeln oder kämpfen, aber sich niemals ergeben. Für die Maroons ist er unverwundbar. Der Schamane von "granman" Forster hat Brunswijk den Geist des großen Widerstandskämpfers Boni gewidmet. Jetzt, wo der Geist aus Boni Doro, der Ruhestätte von Boni, herbeigerufen ist, wird er auch erst wieder Ruhe finden, wenn die Maroons wirklich überzeugt sind, daß sie in Sicherheit leben können. Denn so ein großer Geist darf dann jahrelang nicht mehr gestört werden, um zu Hilfe zu kommen. Und dann irren in ihren verlassenen Dörfern auch noch die Geister der ermordeten Familienmitglieder umher, die ebenfalls erst noch zur Ruhe kommen müssen. Es muß zunächst einmal Genugtuung geben.

Das Problem stellen die Flüchtlinge in Französisch-Guayana dar. Frankreich will sie weghaben. Dies nicht in erster Linie des Geldes wegen, sondern wegen der Bevölkerungsverteilung: In einem von 6.000 Menschen bewohnten Gebiet leben nun zusätzlich 10.000 Maroons, die sich weder integrieren noch langfristig dort niederlassen wollen. Und nun wächst bereits eine neue Generation Maroons in den Lagern auf, eine Generation, die völlig verkommt. Das wird eine ganze Generation lang Probleme geben."

Bouterse kann sich zurücklehnen

Für die Politiker in Paramaribo hat Denise de Hart wenige gute Worte übrig:

"Wenn sie wenigstens etwas getan hätten..., aber nein, das einzige was sie tun ist, um Geduld zu bitten. Sie haben sämtliche Wahlversprechen ignoriert. Währenddessen kann sich Bouterse in seinem 'Palast' in Ruhe zurücklehnen und den Fluß betrachten. Alle Kritik trifft nun zurecht die Regierung. Ihre Anhänger sind sehr unzufrieden, denn es ändert sich wenig. Aber es gibt keine Alternative. Wie denn auch?

Die 'alten Politiker' haben nichts gelernt. Sie tun alles, um sich bei Bouterse einzuschmeicheln. Für so einen wie Lachmon zum Beispiel habe ich einfach keine Worte. Er will wieder die Fäden ziehen und deshalb redet er Bouterse nach dem Mund. Das ist purer Eigennutz zum Wohle einer kleinen Clique. Sehen Sie, von den Entwicklungshilfegeldern für das Dritte-Welt-Land Surinam werden nun Luxus-Lebensmittel importiert. Und die wollen sie auch noch von einer befreundeten Importeursclique einführen lassen, die bereits auf dem Schwarzmarkt riesige Summen verdient hat."

Was erwarten Sie von der alten Kolonialmacht, den Niederlanden?

"Die Niederlande hätten kein Geld versprechen sollen, bevor die Militärs wirklich weg sind. Die Surinamer sind nicht am Verhungern. Aber klar, das können sich die Niederlande international nicht leisten.

Menschenrechte zählen da halt nicht mit, man sieht das an Indonesien. Die Surinamer müssen selbst eine Lösung finden, das ist ein surinamischer Konflikt. Die Niederlande können natürlich gut hinter den Kulissen, auf diplomatischem Weg, Druck ausüben, um die Friedensvereinbarungen voranzutreiben."

Der Artikel wurde aus der holländischen Zeitschrift "alerta" (Nr.148 von Sept./Okt.1988) übersetzt und leicht überarbeitet.

ZUM WEITERLESEN sei auf den Aufsatz "Unkraut in der Plantage. Surinams große Krise." von Brandsma und Van der Tempel im "Lateinamerika Jahrbuch - Analysen und Berichte 11" von 1987 hingewiesen.

BRASILIEN

»Fabelhafte Arbeit« – Inflation bei 1000%

Als Brasiliens Regierung im März letzten Jahres mit demagogischen Phrasen die Zahlungsunfähigkeit des Landes zum Schuldenmoratorium deklarierte, war der damalige Finanzminister Dilson Funaro Zielscheibe scharfer Angriffe der internationalen Bankenwelt. Kaum 1 1/2 Jahre später haben sich die rethorischen Nebelschwaden längst aufgelöst, und Brasilien steht wieder brav bei Fuß – als "verlässlicher Partner" der Banken und des IWF. Nach einer Reihe von Einzelabkommen ist ein neuer Modus für den Schuldendienst gefunden worden – Brasilien zahlt wieder.

John Reed, der Chef der Citibank, der größten Gläubigerbank, war daraufhin voll des Lobes für Mailson da Nóbrega, den jetzigen Finanzminister und bescheinigte ihm "fabelhafte Arbeit". Die fabelhafte Arbeit dieses trefflichen Ministers, dem schon "Die Welt" bescheinigte, er sei in New York beliebter als in Brasilien, stürzt gerade das Land in eine der größten wirtschaftlichen Krisen seiner Geschichte – bei einer Inflationsrate von voraussichtlich 1000% für 1988 droht dem Land die Hyperinflation.

Die neuen Schuldenvereinbarungen

Im September hatte Mailson Nóbrega in New York den entscheidenden Teil des Umschuldungspakets unterzeichnet, das Abkommen mit den wichtigsten Gläubigerbanken. Dieses Abkommen umfaßt die Neustrukturierung von 82.1 Milliarden Dollar und soll damit das größte je vereinbarte Schuldenpaket darstellen. Es beinhaltet im Einzelnen:

- in den nächsten acht Jahren wird Brasilien nur Zinsen zahlen. Die Schuldentilgung wird ab 1995 wieder aufgenommen und bis ins Jahr 2007 gestreckt (ursprünglicher Fälligkeitstermin: (1993).
- Brasilien erhält denselben "spread" (Risikoaufschlag) auf die im internationalen Bankenverkehr üblichen Zinsen wie Mexico: 0.8125%
- Voraussetzung für diese Vereinbarung war eine Einigung mit dem IWF; Brasilien mußte sich verpflichten, Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation zu ergreifen. Im Mittelpunkt steht dabei die Reduzierung des Haushaltsdefizits, die aber ohne rigorose Sparmaßnahmen kaum denkbar ist.

Diese neuen Vereinbarungen mit Brasilien sind in der Hektik der Anti-IWF-Kampagne kaum zur Kenntnis genommen worden. Aber sie zeigen äußerst bedeutsame Dimensionen der Verschuldungskrise auf:

Zum einen wird deutlich, daß ein in den internationalen Finanz- und Warenmarkt integriertes Land ein Schuldenmoratorium isoliert nicht durchsetzen kann und eine bürgerliche Regierung das auch nie ernsthaft versuchen wird. Der IWF hat einen erheblich längeren Atem als ein Finanzminister. Zum anderen aber – und das ist vielleicht das Entscheidende – zeigt dieses Abkommen, daß alles Gerede von wohlmeinenden Kritikern der Verschuldung wie "Die Schulden können nicht zurückgezahlt werden", oder "Die Banken haben die Schulden längst abgeschrieben, es geht eh nur noch um die Zinsen" eine Verarmlosung der Realitäten ist. Denn Brasilien unterzeichnet nicht nur ein neues Abkommen über die Schuldentilgung, es ist auch wirtschaftlich durchaus in der Lage, diese Schulden zu zahlen.

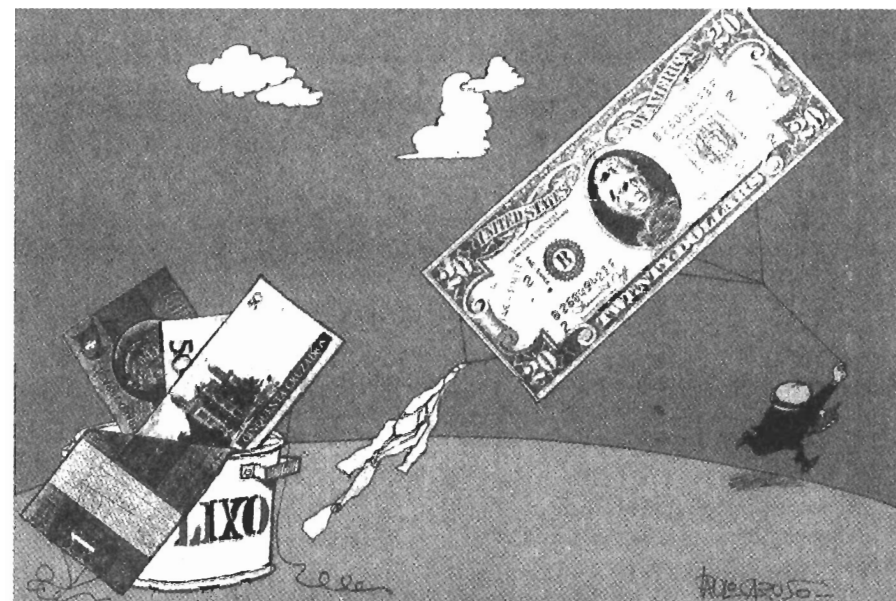
Die Exportwirtschaft vermeldet nämlich einen ungeahnten Boom. Wahrscheinlich wird Brasilien in diesem Jahr einen Handelsbilanzüberschuss von 17 Milliarden Dollar erzielen, den drittgrößten in der Welt, nach Japan und der BRD. Geht man davon aus, daß für Zinszahlungen ca. 10 Milliarden Dollar pro Jahr notwendig sind, so bleibt einiges Geld zur Schuldentilgung übrig. Welche sozialen Konsequenzen dieser Exportboom hat, interessiert die Banken dabei nicht – zumindest zunächst.

Rio bankrott

Während als die Exportwirtschaft floriert häufen sich die wirtschaftlichen Hiobsbotschaften. Die Ankündigung der Regierung, die Inflationsrate auf 20% im Monat zu senken, hat sich schon als Makulatur erwiesen. Offiziell (d.h. beschönigt) beträgt die Rate für Oktober 27,25%, und damit nähert sie sich bedenklich den 1000% pro Jahr an. Der von der Regierung vorgelegte Entwurf für einen Sparhaushalt, der ein Haushaltsdefizit von nur noch 2% vorsieht, ist damit wirkungslos geblieben. Es scheint sich die These zu bestätigen, daß eine einmal auf Trab gebrachte Inflation auch mit den Maßnahmen aus dem Arsenal einer orthodoxen Sparpolitik nicht beizukommen ist. Aber es ist äußerst zweifelhaft, ob die geschwächte und diskreditierte Regierung Sarney, die nur noch etwas mehr als ein Jahr im Amt bleiben wird, in der Lage ist, einschneidendere Wirtschaftsreformen durchzusetzen.

Ein kurioser Höhepunkt des ökonomischen Desasters war die offizielle Bankrotterklärung Rios – der vielbesungenen "cidade maravilhosa". Dabei mag die Obstruktionspolitik der Bundesregierung gegen die Stadtverwaltung, die von der Opposition gestellt wird, eine Rolle gespielt haben, aber die Pleite ist auch ein Signal für die desolate Finanzsituation vieler brasilianischer Gemeinden und die kaum noch zu verwaltende interne Verschuldung.

Derweilen macht ein brasilianisiertes Wort Karriere: Die "Weimari-sação" Brasiliens wird beschworen. Damit ist nicht nur an die



Cruzados – zwei Jahre nach der Einführung schon nur noch Müll??

deutsche Erfahrung mit einer Hyperinflation gedacht, sondern auch an die strukturelle Instabilität der Weimarer Republik, die schließlich in die faschistische Diktatur mündete.

Wie sich die wirtschaftliche Situation politisch auswirkt, darüber werden die Kommunalwahlen am 15.11. (also nach Redaktionsschluß dieser LN – Ausgabe) Aufschluß geben. Sie werden auch eine Vorentscheidung darüber bringen, welche Politiker Aussicht haben, die Präsidentschaftswahlen im November nächsten Jahres zu gewinnen. Über die politische Entwicklung werden wir in der nächsten Ausgabe ausführlich berichten.

Fußballspieler als Exportprodukt

Die Möglichkeiten der Schuldentilgung sind um eine Variante bereichert worden. Im Oktober hat der PSV Eindhoven den brasilianischen Starstürmer Romário – Schützenkönig bei den Olympischen Spielen – gekauft. Des Geschäft war deshalb ungewöhnlich, weil es sich dabei um eine Schuldenkonversion handelte. Das heißt, der Verein hat über die Niederländische Middenstandsbank mit einem Abschlag brasilianische Schuldtitel gekauft (Preis 2,8 Millionen Dollar), während der Verein Romários, Vasco da Gama,

einen Betrag von 3.91 Millionen Dollar zum Tageskurs in Cruzados erhielt. Während die Einzelheiten des Geschäfts unklar bleiben und sich in einer rechtlichen Grauzone bewegen, war der Devisenchef der brasilianischen Zentralbank äußerst ange-tan von diesem "sauguten Deal" (Originalton: "uma transação bonitinha, toda fechadinha"). Wie auch immer: "Fußballspieler, das ist heute wirklich ein Exportprodukt", so der Kommentar Romários in eigener Sache.

Nun, der Verkauf nur eines Fußballspielers bringt nicht viel (0,001 Promille der Auslandsschulden, wie die taz ausgerechnet hat), aber schließlich ist Brasilien voll von vielversprechenden Talenten. "Unsere" Clubs sollten sich diese Chancen nicht entgehen lassen. Die notorischen Sturmversager von Blauweiß Berlin könnten gut zwei brasilianische goal-getter gebrauchen. Und bei so günstigen Angeboten könnten auch ehrgeizige Vereine, die endlich wieder nach oben wollen, ins Geschäft einsteigen, indem sie gleich komplette Mannschaften transferieren. Wie wär's mit 1860 München (die "Löwen") als "Jaguars" aus Brasilien? Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Schließlich hat Brasilien noch mehr zu bieten als nur Fußballspieler. Für den Zuckerhut ließe sich bestimmt ein nettes Stümmchen erzielen (wär' doch ein guter Platz für ein Hotel!), da könnte auch fürs bankrotte Rio was rausspringen. Und Christus auf dem Corcovado steht immer noch ziemlich verlassen da, ganz ohne Coca - Reklame.

Thomas W. Fatheuer

Balbina: Ebbe im Stausee

Der im November vorigen Jahres geflutete Stausee von Balbina (etwa 150 km nordöstlich von Manaus; siehe LN 166) füllt sich nicht wie vorgesehen. Ursache dafür könnten poröse Gesteinsschichten sein, durch die das Wasser versickert. Nun wird erwogen, den benachbarten Alalau-Fluß so umzuleiten, daß er ebenfalls in den Stausee fließt. Betroffen von dieser Maßnahme wären - neben der Tier- und Pflanzenwelt - einmal mehr die dort an-sässigen Waimiri-Atroari, denen durch die bisherigen Staudamm-Arbeiten be-

reits große Teile ihres angestammten Lebensraumes genommen wurden. Kritik in der Presse wird jedoch lediglich über die für die Flußumleitung erforderlichen 700 Mio. Dol-lar geäußert. Von der Öf-fentlichkeit ebenfalls ignoriert wird die Tatsa-che, daß der Pintingaa-Fluß von den Berg-bauresiduen verseucht ist und das Wasser des Uatamá seit Schließung des Stau-damms ungenießbar ist, da sich nun die Biomasse des Urwaldes in dem extrem flachen Stausee zersetzt und giftige Gase entwei-chen.

CHILE

Welchen Weg geht Chile

Pinochets Niederlage bei dem Plebiszit vom 5. Oktober ist aus verschiedenen Perspektiven mit Skepsis betrachtet worden. Einerseits von jenen, die eine Beteiligung der Opposition am Funktionieren der institu-tionalisierten Diktatur überhaupt in Frage stellten, unabhängig von einem Erfolg des Ja oder des Nein. Andererseits von jenen, die nicht begreifen können, wie eine so brutale Diktatur es erreichen konnte, 42 % der Stimmen auf sich zu vereinen.

Abgesehen davon, daß einen Monat nach dem Plebiszit noch keine wirklich be-deutsamen Änderungen erkennbar sind, beginnt mit der Niederlage Pinochets doch ein Prozeß, der sich stark von dem unterscheidet, was geschehen wäre, wenn es dem Diktator gelungen wäre, seinen Sieg durchzusetzen. Die Elemente dieses Prozesses bedürfen einer Analyse.

Die innere Lage des Regimes

Seit den ersten Reaktionen auf die Niederlage beim Plebiszit (Siehe LN Nr.157, Okt./Nov. 88), in denen die Entscheidung des Regimes zum Ausdruck kam, nicht von dem "institutionellen Weg" abzugehen, sind in den letzten Wochen einige neue Ereig-nisse zu verzeichnen.

Was die dem Regime ergebenden politischen Gruppen angeht, so zeigt sich, daß sie sich in einem gewissen Grad von ihm zu distanzieren versuchen, wobei sie zugleich bemüht sind, eine Führerrolle in jenen Bereichen zu übernehmen, die mit Ja gestimmt haben, im Hinblick auf die nächsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, die der erwähnte "Weg" vorsieht. Gegenüber den Versuchen der verhärtetsten Gruppen in-nerhalb des Regimes, eine erneute Kandidatur Pinochets im Jahre 1990 zu erreichen, haben sowohl Renovacion Nacional (Nationale Erneuerung, Jarpa), als auch die Union Demócrata Independiente (Unabhängige Demokratische Union, Guzman), of-fen die Unmöglichkeit einer solchen Kandidatur dargelegt.

Auf der anderen Seite haben zwei Mitglieder der Militärjunta, Matthei (Luft-waffe) und Stange (Polizei), auf die eine oder andere Weise die Möglichkeit anklingen lassen, über den zukünftigen Kurs zu reden.

Außerdem könnte die Umstrukturierung des Kabinetts mit dem Ausscheiden des "Falken" Fernandez und einer stärkeren Vertretung der Chicago Boys wie der Ver-such interpretiert werden - so der Mercurio - einen möglichen Dialog mit Teilen der Opposition zu beginnen.

Unserer Meinung nach sind all diese Erscheinungen nur reine Äußerlichkeiten.

Wenn wir uns an die jüngsten Reaktionen der dem Regime ergebenden Parteien halten, so ist es nötig hervorzuheben, daß der Führer der Renovacion Nacional, Jarpa, seine ursprünglichen Erklärungen zugunsten von Verfassungsreformen abschwächte,

als er sagte, daß die Bestimmungen der Verfassung von 1980 bezüglich der Grundrechte "ein demokratisches Modell" darstellten und daß er dazu neige, Reformen zur Verbesserung zweitrangiger Aspekte dieser Verfassung durchzuführen. Guzman (UDI) seinerseits hat die Opposition gewarnt, daß "jeder Versuch, die Institutionalität zu verändern, ... dazu führen würde ... mit den Streitkräften aneinander zu geraten, die für (deren) Gültigkeit und Legitimität stehen."



- "Meine Herren Minister ... Heute ist ein glorreicher Tag für Chile".
- "Was? Haben wir schon verloren?"

Die Mitglieder der Militärjunta haben schließlich angedeutet, daß der von der Opposition gesuchte Dialog mit der Regierung aufgenommen werden müsse, d.h. mit Pinochet.

Was die Kabinettsumbildung betrifft, so ist abschließend zu sagen, daß der Diktator beschlossen hatte, Fernandez an dessen Spitze zu belassen, der schon 1980 bei der Durchsetzung der jetzigen Verfassung eine entscheidende Rolle gespielt hatte. Erst in der letzten Minute vor der Vereidigung wurde er durch den Wirtschaftswissenschaftler Carlos Caceres ersetzt, den einige für dialogfähig halten.

Unabhängig von den Kontakten die sich in Zukunft zwischen dem Militärregime und Teilen der Opposition ergeben könnten, müssen wir klarstellen, daß die Ernennung Caceres' nicht unbedingt einen Fortschritt hinsichtlich des Dialogs der Demokratisierung darstellt, von dem besonders die Politiker der bürgerlichen Opposition träumen. Der neue Innenminister hat sich zwar als Mitglied des Staatsrates der Diktatur zahlreichen Bestimmungen der gültigen Verfassung widersetzt, aber weil er sie für "zu" demokratisch hielt !.

Unter diesen Umständen liegt nicht gerade ein leichter Weg vor denen, die von einem Dialog mit dem Regime träumen, um die Demokratie wiederherzustellen, von einem Dialog, der von dem Diktator erneut zurückgewiesen wurde.

Die Armee und die Niederlage beim Plebiszit

Verschiedene chilenische und ausländische Pressestimmen haben in den letzten Tagen begonnen, über die Anzeichen von Unruhe innerhalb der Armee nach der Niederlage ihres Oberbefehlshabers zu spekulieren.

Man spricht von bislang unbestätigten Entscheidungsvorgängen in einigen Einheiten, von Meinungsverschiedenheiten zwischen höheren Offizieren am Tage des Plebiszits selbst, angesichts eines versuchten Putsches Pinochets, der in erster Linie an dem Widerstand der Mitglieder der Militärjunta gescheitert sei, wozu der Widerstand innerhalb der Armee selbst komme. In diesem Zusammenhang wird der Name des Kommandanten der Garnison von Santiago am Tage des Plebiszits genannt, General Jorge Zincke.

Hierbei ist es auch notwendig zu erwähnen, daß anlässlich der am Jahresende traditionell stattfindenden Versetzung in den Ruhestand einiger Generäle und der entsprechenden Beförderungen zwölf Generäle aus dem aktiven Dienst ausschieden, von denen fünf dies entsprechend den Bestimmungen in jedem Fall tun mußten, und von einem sechsten, dem Vizekommandanten des Heeres, Santiago Sinclair, nahm man schon seit einiger Zeit an, daß er bald seinen Posten verlassen würde. Die Ernennung des Generals Zincke zum Vizekommandanten, die die Pensionierung derjenigen mit sich brachte, die ihm auf der Rangliste vorhergingen, war auch keine Überraschung, da sein Name neben anderen für diesen Posten im Gespräch war.

Unter diesen Umständen erscheinen die Spekulationen, die in Zincke einen mit Pinochets Meinung nicht übereinstimmenden General sehen wollen, offensichtlich unwahrscheinlich. Es sei denn, der Diktator unterläge bei seinen Entscheidungen der Macht der Generäle der Armee, eine Möglichkeit, für die es keine erwähnenswerten Beispiele gibt.

Die Ziele der Opposition und ihre inneren Konflikte

Das "Kommando für das Nein" der Opposition, das in "Kommando für die Demokratie" umgewandelt wurde, unterbreitete der öffentlichen Meinung durch den Mund seines Wortführers Patricio Aylwin (PDC) den "Vorschlag der demokratischen Kräfte", einen Dialog mit der Regierung über die Verständigung über eine Verfassung anzustreben.

In diesem Dokument wird dargelegt, daß der Rücktritt Pinochets als Staatspräsident notwendig sei und daß einige grundlegende Verfassungsänderungen für einen Übergang zur Demokratie auf dem Wege der Verständigung unumgänglich blieben.

Die Antwort auf diesen Vorschlag der Opposition haben wir schon angedeutet, als wir die Haltung des Regimes und seiner bedeutendsten Anhänger untersuchten. Es scheint also eindeutig nichts darauf hinzuweisen, daß augenblicklich irgendein konkreter Verhandlungsspielraum zwischen der Diktatur und der Opposition oder wenigsten Teilen von ihr vorhanden ist.

Die Vorstellungen der Opposition stellen in Wirklichkeit nur eine erneute Aufzählung der Vorschläge dar, die den sechzehn Parteien des Nein als Grundlage für ihre Einigung dienten, und ihre Wiederholung bedeutet für Teile der bürgerlichen Opposition nur einen schon gewohnten Akt gegenüber den linken Verbündeten, die man *jetzt*

noch braucht, um sich Zutritt zur politischen Bühne zu verschaffen.

Die Wortführer der linken und der Mitte-links Parteien des Kommandos bestehen einerseits auf dem Abgang Pinochets und auf Verhandlungen mit der Junta, um die Verfassungsreform zu erreichen, und sie sehen die soziale Mobilisierung als unerlässliches Instrument, um die Diktatur zu beenden.

Herausragende Vertreter der bürgerlichen Opposition sprechen nun ihrerseits eine andere Sprache, und so hat Patricio Aylwin, Präsident des PDC erklärt, daß "wir immer mit dem General Pinochet sprechen wollten, aber dieser hat alle Türen vor uns versperrt", nachdem er zuvor gesagt hatte, daß die Abdankung des Diktators "nicht zu den Voraussetzungen für eine Verständigung zählt", um hinzuzufügen, daß der "Ruf 'Y va a caer' eine Losung der Kampagne" war, und daß es "vielleicht einige Minderheiten" gibt, "die glauben, daß es möglich sei, die Entscheidungen durch Mobilisierungen auf den Straßen zu beschleunigen".

Wenige Tage nach dem Plebiszit bestand Aylwin auf den Grundlagen seiner Politik: eine Regierungskoalition bilden, um "eine Wirtschafts- und Sozialpolitik" anzuwenden, "die die schweren Ungerechtigkeiten beseitigt, die unsere Gesellschaft erleidet, und dabei die Entwicklung und die Modernisierung des Landes aufrechtzuhalten und zu verstärken". Er fügte hinzu: "für uns ist klar, daß einige der Grundlagen der jetzigen Politik beibehalten werden müssen: die Respektierung des Privateigentums, die Rolle der privaten Unternehmen in der wirtschaftlichen Entwicklung", was "eine Übereinkunft zwischen den demokratischen Kräften und den Streitkräften erfordert, so daß sich - in Ausübung der der Regierung von der Verfassung verliehenen Vollmachten - innerhalb des herrschenden Systems die Änderungen vollziehen, um einen friedlichen und geordneten Übergang zur Demokratie zu sichern ...". Und schließlich: "Wir wollen kein Machtvakuum. Wir wollen uns auf dem Weg der Rechtmäßigkeit auf eine demokratische Institutionalität zubewegen".

Auf zu einer nationalen bürgerlichen Einigung?

Die Wahrheit ist, daß abseits der Übereinkünfte und Forderungen der sechzehn Parteien in der politischen Szenerie einige Anzeichen darauf hindeuten, daß bei bestimmten politischen Kräften, die während des Plebiszits die Regierung unterstützten, wie auch innerhalb der bürgerlichen Opposition nach gemeinsamen Grundlagen gesucht wird, um einen Fortbestand des Systems auch nach dem Ende der Militärdiktatur zu erreichen.

Die erwähnten Erklärungen der Christdemokraten sind für Anhänger des Regimes sicher attraktiv genug. Die Partei Renovacion Nacional hat z.B. offen gesagt, daß "wir, falls die Christdemokratie sich von ihren marxistischen Verbündeten trennt und sich als eine Partei der Mitte definiert, über alles reden können ... von der Verfassungsreform ... bis über die Dauer des folgenden Jahres der Regierung Pinochets".

Der Vizepräsident der DC, Andres Zaldivar, hat wörtlich gesagt: Wir brauchen einen Dialog der Demokraten unter beiden Vorzeichen (des Nein und des Ja) und der Streitkräfte" ... "Wir ... werden weiterhin darauf bestehen, daß es notwendig ist, mit den Streitkräften und anderen demokratischen politischen Kräften, die das Ja vertreten haben, eine Verständigung zu erzielen".

Der Partido Nacional (die Fraktion Riesco, die das Nein unterstützte) hat vor

den Gefahren einer negativen Antwort des Regimes gewarnt. Wenn es zu einer Einigung käme, so sei es notwendig, sich mit der siegreichen Opposition zu verständigen. Und er warnte die Diktatur weiterhin vor der Gefahr, Verhandlungen abzulehnen. "Paradoxe Weise" sei gerade das eine Gefahr für die "Werte und Prinzipien" derjenigen, die das Plebiszit mit "Ja" beantworten wollten.

Die Christdemokraten spielen also im Augenblick mit zwei verschiedenen Karten: auf der einen Seite die Einheit der Opposition unter ihrer Vorherrschaft erhalten und andererseits die Herausbildung einer Regierungskoalition, die in der Lage ist, den herrschenden Schichten der heutigen chilenischen Gesellschaft Garantien anzubieten.

Der Versuch, die Vorherrschaft der historisch gesehen herrschenden Teile der chilenischen Gesellschaft in einem mehr oder weniger demokratischen Rahmen - dessen Umfang wir nicht vorwegnehmen wollen -, wiederherzustellen, findet seinen Ausdruck in den Bemühungen, jede politische Meinung zu zensieren, die über das hinausgehen könnte, was die Militärs zu tolerieren bereit sind. Allein die von einem aus dem Exil zurückgekehrten Ex-Parlamentarier an alle linken Parteien ausgebrachten Grüße mit der namentlichen Nennung jeder einzelnen, wird von den Strategen der Mäßigung, nicht nur der politischen Mitte, grundsätzlich als Provokation aufgefaßt. Die Ausführungen des kommunistischen Führers Volodia Teitelboim über eine Volkserhebung nach dem Erfolg des Nein und über die Bildung einer provisorischen Regierung wurden als Ungeheuerlichkeit verdammt.



Die Jubel-Chilenen

Foto: Torsten Bünning

Auch außerhalb des politischen Bereichs, selbst in der Kirche ist die Wucht der Tendenz zu spüren, die im heutigen Chile durchgesetzt werden soll: der Bischof Jorge Hourton, dessen standhafter Widerstand gegen die Diktatur bekannt ist, hat den Weg des "freiwilligen" Exils gehen müssen. Bei seinem Abschied sagte er, daß "ihm wörtlich mitgeteilt wurde, daß ihm jegliche kirchliche Tätigkeit verwehrt sei, da für ihn das öffentliche Bild des Sozio-politischen wichtiger gewesen wäre". In der Stiftung Missio, der er vorstand, hat inzwischen die kirchliche Hierarchie eingegriffen.

Luis Maira von Izquierda Cristiana (Christliche Linke) erklärte wörtlich: "wir befinden uns nicht an einem Zeitpunkt, an dem das Interesse des Landes einen Kandidaten der Linken nahelegt". In dieselbe Richtung weisen Meinungen, die aus Bereichen des Sozialismus kommen, und in anderen Teilen der Linken und der sozialen Bewegung spricht man von der Notwendigkeit einer nationalen Verständigung und eines einzigen Kandidaten.

Die zivilen Generäle des Putsches von 73 an die Macht?

Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Militärputsch von 1973 ohne die politische Unterstützung der Opposition gegen die Regierung Salvador Allendes, d.h. die Hilfe der Nationalen und der Christdemokraten, nicht möglich gewesen wäre. Fünfzehn Jahre später beanspruchen ausgerechnet jene politischen Kräfte Chiles, die diesen Putsch betrieben haben, das Recht, beim demokratischen Wiederaufbau Chiles die Führerrolle zu übernehmen. Die Nationalen sind zwar gespalten in jene, die das Ja und jene, die das Nein unterstützten. Trotzdem besteht kein Zweifel daran, daß die ersteren zu den "Demokraten" des Ja zählen, von denen der Vizepräsident der DC, Andres Zaldivar, spricht. Die Kontakte zwischen den beiden Parteien, wie sie Gutenberg Martinez anerkennt, der die "positiven Reaktionen" der Nationalen lobt, scheinen diese Tendenz zu bestätigen.

Trotz allem ist die Lage für diese Bereiche nicht einfach. Chile ist unbestreitbar ein Land, dessen wahrrechtliche Traditionen in seiner demokratischen Entwicklung entscheidend waren. Dieser Faktor hat in nicht zu unterschätzender Weise dazu beigetragen, daß fast die gesamte chilenische Gesellschaft - trotz aller zuvor gezeigten Ablehnung - von der Euphorie des Plebiszits angesteckt wurde. Durch ihre Hoffnung auf Demokratie war die große Mehrheit der Chilenen in der Lage, die Debatte über die wirtschaftlichen und sozialen Probleme einer Gesellschaft zurückzustellen, in der fast die Hälfte aller Menschen mit Einkünften überlebt, die unter dem Existenzminimum liegen.

Allein die Wiederherstellung minimaler demokratischer Verhältnisse ist dazu geeignet, die "Revolution der unterdrückten Hoffnungen" zu entfesseln, von der der ehemalige Präsident Frei in der Stunde seiner Niederlage sprach.

Auch unter den gegenwärtigen Umständen sprechen sowohl die Central Unitaria de Trabajadores (Gewerkschaftsverband), als auch die in ACUSO zusammengeschlossenen sozialen Kräfte von der Notwendigkeit, einen baldigen Ausweg aus der politischen Sackgasse zu finden, um auf diese Weise die Probleme angehen zu können, welche die überwiegende Mehrheit der Chilenen belasten; um eine Veränderung zu erreichen werden auch Streiks angekündigt.

Gleichzeitig werden die eindringlichen Forderungen nach Respektierung der Grundrechte und das tiefe ethische Empfinden, das diesen Hoffnungen innewohnt,

eine Rolle von größter Bedeutung für die zukünftige Entwicklung nach fünfzehn Jahren der Willkür, der Korruption und des Machtmißbrauchs spielen.

Anzeichen hierfür sind heute schon sichtbar: nachdem Bischof Hourton Chile verlassen hatte, übersandten mehrere hundert Geistliche und Laien ihm ihre Unterstützung und "weisen das Vorgehen, das die Hierarchie (der Kirche) von Santiago und der Vatikan Ihnen gegenüber gezeigt haben, zurück, denn man hat sich über Ihre Rechte als Christ und Mensch hinweggesetzt". Sie beklagen, "daß die Menschenrechte innerhalb der Kirche verletzt werden" und fordern, daß sie "keinen Artikel 8 (Hinweis auf den Artikel der Verfassung Pinochets, der die Linke ächtet) gegen ihre Bischöfe erlassen kann".

Innerhalb der christdemokratischen Partei, die ihren eigenen Presseorganen zufolge unmittelbar von der Spaltung bedroht ist, finden die Bestrebungen Aylwins, sich als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen aufstellen zu lassen, die Ablehnung des Jugendsprechers, der ihn offen beschuldigt, "den Militärputsch von 1973 unterstützt zu haben".

Inmitten der Wahleuphorie, die sich in diesem Moment nach fünfzehn Jahren Abstinenz der "politischen Klasse zu entwickeln schien, ist es wichtig, die Bemerkungen hervorzuheben, die nicht von jenen geäußert wurden, die einen radikalen Standpunkt am Rande des Plebiszits einnahmen, sondern von dem Anwaltskolleg in Concepcion, das in dieser Hinsicht über jeden Zweifel erhaben ist. Der Wortführer Humberto Otarola bezog sich auf die Gefahren der Institutionalisierung des Regimes, als er ausführte: "Es ist absolut notwendig, daß sie (die jetzige Verfassung) vor den Wahlen von 1989 geändert wird. Wenn dies nicht geschieht, werden die vom Präsidenten der Republik ernannten und die wenigen bei zukünftigen Parlamentswahlen offiziell gewählten Senatoren später eine Reform des geltenden Grundgesetzes unmöglich machen".

Sehr viel härter sind zweifellos die Äußerungen des Direktors der oppositionellen Zeitschrift Analisis, Juan Pablo Cardenas, der eine nächtliche Gefängnisstrafe absitzt, und der kürzlich, als er sich auf die von der Diktatur aufrechterhaltene Unterdrückung bezog, meinte, daß sie "durch die wohlgefälligen Reden einiger Oppositionsführer erleichtert wird, die eher daran interessiert sind, Aktionen des Volkes zu verhindern, als mit Macht und Würde eine angemessene Behandlung jener einzufordern, die auf breiter Front gesiegt haben", und er fügte sogleich hinzu: "Sie wollen damit versuchen, mit den Unterdrückern zu verhandeln, hinter dem Rücken des Volkes, das zwar eine politische Demokratie herbeisehnt, aber auch tiefgreifende Veränderungen in der Wirtschaft erwartet, ebenso wie es die vollständige Aufklärung der Verbrechen gegen die Menschenrechte verlangt". An anderer Stelle erklärte Cardenas: "es ist weder gerecht noch vernünftig, daß Formeln und Bewerber durchgesetzt werden sollen, die einer politischen Vergangenheit verhaftet sind, die der Diktatur und dem Schrecken all dieser Jahre angehört. Und daß in der Opposition viele der für die frühere Krise Verantwortlichen von neuem Machtpositionen einnehmen wollen. Daß sich Personen als demokratische Kandidaten durchsetzen wollen, die eindeutig in den terroristischen Putsch von 1973 verwickelt sind".

Isidoro Buostos V.

Übersetzung: Martin Fischer

ARGENTINIEN

Die Rechtsoffensive gegen die Menschenrechte

Ende Oktober wurden die für die Kriegführung gegen Großbritannien verantwortlichen Militärs zu hohen Haftstrafen verurteilt. Doch in den letzten Wochen gab es weitere richterliche Entscheidungen, die nicht nur ein ganz anderes Licht auf die argentinische Justiz werfen, sondern auch auf die politische Entwicklung vor den Präsidentschaftswahlen am 14. Mai 1989. Richter, Militärs und die rechte Presse wollen, daß die Vergangenheit begraben wird. Ihre Offensive richtet sich vor allem gegen die unbequemen Menschenrechtsorganisationen.

Prozesse gegen Militärs

Zunächst mag es mit Genugtuung erfüllen, daß die Verantwortlichen für die Kriegführung um die Malvinas harte Strafen erhalten haben. Das Gericht blieb damit zwar unter der von Staatsanwalt Ocampo geforderten Strafe, jedoch teilweise über der des Militärgerichts, das im Mai 1986 sein Urteil gefällt hatte. Leopoldo Galtieri, ehemaliger Oberbefehlshaber der Streitkräfte, muß damit ebenso für 12 Jahre hinter Gitter und wird seiner militärischen Ränge enthoben wie Marinebefehlshaber Admiral Anaya und Luftwaffenchef Brigadegeneral Lami Dozo.

Wohl gemerkt ging es in diesem Prozeß lediglich um den Malwinenkrieg und nicht um Menschenrechtsdelikte. So konnte in der Urteilsbegründung auch nur von "Fahrlässigkeit und Unfähigkeit bei der Kriegführung" gesprochen werden. Ohne Planung und mit der naiven Hoffnung auf US-amerikanische Unterstützung hatten die Generäle das Land in den Krieg mit Großbritannien geführt. Während Galtieri von Buenos Aires aus im Alkoholdunst seine folgenschweren Entscheidungen fällte, lagen die Landungstruppen mit miserabler Ausrüstung in Schlamm und Eiseskälte.

Mit der Verurteilung scheint nun zunächst alles in rechtlicher Ordnung. In einer Demokratie werden die Verantwortlichen der Militärdiktatur zur Rechenschaft gezogen. Und schließlich wird auch eine neue Verhandlung wegen Menschenrechtsverletzungen durch eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes ermöglicht. In Rosario soll der Fall von Margarita Belén wiederaufgenommen werden. Am 13.12.1976 waren bei einem Transport in der Provinz Chaco fast 30 Gefangene (die genaue Zahl ist bis heute nicht bekannt) ermordet worden. Zur Aussage werden vor dem Gericht erneut Galtieri, aber auch General Christino Nicolaidis erscheinen müssen. Gerade der letzte Heereschef der letzten Junta hat in diesem Fall als ehemaliger für diese Zone zuständiger Brigadeführer eine Schlüsselrolle inne. Es wird auch vor dem Gericht in Rosario bewiesen werden können, was man bereits durch die

Autopsien der Kadaver und Zeugenaussagen von Mitgefangenen weiß: hier hat einmal mehr kein Feuergefecht zwischen "Subversiven" und Soldaten stattgefunden, sondern es wurden Gefangene, die man zuvor schwer gefoltert hatte, umgebracht. Ebenso klar wie die Verurteilung der Verantwortlichen, dürfte jedoch auch sein, daß die Generäle als freie Männer den Gerichtssaal verlassen werden. Ihnen wird das Gesetz des Befehlsnotstandes (obediencia debida) zugute kommen, ein Gesetz, das durch die Regierung Alfonsín erlassen worden war und das alle von Menschenrechtsverletzungen freispricht, die Befehle von Vorgesetzten ausgeführt haben. (LN 161/162)

Bisher ist die Bundeskammer der Hauptstadt Buenos Aires das einzige Gericht, das überhaupt in Menschenrechtsprozessen Urteile fällte. Neben den Junta-Mitgliedern Videla, Massera und Viola (Juli 1985) wurden hier noch die Generäle Ramon Camps, Chef der Polizei der Provinz von Buenos Aires, und Pablo Riccheri rechtskräftig verurteilt. Damit ist die Bilanz der abgeschlossenen Verfahren auch schon beendet. Gegen 15 weitere Generäle und zwei Admirale laufen zur Zeit noch Verfahren vor verschiedenen Gerichten des Landes. Bei einigen anderen steht noch die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes aus, ob sie durch das Befehlsnotstandsgesetz oder das Gesetz des "punto final" begünstigt werden. Lediglich sechs der wegen Menschenrechtsverletzungen Angeklagten befinden sich in Haft.

Immer wieder hatten die Militärs Druck auf die Regierung ausgeübt, um eine Generalamnestie durchzusetzen. Bisherige Höhepunkte waren die Militärrevolten von Ostern 1987 (LN 159 u. 160) und von Monte Caseros im Januar 1988 (LN 167). Wegen beider Aktionen wurden gegen 142 Militärs ein Verfahren eingeleitet. Nach einer Information des Verteidigungsministeriums befanden sich im Juni 1988 immerhin noch 54 in Haft. Die Zahl dürfte sich inzwischen jedoch verringert haben, da kurz danach z.B. die Beteiligten der Garnison Rosentek, die sich weigerten, gegen die Rebellierenden im Januar auszurücken, wegen Befehlsverweigerung zu Disziplinarstrafen von (lediglich) 30, 60 bzw. 90 Tagen verurteilt wurden. Gegen andere Beteiligte wurde mittlerweile das Verfahren eingestellt. Einige Anhänger des die Rebellion anführenden Rico wurden aus dem Dienst entlassen. Doch nicht alle kamen so glimpflich davon.



Am schnellsten war wieder einmal die Bundeskammer von Buenos Aires. Sie verurteilte fünf an der Besetzung des nationalen Flughafens von Buenos Aires Beteiligte zu Haftstrafen zwischen 9 und 12 Jahren. Da sie den Fehler begangen hatten, im Rahmen der Militärrevolte im Januar bei ihrer Aktion in Zivil vorzugehen, war hier schon in erster Instanz ein ziviles Gericht zuständig. Es war das erste Urteil wegen Verletzung des erst zwei Jahre alten "Gesetzes zur Verteidigung der Demokratie", das Delikte wie Rebellion und Versuche, die demokratische Ordnung zu stürzen, strafrechtlich verfolgt.

Kurz darauf verhängte das Oberste Militärgericht Haftstrafen zwischen einem und zwölf Jahren über Militärs, die an der Besetzung des zivilen und eines Militärflughafens beteiligt gewesen waren. Diese Aktionen waren parallel zur eigentlichen Rebellion Ricos in Monte Caseros erfolgt, aber innerhalb weniger Stunden zusammengebrochen.

Das Verfahren gegen Rico selbst steht immer noch aus. Erst im September wurde entschieden, daß ihm vor einem zivilen Gericht der Prozeß gemacht werden wird.



Angehörige der "Abuelas de Plaza de Mayo" protestieren vor dem Gericht

Der Fall "Juliana"

Im Juli 1977 schließt sich der Kreis. Seit 24. März sind sie regelmäßig im Haus der Sandoval erschienen, haben sich bewirtet lassen und gewartet. Aber Pedro Sandoval ist nicht mehr nach Hause gekommen. Doch in der Nacht des 1. Juli kommen die staatlichen Häsher nicht umsonst. Diesmal kommen sie ins Haus der Familie seiner Frau. Die Familie Fontana ist da, ein Vetter

der Tochter und Pedro Sandoval auch. Ihn suchen sie, denn er ist Mitglied der peronistischen "Revolutionären Bewegung 17. Oktober" (MR 17). Liliana, seine Frau will sich von ihrem Mann verabschieden, als sie ihn ergreifen. Auch sie wird daraufhin mitgenommen. Die beiden waren seit wenigen Monaten verheiratet, hatten ihr bescheidenes Häuschen in eigener Arbeit fast fertiggestellt. Der Kampf für eine gerechtere Gesellschaft verband sie ebenso, wie die Freude auf ihr gemeinsames Kind. Liliana war im zweiten Monat schwanger.

Heute zählen Liliana Fontana und Pedro Sandoval, die damals beide Anfang zwanzig waren, zu den 30 000 "Verschundenen". Ihre Leichen wurden nie gefunden. Auf Grund von Zeugenaussagen weiß man, daß Liliana ins Konzentrationslager "atlético" verbracht wurde und zur Geburt ihres Kindes in die ESMA (escuela mecánica de la armada), die Mechanikerschule der Streitkräfte. Dieses Lager diente nicht nur als Folterzentrum und Gefängnis, sondern hier sollten die gefangenen, schwangeren Frauen ihre Kinder bekommen und dann für immer "verschwinden". Liliana gebiert hier ihre Tochter, die später den Namen Juliana bekam, im Mai 1978. Dann verliert sich die Spur . . . Juliana wird von der Polizei in der "Casa Cuna", einem Heim für Weisenbabys im Hauptstadtbezirk, abgegeben. Sie wird dort zur Adoption freigegeben. Am 24. Juni 1979 erhält das Ehepaar Treviño das Sorgerecht für die Kleine. Im Juni 1979 leiten sie das Adoptionsverfahren ein und erhalten bereits am 24.10.1979 die volle Adoption. In diesem Fall arbeitet die Justiz zugunsten der Treviños merkwürdig schnell. Aber nicht nur dies: die Treviños hatten ein Angebot zur Adoption erhalten über einen Vetter von Frau Treviño, seines Zeichens Richter am Jugendgericht. Durch ihn bekamen sie auch bereits nach 90 Tagen das volle Sorgerecht für das Mädchen. Das Gesetz hingegen schreibt ein Jahr Wartezeit vor, um eindeutig zu belegen, daß das Kind von den leiblichen Eltern verlassen wurde und ob die Adoptiveltern die notwendigen Voraussetzungen erfüllen, um das volle Sorgerecht zu erhalten. Um den ersten Nachweis erbringen zu können, hätte man nach Julianas Eltern forschen müssen, was man natürlich tunlichst vermieden hat. So wurde die Identität Julianas einfach garnicht ermittelt. Der zweite Beleg konnte ebensowenig erbracht werden, da sich die Treviños bereits im August 1979 mit der Kleinen auf Reise in Spanien befanden. Die Adoption des inzwischen Juliana Inés Treviño genannten Mädchens war also illegal erfolgt.

Seit 1978 haben die Abuelas de Plaza de Mayo Informationen über die Existenz eines als N.N. in der Casa Cuna eingetragenen Mädchens - María Julieta. Erst vor kurzem hatten sich die Großmütter zusammengeschlossen, um gemeinsam die Suche nach ihren Enkeln zu organisieren. Leider stand damals noch keine genetische Datenbank zur Verfügung, um die Identität des Kindes zu überprüfen. Aber die Information blieb in den Akten der menschenrechtsorganisation.

1984 nun präsentierte sich Frau Treviño freiwillig bei den abuelas, um herauszufinden, ob ihre Adoptivtochter vielleicht auch Kind von "Verschwundenen" sein könnte. Zunächst ließ sich der Beleg nicht erbringen. Doch später ergab sich auf Grund einer Blut- und Gewebeuntersuchung (análisis hemogenética) die Feststellung der leiblichen Großeltern von Juliana. Auf Basis dieses Beweises konnte Richter Ramos Padilla Ende Juni dieses Jahres Juliana endlich ihrer leiblichen Familie zurückgeben. Fast seit Gründung der Organisation der abuelas suchten die Großeltern Fontana gemeinsam mit den Großmüttern nach ihrem und zahlreichen Enkelkindern von "Verschwundenen". Nach 10 langen Jahren konnten sie nun endlich mit Juliana zusammenleben. Trotz der schwierigen Umstellung begann Juliana sich schnell bei ihnen wohlfühlen . . .

Inzwischen hatte jedoch das Ehepaar Treviño eine wahre Kampagne über die Massenmedien entwickelt, um durch politischen Druck die richterliche Entscheidung rückgängig machen zu können. Und bereits zwei Monate später erklärt Richter Sanudo, daß die Adoption der Treviño nach wie vor gültig und damit die vorhergehende richterliche Entscheidung ohne Bedeutung sei.

Juliana, inzwischen vollends zum Spielball einer politischen Affäre degradiert, in der ihre Interessen und die ihrer legitimen Familie keine Rolle mehr spielen, wird vor dem Gericht von Polizisten ihren Großeltern entrissen und zur Adoptivfamilie Treviño zurückgeführt.



Während eines Konzerts für die Menschenrechte im Fußballstadion von River Plate in Buenos Aires: "Freiheit für Graciela Daleo!"

Der Fall "Graciela Daleo"

Im Oktober 1977 wird Graciela Daleo von einer Einheit der ESMA (Mechanikerschule der Streitkräfte) in einer U-Bahn-Station in Buenos Aires aufgegriffen und verschleppt. 18 Monate blieb sie im Gefangenenlager der ESMA und mußte Folter und Demütigung ertragen. Doch sie kam frei, dank des selbstüberzeugt auf sein politisches Umschulungskonzept vertrauenden Admirals Massera. Graciela geht nach Venezuela und sagt dort vor dem UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge aus. Es folgen vier Jahre des Exils in Spanien, wo sie politische Arbeit leistet und ihre Arbeit zur Unterstützung der politischen Gefangenen fortsetzt. Sie fährt in die Schweiz, um vor der UNO-Kommission für die Verschwundenen, dem Roten Kreuz, Amnesty International, dem Weltkirchenrat und der ILO auszusagen. Seit ihrer Rückkehr im Mai 1984 nach Argentinien arbeitete sie für verschiedene Menschenrechtsorganisationen und trotz zahlreicher Drohungen sagte sie schließlich auch im Prozeß gegen die Juntamitglieder aus. Schon im spanischen Exil hatte sie mit Eduardo Duhalde, dem heutigen Vizepräsidentschaftskandidaten der Peronisten, bei seinem Buch über den "Terror-Staat" zusammengearbeitet. Nach ihrer Rückkehr arbeitete sie für ihn in seinem Anwaltsbüro und dem Verlag "Contrapunto".

Seit dem 9. September sitzt Graciela wieder im Gefängnis. Ihr wird unter anderem die Beteiligung an der Entführung der Unternehmer Jorge und Juan Born (des arg. Großkonzerns Bunge und Born) durch die Montoneros im September 1974 vorgeworfen. Die Beschuldigte soll Zinsgewinne von einem Konto der Montoneros abgehoben haben, auf dem die Lösegelder von der Entführung angelegt waren. Die Anklage beruft sich auf ein Gesetz über die Beteiligung an Entführungen, das bereits vom Kongreß aufgehoben worden war. Es scheint hier also um zweierlei zu gehen: um die Einschüchterung einer Zeugin und Mitglied von Menschenrechtsorganisationen, die erst vor kurzem mit ihren Aussagen dazu beitrug, daß ihr Folterer Febres, durch das Gesetz über den Befehlsnotstand begünstigt und nach wie vor im Dienst der Grenztruppen in Concordia (Prov. Entre Ríos), vom Rat dieser Stadt zur "persona non grata" erklärt wurde. Zum anderen geht es wohl auch hier darum, Entscheidungen der Gerichte und des Parlaments möglichst rückgängig zu machen.

Hetzjagd auf Kritiker?

Auch anderen vermeintlichen oder tatsächlichen, ehemaligen Aktivisten der Montoneros wird wieder der Prozeß gemacht. Ende September ordnete Bundesrichter Miguel Pons Untersuchungshaft gegen den Poeten und Journalisten Juan Gelman und sechs andere an in Verbindung mit Aktivitäten der Montoneros zwischen 1973 und 1983 (!). Aufgrund früherer Entscheidungen bleibt bei diesen sieben die Haftaussetzung jedoch in Kraft.

Kritiker der Justiz müssen ebenfalls damit rechnen, Verfahren an den Hals zu bekommen. Dies bekam der Journalist Rogelio García Lupo zu spüren, der eine Entscheidung des Richters Jorge Cevalco kritisiert hatte. Dieser hatte den Ex-Geheimdienstagenten Sánchez-Reisse auf freien Fuß gesetzt, nachdem dieser einen Hungerstreik angedroht hatte. Sánchez-Reisse, während der Diktatur von General Galtieri mit "Sonderaufgaben" in Honduras betraut und später im Erpressungsgeschäft tätig, war in der Schweiz verhaftet worden. Er hatte versucht, Lösegeld aus der Entführung eines Unternehmers einzutauschen. Aufgrund der Stichhaltigkeit der Beweise wurde er an Argentinien ausgeliefert. Die Haftaussetzungsentscheidung des Richters Cevalco wurde später als "völlig unbegründet" aufgehoben. Der Angeklagte hatte sich zwischenzeitlich natürlich schon abgesetzt. Stattdessen wird jetzt García Lupo von Cevalco wegen Beamtenbeleidigung angeklagt wegen seiner Behauptung, die Drohung des Angeklagten mit Hungerstreik habe den Richter zu seiner Entscheidung bewegt.

Ein Verfahren wegen Beleidigung eines Richters ist unter anderen auch gegen den ehemaligen CONADEP-Präsidenten Ernesto Sabato anhängig. Sabato mußte es sich vor kurzem gefallen lassen, daß aufgrund richterlicher Anordnung seine Nachbarn über seinen Lebenswandel ausgefragt wurden. Es sollte ermittelt werden, ob er trotz des Verfahrens das Land verlassen dürfe, um einer Einladung zur 950-Jahr-Feier der Universität Bologna zu folgen. In der Sache geht es um eine Solidaritätserklärung für den Physiker, Atomkraftgegner und Menschenrechtsaktivisten Jorge Federico Westerkamp, der 1985 vom gleichen Gericht, das jetzt gegen Sabato ermittelt, wegen Beleidigung desselben Richters verurteilt wurde. Westerkamp hatte auf dessen Vergangenheit als treuer Richter der Militärdiktatur hingewiesen.

Die Offensive der Rechten

Nachdem es die Regierung nach ihrem Wahlsieg versäumt hatte, die begonnene Reorganisation des Militärapparates konsequent zuende zu führen, den Justizapparat zu demokratisieren und zumindest in Rundfunk und Fernsehen die Unterstützer der Diktatur auszuwechseln, haben die Reaktionäre ihre Positionen ausgebaut und wittern nun Morgenluft.

Die Militärs rechtfertigen nach wie vor den "Kampf gegen die Subversion". Die Informationen, die über die XVII. Konferenz der amerikanischen Streitkräfte in Mar del Plata vom 16. - 20.11.1988 bekannt wurden, belegten erneut, daß sich prinzipiell an der Rolle der Streitkräfte im Kampf gegen den "inneren Feind" nichts geändert hat. So werden gerade auch die Menschenrechtsorganisationen als "subversive" klassifiziert.

Sofern sich die verschiedenen Fraktionen der Streitkräfte einig sind, ist es für sie auch ein leichtes, ihre Interessen gegen die Regierung durchzusetzen. Eben dies ist der Fall, wenn es um die Rechtfertigung von Menschenrechtsverletzungen während der Diktatur geht.



Dies sind die feinen Herren, die zur Befriedung der Gesellschaft aufrufen und sich doch nur selbst amnestieren wollen. Ganz rechts: der inzwischen Ex-General Galtieri

Nicht nur der Präsidentschaftskandidat der Regierungspartei Angeloz (LN 171), sondern auch der aussichtsreichere Oppositionskandidat Menem neigen zu einer Amnestie, um Konflikten mit den Streitkräften gleich von vornherein zu vermeiden. Der Sieger der parteiinternen Wahlen im Peronismus traf sich vor kurzem mit dem reaktionären Kardinal Primatesta und seinem persönlichen Freund General Luciano Benjamin Menendez, der als einziger noch wegen Menschenrechtsverletzungen angeklagt werden kann, sich allerdings auch dank des "Befehlsnotstands" seiner Strafe wird entziehen können. Über die "nationale Befriedung" wurde gesprochen und darüber, daß man den "alten Kummer und die Gespenster der Vergangenheit" vergessen sollte.

Im Justizapparat haben Richter ihre unter der Diktatur begonnene Karriere bruchlos fortsetzen können. In den geschilderten Fällen wären da gleich mehrere Namen zu nennen. So ist im Fall von Juliana der mit Frau Trevino verwandte, damalige Jugendrichter Gustavo Mitchell, der so überaus rasch die Adoption gewährte, heute einer der wichtigsten Richter an der Zivilkammer von Buenos Aires. Der die Familie Trevino bei der Rückgewinnung Julianas betreuende Rechtsanwalt Barttfeld war ebenso Freund und Rechtsanwalt von Lucio Gelli, Gründer der P-2 Loge, den er bei Investitionsgeschäften betreute. Beide hatten offensichtlich gute Beziehungen zu General Lucio Massera.

Der Staatsanwalt, der Graciela Daleo erneut hinter Gitter brachte, kommt nicht nur aus einer Familie, die an mehreren Putschen

beteiligt war, sondern zählt selbst zu seinen persönlichen Freunden den Herausgeber der faschistischen Zeitschrift "Cabildo" und zahlreiche Richter und Regierungsfunktionäre der Diktatur. Schon im Juli 1984 waren 90% der Richter durch die demokratische Regierung im Amt bestätigt worden. Und auch in Rundfunk und Fernsehen blieben Befürworter und Kolaborateure der Diktatur auf ihren einflußreichen Posten. Der wohl bekannteste Talkshowmaster Bernardo Neustadt, der seit über zehn Jahren den Liberalen und Putschisten ideologisch den Boden bereitet, griff diesmal genau den Fall von Juliana auf, um gegen die Menschenrechtsorganisationen Stimmung zu machen.

Die Offensive der Rechten im Justizapparat und den Massenmedien zielt diesmal in besonderer Weise auf die Menschenrechtsorganisationen. Die madres und abuelas de Plaza de Mayo zählen zu den wenigen politischen Kräften, die eine Auseinandersetzung mit der diktatorischen Vergangenheit und die Bestrafung der Verantwortlichen fordern. In den großen politischen Parteien ist es um dieses Thema nicht nur still geworden, sondern man will sich der lästigen Proteste entledigen. Eine traurige Tatsache nach den Hoffnungen auf Demokratisierung, die 1983 so viele hegten.

Quellen:

El Pais 25.10.88, Revista de las Madres No. 46, Oct. 88, Fin de Siglo No. 16, Oct. 88, Latin American Regional Reports No. 6, 88, Pagina 12, 2.10.88

Harald Paul/Veit Hannemann

Linke, Wirtschaft und Staat

Staatsbetriebe in katastrophalem Zustand: Verbürokratisiert, ineffizient, korrupt, nix funktioniert richtig, chronisch defizitär. Fast überall in Lateinamerika stehen die staatlichen Unternehmen unter starkem Druck von IWF, Gläubigerbanken und der Rechten in den Ländern selbst, die als Patentrezept deren Privatisierung präsentieren.

Aber wie steht eigentlich die Linke dazu? Ihre traditionellen Modelle sind brüchig geworden, so scheint es, und haben ihren Glanz verloren. Um über die Abwehrkämpfe gegen die Vorstöße der Rechten hinauszukommen, bedarf es wohl neuer Konzepte der Linken. In den LN 172/173 hatten wir das Verhältnis "Banken und Staat" thematisiert, nachdem in Peru die Verstaatlichung der Banken kläglich gescheitert war. Unter dem Titel "Der große Ausverkauf" berichteten wir in den LN 174 über die Privatisierung der argentinischen Staatsbetriebe. Hieran anknüpfend soll die notwendige Debatte über das Verhältnis der Linken zu Wirtschaft und Staat fortgeführt werden.

Eine Antwort auf den "Ausverkauf"-Artikel bringt eine deutlich andere Einschätzung des Privatisierungsprogramms der Regierung Alfonsín. Im Anschluß bringen wir als Material für die Diskussion

ein kritisches Interview mit dem "Privatisierungsminister" Ter-ragno (der in den 70er Jahren einer der führenden Intellektuellen der argentinischen Linken gewesen war!).

Tischdecken, Tafelsilber und falsche Vergleiche

Eine Antwort auf den "Ausverkauf"-Artikel in LN 174

Zum "Tafelsilber", das angeblich verscherbelt wird. Leider versilbert sich für den Staat kein einziges Unternehmen, keines fährt nennenswerte Gewinne ein, die meisten arbeiten mit Verlust, auch das staatliche Erdölunternehmen YPF, das damit weltweit der einzige mir bekannte Ölkonzern ist, der rote Zahlen schreibt. Die Staatsbetriebe insgesamt kamen im letzten Jahr auf 2,8 Mrd US-\$ Verlust.

Zur "Tischdecke", die gleich mit verscherbelt wird. Das Bild, daß der argentinische Staat noch das Hungertuch verkaufen will, an dem er nagt, ist für meinen Geschmack auch mißglückt. Tatsächlich gibt es 293 Staatsunternehmen, die einen erheblichen Anteil der Gesamtwirtschaft repräsentieren. Unter den 10 umsatzstärksten Firmen des Landes haben öffentliche Unternehmen einen Anteil von ca. 34 %. (Ein weiteres Drittel wird durch ausländische Firmen bzw. Anteilseigner vertreten, ein Aspekt, der für den Artikel interessant gewesen wäre, aber ebenso fehlt.)

"Verscherbelt", wie es im Artikel steht, grammatisch gesehen Indikativ Präsens ist ebenfalls falsch. Denn noch ist kein einziges Unternehmen rechtskräftig privatisiert worden. Der Vertrag zwischen Aerolineas Argentinas und der Fluggesellschaft SAS ist zwar unterzeichnet, bedarf aber noch der Ratifizierung durch den Kongreß (in beiden Kammern hat die regierende UCR keine Mehrheit), der Vertrag mit Telefónica de España ist noch nicht einmal unterzeichnet, die im Artikel genannten anderen Projekte befinden sich erst im Stadium der Diskussion. Da die Regierung auch sonst kaum etwas von ihrem Regierungsprogramm von 1983 verwirklicht hat, ist auch die Realisierung des Privatisierungsprogramms nur zum geringen Teil zu erwarten. Da den Lesern der Lateinamerika Nachrichten nicht nur Klischees, sondern solide Informationen geliefert werden sollen, darf man doch nicht so tun, als sei schon alles im Verkauf.

Richtig ist, daß es ein Programm der "Regierung Alfonsín" ist. Falsch ist, daß es außer von den Gewerkschaften keine nennenswerte Opposition dagegen gibt. Im Fall von Aerolineas sind sogar zwei der sechs in dem Unternehmen vertretenen Gewerkschaften dafür. Die Kritik der Peronisten in diesem Fall richtet sich nicht gegen die Privatisierung an sich, sondern dagegen, daß die Regierung sich bei den Verhandlungen hat über den Tisch ziehen lassen. Im Fall der Reform des Rundfunkgesetzes dagegen ist der Gesetzesentwurf der Peronisten (gemeinsam mit der rechtskonservativen UCeDé



Fluggesellschaft unter dem Hammer: Wie "Argentinas" bleiben die "Aerolineas"?
eingbracht!) weitgehender als der Entwurf der Regierungspartei UCR.

Daß "die staatlichen Wirtschaftsunternehmen an ausländische Konzerne" verscherbelt werden, ist ein Klischee, das, vorsichtig ausgedrückt, leicht übertrieben ist. Tatsächlich geht es nur um einen geringen Teil der 293 Firmen, bei diesen meist auch nur um Beteiligungen von anderen (40 % von Aerolineas), von Teilaufgaben (Erdölförderung) oder um die Zulassung privater Konkurrenz wie bei der Gasversorgung, wobei es sich nicht um Privatisierung handelt, sondern um "Entmonopolisierung". Das muß nicht unbedingt zum Schaden des Staates oder der Staatsunternehmen sein. Im Bereich der petrochemischen Industrie beispielsweise (wenn im Artikel steht, daß "die petrochemische Industrie" privatisiert werden soll, ist das falsch, denn großteils ist der Sektor privat), gelang es den Staatsfirmen zwischen 1980 und 1987, ihren Anteil von 28 % auf 37 % zu erhöhen. Übrigens befinden sich unter den Interessenten nicht nur ausländische Konzerne, sondern sowohl inländische Firmen (wie im 'atomaren' Abschnitt des Artikels dargestellt) als auch mehr oder weniger mittelständische Betriebe.

"Ja selbst die Rüstungsfabriken und das nationale Atom-Programm werden Opfer der 'Entstaatlichung'" (offensichtlich helle Entrüstung). Abgesehen davon, daß in der BRD, den USA ect. die Rüstungskonzerne eh privat sind und mir in diesen oder jenen Händen gleich unsympathisch sind, sollen in Argentinien nun vor allem solche

strategisch wichtigen Bereiche wie Textilbetriebe, die Uniformen für die Militärs herstellen und selbstverständlich im Militärbesitz sind, oder militäreigene Stahlwerke privatisiert werden. Wie man ein Atom-Programm entstaatlichen kann, weiß ich nicht. Das bisherige war jedenfalls eine Katastrophe (wenn auch noch nicht im Sinne von Tschernobyl). Ist es in der BRD nicht mehr üblich, daß man sich gegen Atomanlagen überhaupt ausspricht und stattdessen lieber für (gute?) staatliche Atomtechnologie ist? Tatsächlich hat die Regierung im August sämtliche Zuschüsse für den Bau vom AKW Atucha II gestrichen. Und für eine Privatisierung der Kosten bin ich immer zu haben, dann müßten die argentinischen Anlagen und Forschungszentren, weil unrentabel, sofort dichtmachen.

Staatsbetriebe - Bremser der Wirtschaftsentwicklung

Nicht nur bei den Fakten, auch bei den Bewertungen komme ich zu anderen Einschätzungen als die Autoren des "Ausverkaufsartikels". Es ist eben nicht nur ein Klischeebild argentinischer Reaktionäre, daß Unternehmen, die nicht privat sind, meist schlecht funktionieren oder gar nicht. Ohne das Beispiel von meinem Nachbarn in Buenos Aires weiter auszuführen, der schon vor 15 Jahren bei der Post ein Telefon beantragt hat, bis heute ohne Ergebnis, läßt sich die Rolle der staatlichen Dienstleistungsunternehmen so zusammenfassen, daß sie für den Verbraucher einen miserablen Service, für die Beschäftigten miese Löhne bieten und für den Staat sind sie verlustreich. Man kann zwar so tun, wie im genannten Artikel geschehen, als ob es das Problem nicht gäbe, und man kann die Informationen so zurechtbiegen, bis sie ins eigene Klischee (Staat gut, privat schlecht, national gut, ausländische Konzerne und Banken sind an allem schuld) hineinpassen.

In der Bundesrepublik funktionieren die Staatsbetriebe und Firmen mit staatlicher Beteiligung kaum anders als andere kapitalistische Betriebe auch, der demokratische Einfluß von Parlamenten, Bevölkerung oder Beschäftigten ist praktisch gleich Null. Anders in Argentinien und vergleichbaren Ländern, wo die Vergabe von Posten in der Verwaltung des Staates und seiner Betriebe als indirekte Parteienfinanzierung dient. Insbesondere Führungspositionen werden ausschließlich nach Gefälligkeit vergeben. Da aufgrund der jüngeren wechselvollen argentinischen Geschichte kaum jemand damit rechnen kann, einen Führungsjob im Staatsunternehmen länger als zwei bis drei Jahre zu behalten, werden solche Stellen i.d.R. ohne Sachkenntnis, ohne Elan und mit dem Hauptziel der persönlichen Bereicherung geführt. Dabei war die Korruption in den Chefetagen während der Militärdiktaturen eher noch größer als während demokratischer Etappen, wenn die ohnehin geringe Kontrolle durch Regierung und Parlament durch Korpsgeist ersetzt wurde.

Eine wesentliche Rolle als "Motoren einer nationalen Wirtschaftsentwicklung" haben die Staatsunternehmen selbst in den Anfangsjahren kaum gespielt. Tatsächlich funktionieren sie eher als Bremser der Wirtschaftsentwicklung, aufgrund der bestehenden Mängel

beim Telefonsystem, bei der Energieversorgung und beim Eisenbahntransport.

Modernisierung und Exportförderung

Zu der These, daß das durch Privatisierung erwirtschaftete Geld "lediglich dazu dient, die Zinszahlung für die weiter steigende Auslandsverschuldung aufrecht erhalten zu können": In der Tat hat Argentinien inzwischen fast 60 Mrd. US-\$ Auslandsschulden, im wesentlichen ein Erbe der Militärdiktatur, die die Kreditsumme von 8,3 Mrd. US-\$ 1976 auf 43,6 Mrd. US-\$ 1982 hochtrieb. Schon seit Amtsantritt der Regierung Alfonsín ist Argentinien nicht in der Lage, die Zinszahlungen "aufrecht erhalten zu können". In den ersten Jahren konnten aus Exportüberschüssen ca. 50 % der fälligen Zinsen finanziert werden, für den Rest wurden neue Kredite gebraucht. Inzwischen können nicht einmal mehr die Hälfte der Zinsen aufgebracht werden. Um zu höheren Deviseneinkünften zu kommen, versucht die Regierung vor allem, den Industriegüterexport anzukurbeln. Erklärte Regierungspolitik der UCR ist, die Zinsen soweit wie möglich zu bezahlen, verbunden mit lauwarmen Versuchen auf internationaler Ebene, die Bedingungen etwas günstiger auszuhandeln. Auch das Wirtschaftsteam des peronistischen Präsidentschaftskandidaten Menem spricht übrigens mit keinem Wort von Moratorium oder Nichtrückzahlung der Kredite, der Kandidat selber verkündet, mit den Gläubigern über eine Stundung "verhandeln" zu wollen.

In dem Artikel werden zwei Dinge durcheinandergeworfen: Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und die Kooperationsverträge mit Spanien und Italien, die im wesentlichen Investitionsprogramme für neue Projekte beinhalten. Das ist ein kleiner, aber wesentlicher Unterschied.

Durch Investitionsprogramme wie die joint-venture-Unternehmen, die sich aus den Verträgen mit Spanien und Italien ergeben, erhofft man sich den Einstieg in weitere lukrative Bereiche, insbes. Energie, Fischfang und -verarbeitung, Anlagenbau etc. Auch die Einnahmen aus dem Teilverkauf von Aerolíneas sollen im wesentlichen für Investitionen verwendet werden und nicht für Zinszahlungen beim IWF - zumindest nicht direkt. Mit der Beteiligung europäischer Partner ist natürlich auch die Einladung zur Beteiligung von europäischem Management verbunden. Dieses Modernisierungs- und Investitionsprogramm findet zweifellos die Billigung von IWF und Weltbank. In diesem Punkt jedoch von einem Ausverkauf argentinischer Interessen zu sprechen, erscheint mir zumindest etwas übertrieben.

Die Orientierung der argentinischen Wirtschaft auf den internationalen Markt ist die eine Sache, die Modernisierung der Staatsbetriebe eine zweite und die Teilprivatisierung eine dritte, in meinen Augen die am wenigsten wichtigste in der Strategie der Regierung.

Gegen Effizienzsteigerung bei öffentlichen Dienstleistungen habe ich nichts einzuwenden, in Argentinien sind sie eine Notwendigkeit. Die Ansätze der UCR-Regierung haben zwar bisher an den Strukturen nur wenig geändert und ob zum Positiven, darüber kann man sich in der Tat streiten. Nur leider liegen dazu weder von den Peronisten noch von Linken Konzepte vor. So darf man sich nicht wundern, wenn die Wirtschaftsliberalen die Diskussion beherrschen. Mit großen Vereinfachungen jedoch ist dem Thema nicht beizukommen.

Entgegen der Auffassung der Autoren des "Ausverkauf-Artikels" handelt es sich bei dem Privatisierungs-/Modernisierungs-/Investitionsprogramm ausnahmsweise nicht um das "große Durchwursteln", sondern um eine "weitergehende Konzeption", nach der die Autoren "vergebens suchen".

Daß die UCR im nächsten Jahr die Wahlen gewinnen könnte, darauf wettet keiner auch nur einen Centavo. Und damit wäre auch schon wieder das "größte Privatisierungsprogramm der argentinischen Geschichte" zuende.

Harald Paul

»Der Staat ist ein fürchterlich schlechter Unternehmer. . .«

Interview mit dem "Privatisierungsminister" Terragno.

Rodolfo Terragno war in den 70er Jahren einer der bedeutendsten Intellektuelle der argentinischen Linken. Seit 1987 ist er "Minister für öffentliche Werke" in der Regierung Alfonsín und zeichnet als dieser verantwortlich für die Privatisierungskampagne. Terragno sieht darin, die konsequente Weiterentwicklung seiner früheren Positionen, angepaßt an eine veränderte Welt und umgesetzt in praktische Politik. Seine zahlreichen Kritiker werfen ihm vor, daß er die Idee sozialer und nationaler Befreiung aufgegeben hat und sich inzwischen mit regierungsamtlichem Pragmatismus und der Modernisierung der Abhängigkeit zufriedengibt. Im folgenden bringen wir in Auszügen ein Interview, in dem der Minister kritische Fragen über die Privatisierungskampagne, das Arrangieren mit dem Schuldendienst und den Zusammenhang zwischen beidem gestellt werden.

Das private Unternehmen "Telefónica de España" zeigt enormes Interesse daran, (die staatliche argentinische Telefongesellschaft) ENTEL aufzukaufen. Bedeutet das nicht, daß wir Argentinier da ein gutes Geschäft aus den Händen geben?

Terragno: Nein, es bedeutet genau das Gegenteil. Von den guten Geschäften profitieren beide Seiten; dort wo nur eine Seite profitiert, gibt es kein Geschäft. ENTEL ist ein Unternehmen, das einen unbefriedigten Markt hat und diesen nicht bedienen kann. Diejenigen, die ein Telefon brauchen, betrachten dies nicht als Luxus, sondern als ökonomisches Gut. Auf zwei Argentinier, die ein Telefon haben, kommt einer, der seit Jahren auf eines wartet.

Es gibt Millionen von Personen, die bereit sind, für ein Telefon zu zahlen. Aber ENTel kann diese Nachfrage nicht befriedigen.



Privatisierungsminister Rodolfo Terragno

Aber werden diese Millionen von Personen das Telefon auch dann noch bezahlen können, wenn "Telefónica" – um Gewinne zu erzielen – die Tarife erhöht?

Terragno: Das kann "Telefónica" nicht tun. Die Tarife werden vom Staat festgelegt. Es ist der Staat, der bestimmt, ob eine Politik sozialer Tarife notwendig ist, mit Subventionen für bestimmte Teile des Landes oder für bestimmte soziale Schichten. Aber das Unternehmen, das die Dienstleistung erbringt, muß technische, finanzielle und organisatorische Fähigkeit haben, diesen Markt zu bedienen – und dies ist bei ENTel nicht der Fall. (...) So wie ENTel ist, ist es ein reines Verlustgeschäft.

Aber wenn die Spanier so interessiert sind, dann doch, weil sie der Meinung sind, eine exzellente Investition zu tätigen...

Terragno: Natürlich. Es ist ein wunderbares Geschäft für jeden, der es betreibt, außer für den Staat. Die Funktion des Staats ist es nicht, Unternehmer zu sein, denn er ist ein fürchterlich schlechter Unternehmer. Dies ist eine auf der ganzen Welt gemachte Erfahrung.

In den entwickelten Ländern hatte und hat der Staat eine enorm stark in die Wirtschaft eingreifende Rolle...

Terragno: Und in den unterentwickelten Ländern auch, was auch

richtig so ist. Der liberale Glaube, daß die wirtschaftliche Entwicklung durch den Markt hervorgebracht wird, ist falsch. Kein Land hat sich auf diese Weise entwickelt. Überall war der Staat der große Mobilisierer von menschlichen und materiellen Ressourcen. Es war sogar die staatliche Aktivität, die die Entwicklung des privaten Sektors erst ermöglichte.

In einer Welt, in der die wirtschaftliche, politische und militärische Macht ungleich verteilt sind, muß der Staat in den unterentwickelten Ländern eine sehr wichtige Funktion erfüllen. Aber wenn diese Funktion damit identifiziert wird, Telefon- oder Elektrizitätsunternehmen zu verwalten, wird die Rolle des Staates in der Wirtschaft unterbewertet. Der Staat wird dann zu einem Instrument der Unterentwicklung und damit zu einem Instrument der Abhängigkeit. (...)

Warum taucht die Politik der Privatisierungen und der Schulden-Kapitalisierungen (der Tausch nationaler Unternehmensanteile gegen Schuldentitel) dann genau in dem Moment auf, wenn von uns die Zahlung von über 50 Mrd. US-\$ gefordert wird?

Terragno: Die Auslandsverschuldung ist nicht die von (dem Wirtschaftsminister der Militärregierung) Martínez de Hoz; bedauerlicherweise ist sie die von Argentinien. (...) Diese Verschuldung muß bezahlt werden. Das können wir aber nicht. Also müssen wir Kräfte sammeln, um zu besseren Bedingungen bei Neu- und Umschuldungsverhandlungen zu kommen. Wir können nicht die Verschuldung unterdrücken und sagen: Sie existiert nicht. Die Kapitalisierung der Schulden ist unter bestimmten Bedingungen ein hervorragendes Geschäft für das Schuldnerland; unter anderen Bedingungen, kann sie aber auch ein erbärmliches Geschäft sein. (...)

So hat die Regierung nicht nur Kontingente für das Volumen der Schulden-Kapitalisierung festgelegt, sie fordert auch, daß für jeden "billigen" kapitalisierten Dollar "frische" Dollars investiert werden. Diese Dollars müssen für den Kauf von Gütern oder Dienstleistungen in Argentinien benutzt werden, nicht für Importe, denn auf diese Weise gingen sie dem Land verloren. Der Effekt wäre dann der gleiche, wie wenn wir die Schulden bezahlen würden.

(...) Es geht darum, keine religiösen Prinzipien für oder gegen die Schulden-Kapitalisierung zu errichten, sondern zu wissen, daß es ein Instrument ist, das den Gläubigern oder den Schuldnern dienen kann, je nachdem wie es angewandt wird.

Es gibt also eine direkte Beziehung zwischen der Auslandsverschuldung und den Privatisierungen?

Terragno: Nein, es ist dies eine Gelegenheit, etwas notwendiges leichter zu machen. Außerdem ist es unrichtig, von "Privatisierungen" zu reden. Denn es handelt sich nicht um Privatisierungen, sondern um eine Politik der Reform des Staates, in der die Privatisierungen nur ein Instrument sind.

(Das Interview erschien in: El Periodista N°212, 14.10.88)

Anmerkung zur Debatte

- Die "ultraliberale" Militärregierung hat den Staat nicht zerschlagen, sondern vereinnahmt. Staatsunternehmen wurden nicht privatisiert, sondern als Pfründe benutzt. Daher ist die derzeitige Privatisierungskampagne tatsächlich ein Novum in der Wirtschaftspolitik Argentiniens.

- Die nationalen staatlichen Unternehmen waren in den 40er und 50er Jahren durchaus der Motor der Entwicklung. Damals mußte der Staat in der Wirtschaft die fast völlig fehlende Privatinitiative ersetzen. Der erste Peronismus (1945-55) war die "goldene Zeit der argentinischen Arbeiter", das System "funktionierte". Bloß heißt das nicht unbedingt, daß das gleiche auch heute, 40 Jahre später, noch genauso funktionieren könnte.

So wurde in den 50er Jahren eine nationale argentinische Flugzeugindustrie aufgebaut. Heute erscheint dies in nationalem Maßstab kaum noch sinnvoll, schon gar nicht auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig. Nun ist es aber die Frage, ob die Lösung ist, alles den Daimler-Dornier- oder McDonnell Douglas-Konzernen zu übergeben. Alternative Ansätze weisen dagegen in Richtung lateinamerikanischer Zusammenarbeit und verstärkter Süd-Süd-Kooperation, als Perspektive jenseits von unzureichendem Nationalismus und Ausverkauf an transnationale Konzerne.

- Privatisierungen sollen die Betriebe effizienter machen. Das heißt in der Regel: Die ehemals billigen öffentlichen Leistungen verteuern sich. Besonders für die Ärmern bedeutet dies steigende Lebenshaltungskosten, die nicht durch Lohnzuwächse gedeckt werden. Oder am Beispiel Telefon: Wer hat etwas von funktionierenden Telefonen, wenn sie für die Mehrheit der Bevölkerung unerschwinglich teuer sind?

Des Ministers Lösung, daß bei privater Unternehmensführung der Staat seine soziale Funktion behalten, die Preise festlegen kann, ist wohl nur in der Rhetorik von Politikern möglich.

- Ob es die Deutsche Bundespost oder das argentinische Atom-Programm ist, daß unter den Hammer kommt: Privatisiert werden sollen allemal nicht die Kosten für Forschung und Entwicklung, sondern vielmehr deren Ergebnisse und die Gewinne.

- "Effizienzsteigerungen bei öffentlichen Diensten sind in Argentinien eine Notwendigkeit." - Aber öffentlich sollen sie bleiben!

- Die große Patentlösung gibt's sicher nicht. Aber progressive Sozialwissenschaftler in Argentinien und Lateinamerika basteln an neuen Ideen und Modellen für Vergesellschaftung, soziales Eigentum und Arbeitnehmerselbstverwaltung herum. Ein komplizierter Weg zwischen unrealisierbarem Utopismus und der Vereinnahmung durch rechte "Entstaatlichungs"-Kampagnen. Aber trotz allem einer der vielversprechendsten Ansätze für das komplizierte Verhältnis Linke, Wirtschaft und Staat.

Bert Hoffmann & Roman Herzog

SOLIDARITÄT

Partnerschaft statt Patenschaft

Die Vermittlung von Patenschaften hat sich in der BRD zu einem harten Konkurrenzgeschäft entwickelt. Von Schulen, Betrieben und Einzelspendern wurden 1985 250 000 Kinder aus Ländern der Dritten Welt durch Patenschaften unterstützt. Das Spendenvolumen beträgt stattdessen 3,5 Millionen DM jährlich.

Doch so beliebt wie persönliche Patenschaften auch sind, so fragwürdig sind auch ihre Ergebnisse. Drei Hilfsorganisationen, die früher selbst für persönliche Patenschaften geworben haben, haben daraus die Konsequenz gezogen. In der Broschüre "Warum wir KEINE Patenschaften vermitteln" erklären terre des hommes, die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (ASW) und die Arbeitsgruppe Kinder in der Dritten Welt (AG KID) ihre Position.

Bei 3,5 Millionen DM jährlich sind natürlich verschiedene Organisationen mit gesteigertem Interesse dabei, Spender für sich zu gewinnen. Der Aufwand für Organisation und Werbung wird zunehmend größer, die Methoden werden immer fragwürdiger. Mit Fotos hungernder Kinder soll Mitleid erregt werden. Markige Sprüche, nach dem Motto "man muß die armen Schweine aus dem Dreck rausholen", sollen die Entscheidung zu spenden erleichtern.

Der Pate gibt vielleicht 50 DM im Monat. Dafür bekommt er ein Foto und einen knappen Lebenslauf und jedes Jahr wenigstens einen Brief. So hat er die Vorstellung, daß seine Hilfe direkt ankommt, und auch sein Bedürfnis, die Verwendung seines Geldes selbst zu kontrollieren, wird ausreichend berücksichtigt.

Dem es zu helfen gilt, ist eben ein armes hilfloses Kind, das ist ein Mensch, der sich selbst nicht helfen kann. Mit seiner Armut haben wir eigentlich nichts zu tun. Die historische Entstehung von Armut in der Dritten Welt durch die Ausbeutung der Kolonialmächte früher und durch die Industrienationen heute fällt dabei unter den Tisch. Die Armen sind arm wegen der Überbevölkerung und ihrer niedrigen Bildung. Ein schwarzhaariges und haselnußäugiges Indiomädchen, das einem auf dem Werbefoto die leere Milchschaale entgegenstreckt, erweckt Mitleid. Natürlich, wer will diesem kleinen Ding, das ja nun sicher nicht verantwortlich gemacht werden kann, nicht beistehen. Es hat keine Schuld an seinem Elend - wir aber auch nicht.

Sicherlich ist der Wunsch der meisten Pateneltern, einem Kind aus diesen Verhältnissen herauszuhelfen, legitim. Ob allerdings eine Patenschaft für die Veränderung der Verhältnisse der richtige Weg ist, muß bezweifelt werden.

Das Geld, das da regelmäßig aus dem fernen Deutschland eintrifft, ermöglicht vielleicht wirklich, daß ein Kind aus einer armen Familie zur Schule gehen kann. Nach der Schule oder sogar Berufsausbildung jedoch muß es wieder in sein Dorf zurückkehren, denn entsprechende Arbeit ist nicht vorhanden. Nachdem es seiner häuslichen und dörflichen Gemeinschaft entfremdet wurde, kehrt es nun mit einer Ausbildung zurück, die z.B. für die Feldarbeit daheim keine Bedeutung hat. In vielen Fällen erregt die Ungleichbehandlung Neid zwischen den Familien im Dorf.

Der Patenschaftsboom in den westlichen Industrieländern hat z.B. in Indien zu einem enormen Aufschwung an Heimneubauten geführt. Terre des hommes und andere Organisationen haben aus solchen Erfahrungen die Konsequenzen gezogen und ihre Heimprogramme allmählich in Dorfentwicklungsprogramme übergeleitet. Auch die Hilfsorganisationen mußten lernen, daß es über die individuelle Hilfe hinaus auf Strukturveränderungen und auf die Stärkung der kollektiven Selbsthilfe der Armen ankommt. Bei der Unterstützung der Projekte gilt es im voraus zu klären, ob sie die wirtschaftliche und politische Emanzipation benachteiligter Gruppen fördern, ob die Partner selbstbestimmte Gruppen sind und Partei für die Unterdrückten und Entrechteten ergreifen. "Die Zusammenarbeit mit solchen Gruppen ermöglicht auch uns selbst besser", so die Hilfsorganisationen in ihrer Broschüre, "die paternalistische Position einer Geberorganisation zu verlassen, die immer die Tendenz hat, auch Maß-Geber zu sein. Denn die Partnerschaft zu solchen Gruppen in der Dritten Welt, die Verantwortung für sich und ihre Kinder übernommen haben, und die sich um soziale Gerechtigkeit in ihrem Land bemühen, kann auch für uns nicht folgenlos bleiben."

In der Broschüre wird klar zum Ausdruck gebracht, daß die Situation der Unterentwicklung durch die Ausbeutung der Industrieländer bestimmt wird. Es kann daher, so heißt es weiter, auch nicht nur darum gehen, auf sinnvolle Wege der Hilfeleistung hinzuweisen, klarzumachen, wieviel Schaden durch vielleicht gutgemeinte, aber falsch konzipierte Unterstützung angerichtet wird und anzuerkennen, daß die Menschen in der Dritten Welt durchaus ihre Bedürfnisse kennen und sich selbst vertreten und organisieren können, sondern es geht vor allem auch darum, zu erkennen, daß die Hilfe einzelner für Menschen in der Dritten Welt nur wenig erreichen wird, wenn die Ausbeutung dieser Länder durch die reichen Industrienationen fortgesetzt wird. Auch die BRD trägt Verantwortung für Hunger und Ausbeutung in der Dritten Welt. Dagegen muß etwas unternommen werden. Auf die politisch Verantwortlichen muß Druck ausgeübt werden, lautet die Forderung.

AK KID

Arbeitsgemeinschaft

Kinder in der Dritten Welt

Merzenstr. 25

7000 Stuttgart 30

terre des hommes

Postfach 4126

4500 Osnabrück

Aktionsgemeinschaft

Solidarische Welt

Hedemannstr. 14

1000 Berlin 61

REZENSIONEN

Dritte-Welt-Kalender '89

Redaktionssitzung: "Ich brauch 'ne Seite für 'ne Kalender-Rezension. Die können wir nicht erst im Januar bringen." - "Was für'n Kalender?" - "Von Lamuv" - "Ach, der ganz normale Dritte-Welt-Kalender!"

Ist er schon so "normal", der von agib, BUKO, öIE und terre des hommes jetzt schon im siebten Jahr im Lamuv-Verlag herausgegebene Dritte-Welt-Kalender, daß sich eine Besprechung erübrigt? Sicher nicht. Drei Eigenarten machen ihn zu einem besonderen Kalender:

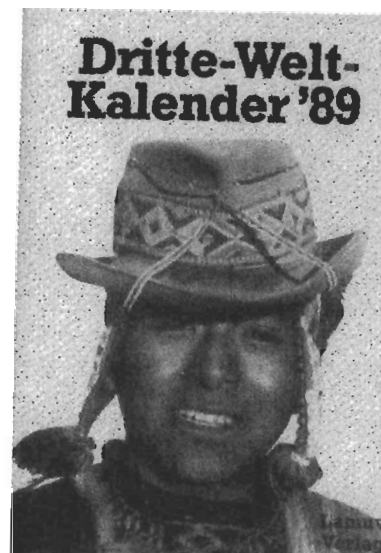
1. Das jährlich wechselnde Schwerpunktthema, in diesem Jahr "Jugendliche in der Dritten Welt". Auf 40 Seiten wird in kurzen Texten (meist Auszügen aus Büchern des Lamuv-Verlags) die Situation von Jugendlichen unter anderem in Marokko, Algerien, Brasilien, Chile, auf den Philippinen und in Südafrika in lebendigen Schilderungen exemplarisch dargestellt. Neben den als Quellen angegebenen Büchern dürfte sich auch das gerade erschienene Jahrbuch 'Lateinamerika - Analysen und Berichte' (Bd. 12) über Kindheit in Lateinamerika aus dem Junius-Verlag zum weiterlesen empfehlen.

2. Im Kalendarium (eine Doppelseite pro Woche) sind viele Daten mit stichwortartigen Informationen darüber versehen, welches Ereignis in welchem Jahr an diesem Tag stattfand. Z.B.: '8. Januar 1912: Südafrika - Gründung des "African National Congress" (ANC)' oder: '23. Juni 1814: Die uruguayischen Truppen unter Jose Gervasio Artigas

erobern Montevideo und befreien Uruguay endgültig von der spanischen Kolonialmacht'. So wird der Kalender - wenn auch nicht mit Anspruch auf Vollständigkeit - zu einem Geschichtsbuch des Kolonialismus, Imperialismus und der Entwicklung der Dritten Welt.

3. Auf 17 Seiten sind Kontaktadressen von Gruppen mit Themenschwerpunkten von 'Asyl' bis 'Workcamps', Gruppen mit Länderschwerpunkten von 'Argentinien' bis 'Zimbabwe' und Dritte-Welt-Zeitschriften zusammengestellt. Das macht den Kalender zu einem nützlichen Helfer für das internationalistische Engagement seiner Benutzer und zu einem Beitrag zur informellen Vernetzung der Dritte-Welt-Bewegung.

Dritte-Welt-Kalender '89, Lamuv-Verlag, Göttingen, 1988
ISBN 3-88977-153-X



Schutz für die de-facto-Flüchtlinge

Unter diesem Titel ist kürzlich ein interessantes Buch erschienen, das sich - auch für "Nicht-Spezialisten im Asylrecht" - anschaulich und informativ eines drängenden Problems annimmt: der ständig steigenden Zahl von Flüchtlingen, die in der BRD Schutz vor Verfolgung gesucht haben, aber nicht als Asylberechtigte anerkannt werden. Die Zahl dieser Menschen, die "de facto", also tatsächlich Flüchtlinge sind, übersteigt inzwischen bei weitem die Zahl der Asylberechtigten.

Wie ist es zu dieser Entwicklung gekommen?

Die Chancen für politisch Verfolgte, in der Bundesrepublik Deutschland als asylberechtigt anerkannt zu werden, haben sich seit Mitte der siebziger Jahre drastisch verschlechtert, obwohl der bekannte Art.15 Abs.2 Satz 2 Grundgesetz nach wie vor lautet: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht". Immer neue Änderungen des Asylverfahrensgesetzes und eine tendenziell einschränkende Entscheidungspraxis und Rechtsprechung zum Asylrecht haben dazu geführt, daß Flüchtlinge, die noch vor wenigen Jahren als asylberechtigt anerkannt worden wären, heute abgelehnt werden. Die gesetzlichen Regelungen und Anerkennungsverfahren für Flüchtlinge sind ausschließlich auf "politisch" Verfolgte in einem sehr eingegrenzten Sinn ausgerichtet. Viele Flüchtlinge sind mittlerweile regelrecht aus dem Asylrecht hinausdefiniert worden, indem die erlittene Verfolgung nicht mehr als eine "politische" anerkannt wird. In einigen Fällen ist die Anerkennungsrate von ca. 70% im Jahre 1985 auf unter 5% im Jahre 1987 gefallen, ohne daß es zwischenzeitlich nennenswerte Veränderungen in der politischen Situation des Herkunftslandes gab.

Zu dieser Entwicklung entscheidend beigetragen hat auch die Novellierung des Asylverfahrensgesetzes vom 6.1.1987, wonach Flüchtlinge, die bereits in einem anderen Land Zuflucht und Sicherheit gefunden hatten, in der Bundesrepublik kein Asyl erhalten können, selbst wenn ihnen in ihrem Heimatland politische Verfolgung droht (§ 2 Abs.1 AsylVfG).

Dazu aus einem Urteil des VGH Baden-Württemberg:

"... Der Kläger ist allerdings politisch Verfolgter im Sinne des Art.16 Abs.2 Satz 2 GG. Er hat glaubhaft gemacht, daß er spätestens seit seiner Flucht aus Äthiopien als Gegner des derzeit dort herrschenden Regimes angesehen wird und im Falle einer Rückkehr mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit asylrechtlich relevante Repressalien zu erwarten hat. ... Gleichwohl hat der Kläger keinen Anspruch auf Anerkennung als Asylberechtigter, weil er vor seiner Einreise in die Bundesrepublik Deutschland bereits in einem anderen Staat vor politischer Verfolgung sicher war und dies nach der Neufassung des § 2 Abs.1 AsylVfG seine Anerkennung ausschließt..."

Die so über die andersweitige Sicherheit aus dem Asylrecht hinausdefinierten Personen sind jedoch weiterhin Flüchtlinge. Soweit sie der Genfer Flüchtlingskonvention unterfallen, dürfen sie schon deswegen nicht in ihr Heimatland abgeschoben werden. Der Abschiebung von Menschen, die zwar die Voraussetzungen des Flüchtlingsbegriffs der Genfer Flüchtlingskonvention nicht erfüllen, aber aus berechtigter Furcht vor Unglücksfällen, Unruhen, Bürgerkriegen oder systematischer Mißachtung der Menschenrechte entfliehen wollen, steht zumindest der Grundsatz der Menschenrechte (Art.1 Grundgesetz) entgegen.

Was bedeutet das nun für die Lebenssituation dieser Menschen?

Für diese Flüchtlinge gibt es kein geregeltes Verfahren, in dem über ihren weiteren Aufenthalt und Rechtsstatus entschieden würde. Temporäre Abschiebestopps für Flüchtlinge aus bestimmten Ländern, Härtefallregelungen, "Altfallregelungen", Einzelfallentscheidungen der Innenminister, Erlasse und Weisungen bestimmen ihr Schicksal. Daher leben sie nun über Jahre, teilweise über Jahrzehnte hinweg ohne Aufenthaltserlaubnis mit einer Duldung oder manchmal lediglich mit einer Meldebescheinigung, ständig in der Angst vor der Abschiebung, mit Ausbildungs- und häufig mit Arbeitsverbot, ohne die Möglichkeit, ihr Leben und das ihrer Kinder selbstständig zu gestalten und zu planen, in einem quasi rechtlosen Zustand.

Mit dieser desolaten Situation befassen sich die Beiträge in diesem Buch. Es werden aber auch Verbesserungsvorschläge aufgezeigt, deren Umsetzung allerdings derzeit der mangelnde politische Wille der Verantwortlichen entgegensteht.

Dem Band liegen Referate zugrunde, die auf der Tagung "Schutz für de-facto-Flüchtlinge" in der Evangelischen Akademie Berlin (West) vom 9. bis 11. Oktober 1987 gehalten wurden. Ergänzt werden sie durch Beiträge u.a. über unbegleitete minderjährige de-facto-Flüchtlinge, Frauen als de-facto-Flüchtlinge und sozialhilferechtliche Probleme von de-facto-Flüchtlingen.

Zu den Autoren zählen Peter Nicolaus, Rechtsberater des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) in Bonn, der Völkerrechtsprofessor Walter Kälin aus Bern ("Rückschiebungsschutz für de-facto-Flüchtlinge"), Rechtsanwalt Victor Pfaff ("Die Schaffung von de-facto-Flüchtlingen durch das Asylverfahrensgesetz vom 6. Januar 1987") und Margit Gottstein, ai-Vorstandsreferentin für politische Flüchtlinge.

Alle Beiträge veranschaulichen die Dringlichkeit, die Situation von de-facto-Flüchtlingen während ihres Aufenthaltes in der Bundesrepublik, ihren Schutz vor der Abschiebung und ihren Aufenthaltsstatus zu verbessern.

Karsten Lütthke

Manfred Karnetzki/ Hanns Thomä-Venske (Hrsg.)
Schutz für de-facto-Flüchtlinge
Beiträge zur Arbeit mit Flüchtlingen, Band 1
E.B.-Verlag Rissen, Hamburg 1988

Zeitschriftenschau

ila-info 119, Oktober 1988

Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

Schwerpunktthema: "Dominikanische Republik": Einblicke in diese von den Auflagen des IWF besonders gebeutelte karibische Republik; kurzer historischer Rückblick; zwei Interviews mit Führern der städtischen und ländlichen Volksbewegung; drei Artikel zu den Problemkomplexen "Freie Produktionszonen", Sex-Tourismus und Ökologie; Theaterproduktionen als Ausdruck kultureller Eigenständigkeit.
Dazu: 8 Seiten Beilage der Infostellen zu Mittelamerika über das Wirken der Christdemokratie in dieser Region.

und: Analysen zu Chile vor, während und nach dem "NO", Landkonflikten in Brasilien, dem brasilianischen Exportschlager "Sinhá Moça", Berichte zu El Salvador und dem Waffenkonto sowie eine Rückschau auf die Anti-IWF/Weltbank-Kampagne

Blätter des iz3w 153, November 1988

Postfach 5328, 7800 Freiburg

KULTUR: Der Themenblock enthält die Beiträge "Nichts ist in der Fremde exotischer als das Fremde selbst - Europäischer Exotismus als Form der Kulturrezeption", Jürgen Horlemann: "Der einseitige Dialog - Ökonomische Bedingungen diktieren den Kulturaustausch", Uwe Pollmann: "Da-da-da für alle! Auswärtige Kulturpolitik der BRD" und Wolfram Frommlet: "Kaum O-Töne im Radio - afrikanische Erzähltradition und neue Medien". Weiter: "Karfreitag in San José" - Peter Strack über die zweite Kolonialisierung der Religion im bolivianischen Tiefland sowie Christel Opeker über "Capoeira zwischen Kampf und Tanz".
Außerdem Artikel zu Burkina Faso ein Jahr nach dem Umsturz: "Ist die Revolution mit Sankara gestorben?", Iran, Giftmüll: "Das tödliche Geschäft", IWF-Nachlese mit Reden, Eindrücken, Kampagnenberichterstattung zu Berlin.

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen 131, Sept. 1988
Lingener Str. 9, 4400 Münster

Schwerpunkt: IWF/Weltbanktagung in West-Berlin: Überblick, Gegenaktionen, Tribunal, Kontaktadressen, Präventivparaph 111
Außerdem: Bericht von der ersten internationalen Konferenz über Uranbergbau in Toronto / Bericht vom Weltwirtschaftsgipfel in Toronto / "Sommerschule" des BUKO-Professionalisierung oder Bewegungsnähe / Aktionstage 15.10.88 - BürgerInnen gegen Burger sowie Bauern und Verbraucher für eine neue Agrarpolitik / Berichte zur europäischen Asylpolitik, zum BAYER-"Jubiläum" und zu 20 Jahre Aktion Dritte Welt/Freiburg

Inprekorr 209, November 1988 Zülpicher Str. 39, 5000 Köln 1
UDSSR: Gorbatschows Coup. Debatte über Trotzki und Glasnost / USA: Bilanz von acht Jahren Reagan-Administration. Die Wahlkampagne von Jesse Jackson / Belgien: Nationale Frage und Staatsreform / CSSR: Verleumdungskampagne gegen Petr Uhl / die Internationale: Fortsetzung der Debatte um Plan und Markt zwischen Alec Nove und Ernest Mandel / Das Bucharin-Symposium in Wuppertal

Bolivia 73, Sept./Okt. '88 Wittenbergplatz 3a, 1000 Berlin 30
Bolivien im Überblick: Rauch, Trockenheit, Dürre - diesmal im Osten Boliviens. / Geringe Inflation, aber der Erfolg läßt auf sich warten / XV. Parteienkonvention des MNR und der Sieg von "Goni" / Die Glocken des Wahlkampfes läuten wieder Zeit zur Entscheidung: Der Verkauf von Erdgas an Brasilien - Der geschichtliche Hintergrund / Verpaßte Chance? / Die Gründe der Verzögerung / Die Nutzungsmöglichkeiten / Das Abkommen

Politische Ökonomie des Koka - Kokain (Teil 2): Die neue Wirtschaftspolitik und der Drogenhandel / Nordamerikanische Invasion und der Fall Huanchaca
Bolivianische Studenten über ihre Anpassungsprobleme in Deutschland

AIB-Dritte Welt 11/1988

Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Schwerpunkt: IWF-Weltbank-Kampagne: Die Vision eines "neuen Internationalismus" / Gegenkongreß: Eröffnungsrede von W. Hättig, Beitrag von J. Randriamasivelo, Grußbotschaft F. Castros, West-Berliner Erklärung / Urteil des "Permanent Peoples Tribunal" gegen IWF und Weltbank / Erklärung des Kongresses "Umweltzerstörung und Weltbank" / Ergebnisse der IWF/Weltbank-Tagung
Regionalkonflikte: Die sowjetische Position / Diskussionsforum mit Beiträgen von K.H.Hansen, H.E.Gross und Ch.Pauli / Namibia: Interview mit A.Lubowski (SWAPO) / Angola: Interview mit dem Präsidenten E. dos Santos / Westsahara: Vor einer Beilegung des Konfliktes? / Interview mit M.A.Brahim (POLISARIO) / Chile: Als Chile nein sagte / Haiti: Ein Putsch von unten / Brasilien: Eine Verfassung der Widersprüche / Südkorea: Gespräch mit dem Oppositionellen Baek / Bilanz der XXIV. Olympiade / Irak-Türkei: Die Kurden als Mittel zum Zweck / Militärpolitik: US-Basen in der BRD und Interventionen außerhalb des NATO-Gebietes / Nordatlantischer Rat: Die NATO in den 90er Jahren / Kultur: 500 Jahre Eroberung Amerikas / Manlio Argüetas Alpträume

Eingegangene Bücher

John Mac Lean: Prolonging the Agony. The Human Cost of Low Intensity Warfare in El Salvador. El Salvador Committee for Human Rights, London, 1987

Luis Maira: Las Dictaduras en America Latina. Centro de Estudios Sociales CESOC, Santiago de Chile, 1986

J.Arias y L. Barquera: Laguna Verde. Nuclear? No, gracias! Claves Latinoamericanas, Mexiko, 1988

Walter Süßberg (Hg.): Demokratisierung und Partizipation im Entwicklungsprozeß. Pädagogik: Dritte Welt, Jahrbuch 1987, Verlag für Interkulturelle Kommunikation, ISBN 3-88939-146-X, Frankfurt, 1988

Alison Acker: Kinder des Vulkans. Schmetterling-Verlag, ISBN 3-626369-61-2, Stuttgart und Edition Nahua, ISBN 3-923329-44-X, Wuppertal, 1988

Ricardo Lagos Andino: Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung dargestellt am Beispiel Honduras (1950-1980). Lit, ISBN 3-88660-346-6, Münster, 1987

Ricardo E. Latcham: Die Kriegskunst der Araucanos - Chiles Ureinwohner gegen die Conquista. Junius, ISBN 3-88506-403-0, Hamburg, 1988

Termine

"Handlungsperspektiven einer Universität: Die National-Universität von El Salvador"

Referent: Ricardo Quiñonez, Soziologe, Universität von El Salvador
24. 11. 88, 16-18 Uhr, Berlin, TU-Gebäude Franklinstr. 28/29, Raum FR 4040 D (4. Etage)

2. Kolumbien-Konferenz 1988

2. - 4. Dezember 1988 in Aachen

Information und Anmeldung: Kolumbiengruppe KJG Aachen, Klosterplatz 7, 5100 Aachen

Ratschlag über Grundfragen der Solidarität

am 3./4. Dezember in Frankfurt

Information und Anmeldung: ASK, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90

Wie ein Ozean auf Wüstenboden.

Die tropischen Regenwälder, ihre Bewohner, ihre Zukunft

Seminar am 9. - 11. Dezember 1988 in Dortmund

Information und Anmeldung: AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 4973 Vlotho

Wie Hunger entsteht - und was wir dagegen tun können

Wochenendseminar des FIAN-FoodFirst Informations- & Aktions-Netzwerk

am 13. - 15. Januar in Freudenberg bei Siegen

Information und Anmeldung: FIAN-Versand, Overwegstr. 31, 4690 Herne 1

Kiezdisco für Nicaragua

veranstaltet von den Projekten des Mehringhofs
und dem Lateinamerikazentrum

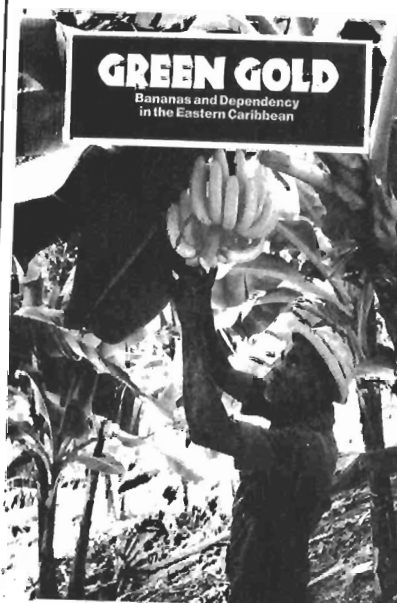
am 10. 12. 88 ab 21 Uhr in der SFE im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1 Berlin 61

Der Erlös geht an die Spendenaktion "Hilfe Hurrican" zur freien Verfügung der nicaraguanischen Regierung

(Konten bei medico international und infobüro Wuppertal)

NEUERSCHEINUNG

LAB
LATIN AMERICA BUREAU
LONDON

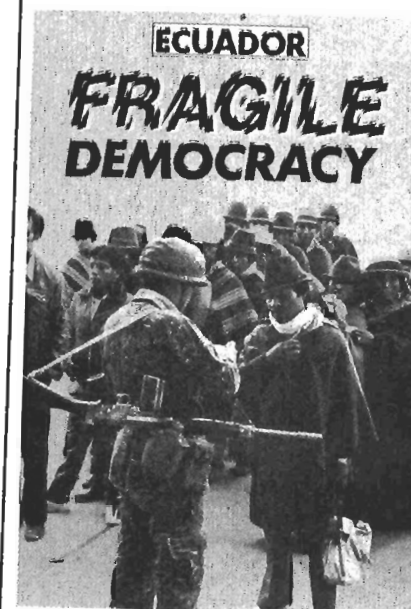


Green Gold looks at the history, recent developments and future prospects for the banana industry in four Eastern Caribbean islands - Dominica, Grenada, St. Lucia and St. Vincent. The book focuses on conditions for the small farmers and includes a detailed study of Geest PLC.

1987 94 pp. DM 14,50

Im Buchhandel oder bei:
LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61

LAB
LATIN AMERICA BUREAU
LONDON



Fragile Democracy examines the historical forces behind Febrer Cordero's experiment in 'Andean Thatcherism'. Analysing Ecuador's volatile political culture and bitter regionalism, it argues that the country's economic vulnerability threatens the democratic process. Despite temporary benefits from oil exporters, Ecuador is now a major international debtor, the victim of IMF-imposed austerity measures, and dependent on unstable commodity markets. Recession has further worsened the conditions for the poor, who increasingly see hope only in extra-parliamentary organisation.

1988 113 pp. DM 14,50

Im Buchhandel oder bei:
LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61

Vorankündigung:

FORUM

entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

- Sonderheft

Nachbereitung und Dokumentation

IWF - Weltbank - Kampagne Berlin 1988

mit Berichten und vielen Photos über

- Gegenkongreß
- Großdemo
- Tribunal
- Aktionstage
- Internationalistische Demo
- Notizen aus dem Wessiland
- Einschätzungen u.v.a.m.

ca. 60 S., EP 6,- DM, ab 5 Ex. 30% Rabatt
Bezug über: Forum, Lingener Str. 9, 4400 Münster
erscheint Mitte November

Wiederaufbauhilfe für das vom Wirbelsturm verwüstete Nicaragua?

"Nachdem wir seit acht Jahren Krieg im Land haben, mit 50'000 Toten und Verletzten, 12'000 Kriegswaisen, 6'000 Invaliden und dazu ungeheuren wirtschaftlichen Schäden, macht jetzt der Wirbelsturm alles noch schwieriger.

Die Schäden des Wirbelsturms sind zehnmal so hoch wie die des Erdbebens, das Managua 1972 zerstört hat."

(Sergio Ramirez, Vizepräsident von Nicaragua)

Die Bundesregierung, die beim Erdbeben 1972 der Somoza-Diktatur eine großzügige kurz- und mittelfristige "Wiederaufbauhilfe" zukommen ließ, die der Diktatur in El Salvador nach dem Erdbeben 1986 50 Millionen DM Soforthilfe gewährte, stellte jetzt 3,5 Millionen zu Verfügung.

Wir greifen eine Aktion der 'Christlichen Initiative Romero', Münster auf und bitten unsere LeserInnen, die unten abgedruckte Postkarte auszuschneiden und an das BMZ zu schicken.

Abs:

An das Bundesministerium
für Wirtschaftliche
Zusammenarbeit

0228-5351 Tel.

Karl Marx Str. 4-6

5300 Bonn